

A 22253:2

H. NICKLISCH

Neue
Deutsche
Wirtschafts=
führung

C. E. POESCHEL VERLAG / STUTTGART

Die Bücher:

Organisation

Eine Schriftenreihe



1933

GEORGES & CO. VERLAG, STUTTGART

DIE BÜCHER:
ORGANISATION
EINE SCHRIFTENREIHE

Herausgegeben von

Professor Dr. Dr. h. c. H. Nictlisch

Handels-Hochschule Berlin

BAND XVII



1933

C. E. POESCHEL VERLAG / STUTT GART

33(43)

21su

NEUE DEUTSCHE WIRTSCHAFTSFÜHRUNG

Von

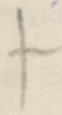
Dr. Dr. h. c. H. Ricklisch

o. Professor an der Handels-Hochschule Berlin



Bibliographische
Nr. A 22 253:2

~~f. 614~~



29. vi. 34.
M. 2.50
Dng.



1933

C. E. POESCHEL VERLAG / STUTT GART

Kat. 0
25.7.57

NEUE DEUTSCHE
WIRTSCHAFTSFÜHRUNG
EINE SCHREITENREIHE

VERFASST VON
DR. H. C. S. STÄUBER
PROFESSOR FÜR WIRTSCHAFTSRECHT
AN DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

BAND I

Alle Rechte, auch das der Übersetzung in fremde Sprachen, behält sich der Verlag vor
Druck der J. B. Metzlerschen Buchdruckerei in Stuttgart

Vorwort

Dieses Buch ist ein Gruß an die Wirtschaftsführung des neuen Reiches. Es grüßt die Bewegung, die sie tragen muß, und ihren erfolgreichen Führer, dessen Geist in ihr lebendig ist. In und zwischen den Zeilen webt die Zuversicht, daß uns eine Wirtschaft erstehen wird, die bei aller notwendigen Mannigfaltigkeit vollkommene Einheit ist, wie uns ein vollkommen einheitliches Reich erstanden ist, das allen seinen Stämmen Raum gibt.

Die vorliegende Darstellung behandelt neben anderen sehr leichte und sehr schwierige Fragen. Sie reiht schwierige Untersuchungen an Binsenwahrheiten, von denen gleich am Anfang eine steht, und umgekehrt. Es geschieht zum Zweck der Aufdeckung der Zusammenhänge. Diese verknüpfen alles zur Einheit, in der auch die einzelne Binsenwahrheit nicht fehlen darf, wenn sie geeignet ist, an der einen oder anderen wichtigen Stelle mehr Licht verbreiten zu helfen. Außerdem ergibt sich auf diese Weise eine Wirkung, die einem weiteren Kreise das Lesen erleichtert.

Damit ist schon ausgesprochen, daß sich diese Schrift nicht nur an den Wissenschaftler wendet, sondern an den Politiker, an den Wirtschaftler, an jedermann, der wirtschaftlichen Zusammenhängen ein tieferes Interesse entgegenbringt.

Wöge das Buch seine Aufgabe erfüllen.

Leichmannbaude, im September 1933.

(Niesengebirge)

Nicklisch

Inhalt

	Seite
Einleitung	1
Die Wirtschaft ist arbeitsteilig	4
Die Ertragsverteilung ist ebenso wichtig wie die Ertragszerlegung	22
Das Geld- und Kapitalproblem ist ein Ertragsverteilungsproblem . . .	43
Die Wirtschaft stirbt am privaten Egoismus der Wirtschaftenden. Der Wille zur Gemeinschaft dagegen erhält sie lebendig und führt sie zur Blüte. Ihre dauernde Form ist ständisch. Verhältnismäßig gelöst kann sie höchstens in Übergängen von vergleichsweise kurzer Dauer sein .	58

Einleitung

Die Zusammenhänge der Wirtschaft sind sicher selten so vielfach durchdacht worden, als es in unserer Zeit geschieht. Das ist einmal eine Folge des Druckes der Aufgaben, die vielen für den Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens gestellt sind. Es hängt aber auch mit der Stellung zusammen, die jeder Einzelne als Wirtschaftender einnimmt: er sucht die Verhältnisse, in denen er steht, für sich selbst zu klären, um seinen Weg zu finden.

Danach scheint wenig Bedarf an einer Schrift wie der folgenden zu sein. Und es wäre müßig, sie zu schreiben, wenn nicht andere Gründe dafür sprächen, die zureichen. Die aber gibt es. Vor allem scheint mir für jeden, der sich mit den wirtschaftlichen Zusammenhängen an dieser oder jener Stelle beschäftigt, eine einheitliche Gesamtschau nötig zu sein, damit er den Weg finde, der ihn mit allen seinen Weggenossen wieder in die organische Bindung zurückführt, ohne die es nicht geht. Wege, die eine andere Richtung einschlagen, enden in der Wüste, in dem Bereich ohne Brot und ohne Hoffnung auf Brot.

Meine Ausführungen sind der Versuch einer Gesamtschau dieser Art. Es ist dabei davon ausgegangen, daß eine solche Darstellung in den Einzelheiten nicht vollständig zu sein braucht. Notwendig ist freilich, daß diese sich von ihr aus, auch auf lange Sicht, lückenlos erreichen und meistern lassen.

Von der Form eines politischen Programms unterscheidet sich das Folgende dadurch, daß keine Forderungen aufgestellt, sondern Untersuchungen angestellt werden. Das Ergebnis ist aber geeignet,

politische Forderungen und Handlungen zu bekräftigen. Es sind alle die, die auf die Begründung einer echten Volksgemeinschaft gerichtet sind. In einer solchen allein liegen auch die Wurzeln zu einer dauerhaften Gesundung der Wirtschaft. Gerade dies ergibt sich zwingend aus der Art der wirtschaftlichen Zusammenhänge selbst und aus der Einheit, die sie bilden. Darin wieder liegt der Grund für die sieghaften Möglichkeiten, die für den deutschen Sozialismus, die nationalsozialistische Bewegung, gegeben sind. Und es geht darum, diese in die Wirklichkeit und damit in den endgültigen Sieg umzusetzen, was die Aufgabe der Regierung ist.

Das Erstaunliche in dem Verhältnis zwischen den Erfordernissen der Wirtschaft und den Forderungen der nationalsozialistischen Politik liegt darin, daß diese letzte ihre Aufgaben viel genauer in der Richtung des Ablaufs der wirtschaftlichen Zusammenhänge selber sieht als jede andere Art von Politik, die in unserem oder in einem anderen geographischen Bereich vorher gemacht worden ist. Erstaunlich ist das, weil die geistigen Grundlagen des Nationalsozialismus in viel ausgeprägterem und strengerem Sinne weltanschaulich sind als das geistige Gut, das diese oder jene Politik möglich gemacht hat. Das gilt ebensowohl im Vergleich mit der politischen Arbeit der Sozialdemokratie wie des Zentrums, wie des Kommunismus.

Nach gewöhnlicher Denkweise, die sich übrigens gerade auch in manchen nationalsozialistischen Äußerungen geltend macht, ist es ein Gegensatz, weltanschaulich und sachlich gerichtet zu sein. Es liegt deshalb nahe, anzunehmen, daß die herrschende Partei ihren Willen auch gegen den sachlichen Zusammenhang durchzusetzen versuchen könnte. Aus diesem Grunde ist das Erstaunliche die sachliche Richtung der nationalsozialistischen Politik, die auch unter dem Überschwang der Ideen und mancher tastenden Fehlgriffe in Einzelheiten ganz deutlich erkennbar bleibt. Diese Erscheinung kann nur erklärt werden, wenn angenommen werden darf, daß die nationalsozialistische Weltanschauung den gegenwärtigen sachlichen Zusammen-

hängen nähersteht als andere. Die folgenden Untersuchungen können eine Bestätigung dafür liefern.

Um dem Leser eine möglichst unbelastete geistige Einstellung für die Verarbeitung dieser Veröffentlichung zu ermöglichen, füge ich noch hinzu, daß die vorgetragenen Gedankengänge nicht erst Produkt dieser Tage sind, wie sich jeder durch das Studium meiner Schriften überzeugen kann.

Die Wirtschaft ist arbeitsteilig

Der Satz der Überschrift sagt eine Binsenwahrheit. Und doch enthält er Dinge, die im Drange der täglichen Arbeit immer wieder vergessen werden. Dafür ein Beispiel: die Fragen der Siedlung. Welcher Politiker oder Wirtschaftler oder unmittelbar Beteiligter, der mit ihnen zu tun hat, denkt daran, daß es sich dabei auch um einen Vorgang handelt, durch den die Arbeitsteiligkeit der Wirtschaft bekämpft wird: nicht erst an der Auswirkung, sondern schon an der Wurzel? Ganz deutlich niemand. So bleibt es in der Regel auch ziemlich undeutlich, daß die Wirkung des Siedelns selbst sich aus einer Einschränkung der arbeitsteiligen Wirtschaft erklärt. Der Zusammenhang verläuft so, daß durch die Siedlungsarbeit die Zahl der Selbstversorger vermehrt wird. Wirtschaftler dieser Art leben aber unmittelbar von dem Ergebnis der eigenen Arbeit. Sie tun es wenigstens zu einem Teil und sind insoweit davon unabhängig, aus der arbeitsteiligen Wirtschaft ein Einkommen zu erlangen, um mit seiner Hilfe aus dem Gesamtprodukt aller erst zu beschaffen, was sie brauchen. Das gibt ihnen mehr Widerstandskraft gegen Wirtschaftskrisen. Diese wirkt sich auch für die Gesamtwirtschaft günstig aus, wenn sie Krisen zu überstehen hat. Das ist allgemein bekannt, jedem geläufig.

Freilich, die Einschränkung der Arbeitsteiligkeit wirkt gegen diese selbst nicht entscheidend. Sie bleibt in ihrem wesentlichen Bestande unverfehrt. Denn die Zahl der möglichen Siedlungsstellen, verglichen mit der Gesamtzahl der Wirtschaftsstellen, reicht zu einem stärkeren Einfluß nicht aus. Außerdem reicht, wie schon einmal erwähnt, beim

Siedler das Maß der Selbstversorgung nicht so weit, daß keine Einkäufe aus der arbeitsteiligen Wirtschaft mehr nötig wären.

Das spricht nicht gegen den Siedlungsgedanken, für den ja auch noch gewichtige andere Gründe ins Feld geführt werden können und werden. Aber es läßt sich erkennen, daß die Arbeitsteiligkeit eine Erscheinung ist, die nicht ausgerottet werden kann. Im Sinne welcher Weltanschauung auch gewirtschaftet werden möge, bei der Bevölkerungsmenge, die die Erde trägt und die die einzelnen nationalen Gesamtwirtschaften umspannen, wird es nicht anders als arbeitsteilig sein können. Allein auf diese Weise können so viele Menschen an Einzelwirtschaften beteiligt sein, durch die sie leben können, und allein auf diese Weise kann die Produktivität der Arbeit soweit gesteigert werden, daß jeder einzelne Beteiligte daraus seinen Bedarf decken und seine Bedürfnisse befriedigen kann. Treten dabei auch unangenehme Erscheinungen auf, so ist dem Menschen die Aufgabe gestellt, sie zu meistern, obwohl die Arbeitsteiligkeit besteht. Da diese im wesentlichen nicht beseitigt werden kann, muß sie veredelt werden. Es lohnt sich deshalb, das Problem noch einmal bis zu Ende durchzudenken.

Was der Arbeitsteiligkeit der Wirtschaft eigen ist, erkennt man am besten durch die Gegenüberstellung einer geschlossenen Hauswirtschaft und einer selbständigen arbeitsteiligen Wirtschaft. Bei der einen wie bei der anderen ist dabei zunächst an eine Einzelwirtschaft gedacht. Nur eben ist bei der ersten vorausgesetzt, daß sie alles, was sie braucht, selbst hervorbringt, während die zweite ihren Bedarf mittel- oder unmittelbar bei anderen deckt, die für sie arbeiten.

Zunächst ist für den Vergleich aber eine Vorbereitung nötig.

Der Mensch, der durch die Wirtschaft lebt, hat Bedürfnisse: eine große Anzahl. Sie treten aber nur in Ausnahmefällen einzeln und isoliert auf, sind in der Regel vielmehr miteinander verbunden. Die Verbindung ist derart, daß sich im menschlichen Bewußtsein eine Auswahl vollzieht, welche von den Bedürfnissen befriedigt werden und welche nicht. Die letzte und höchste Entscheidung in

diesem Prozeß muß, wenn der Mensch Mensch sein will, von seinem Gewissen ausgehen. Das Ergebnis der Befriedigung der Bedürfnisse ist gleichzeitig ein Ausdruck der Persönlichkeit, um die es sich im einzelnen Fall handelt. Schon daraus ist zu erkennen, daß die Bedürfnisse, die auftreten, insbesondere diejenigen, die befriedigt werden, für jeden Zeitpunkt jedes menschlichen Lebens eine Einheit bilden, die man ein Gesamt nennen kann.

Noch deutlicher wird das, wenn die Bedürfnisse, die auftreten, nach ihrer Bedeutung unterschieden werden. Dann kann beobachtet werden, in welchem verschiedenen Ausmaße sie unter gegebenen Lebensverhältnissen das Bewußtsein des Befriedigenden in Anspruch nehmen. Die einen müssen unbedingt befriedigt werden. Bei anderen gibt es diese strenge Notwendigkeit nicht, wenngleich ihre Befriedigung wichtig, vielleicht sogar sehr wichtig ist. Wieder andere dürfen als nur zusätzliche Bedürfnisse bezeichnet werden. Diese Unterscheidung ist besonders wichtig, wenn man sich eine Vorstellung davon machen will, wie es auf die Auswahl der zu befriedigenden Bedürfnisse wirkt, wenn die Möglichkeiten der Befriedigung schrumpfen. Das kann z. B. durch Naturereignisse oder durch auferlegte Tribute geschehen, die die Kräfte des Menschen so in Anspruch nehmen, daß kaum genügend übrigbleibt, um den dürftigsten Lebensunterhalt zu beschaffen. Der Prozeß der Auswahl im Menschen läßt dann nur die notwendig zu befriedigenden Bedürfnisse übrig. Alle anderen werden unterdrückt. In diesem Sinne schrumpft das Bedürfnisgesamt ein. Dabei hat sich der Rang der Gliedschaft geäußert, den das einzelne Bedürfnis hatte: das mit der geringsten Bedeutung ist zuerst ausgeschieden, danach stufenweise die bedeutenderen, bis nur die bedeutendsten übrigblieben. Dieser verschiedene Rang der Gliedschaft bestätigt die im einzelnen menschlichen Bewußtsein lebendigen Bedürfnisse als Gesamte. Das ist bei jedem Menschen so, auch bei Selbstversorgern.

Aus dem Bedürfnisgesamt ergibt sich für jedermann sein Bedarfsgesamt. Es ist immer die Vorstellung von einer Menge von Gütern,

die nach Art und Güte geeignet sind, die Bedürfnisse, die er hat, zu befriedigen. Das Maß des Bedarfs wird entweder mehr ideal bestimmt. Dann gehören bei dem einzelnen Menschen die Güter dazu, die alle den Bedürfnissen entsprechen, die der Vorgang der Auswahl in ihm ohne Rücksicht auf mangelnde Befriedigungsmöglichkeiten bestehen läßt. Oder die Bestimmung ist durch und durch real. In diesem Fall können nur Güter dazu gehören, die auch geleistet werden und beschafft werden können. Der Bedarf in diesem Sinne ergibt sich für jedermann aus seinem Bedürfnisgesamt, indem er den Grad seiner Fähigkeit, die für die Befriedigung geeigneten Güter zu erlangen, und die Möglichkeiten dazu berücksichtigt. Die Berücksichtigung erfolgt in der Weise, daß die Vorstellung von der eigenen Leistungsfähigkeit und von der Möglichkeit zu leisten in dem Vorgang der Auswahl der zu befriedigenden Bedürfnisse mitwirkt. Es sind bloße Vorstellungen, die hier auftreten. Ob sie der Wirklichkeit entsprechen, bleibt noch immer offen. Das kennzeichnet auch den real bestimmten Bedarf als eine Sollgröße: als ein Verlangen nach Wert, von dem ungewiß ist, ob es erfüllt werden kann. Noch näher an die Wirklichkeit der Erfüllung kann das, was Bedarf heißt, aber nicht gebracht werden, weil es dann aufhören würde, ein Verlangen zu sein und schon Erfüllung oder Verzicht mangels Erfüllung sein müßte. Diese beiden möglichen Fälle können aber nur durch ein Ist ausgedrückt werden. Es registriert bereits Geschehenes.

Wie die Bedürfnisse gibt es auch den Bedarf an Gütern nicht einzeln und isoliert, sondern bei jedermann nur gebunden, nur in Gesamten. Und wenn die Wirtschaftslage sich ändert, schrumpft das Bedarfsgesamt der einzelnen Wirtschaftenden oder es weitet sich aus, entsprechend diesen Vorgängen beim Bedürfnisgesamt.

Danach ist der real bestimmte Bedarf von dem Grade der Leistungsfähigkeit und Möglichkeit des Einzelnen abhängig. Nimmt sie ab, verringert er sich durch weiteres Ausfällen von Bedürfnissen, deren Befriedigung von vornherein unmöglich scheint. Das kann sich fortsetzen, bis die letzten Bedürfnisse, die, die nicht unbefriedigt

bleiben können, das ganze Bewußtsein erfüllen und es schließlich sprengen. Die Folgen brauchen nicht noch im einzelnen geschildert zu werden.

Die Beeinflussung des Maßes an realem Bedarf durch die Leistungsfähigkeit und -möglichkeit ist aber nicht die einzige Beziehung, die zwischen beiden besteht. Von der Zusammensetzung des Bedarfs her, die sich mit der Veränderung seines Umfangs ändert, erfolgt eine Rückwirkung auf die Zwecke, für die die Kräfte eingesetzt werden. Das Leistungs-gesamt muß in seiner Zusammensetzung immer dem in seiner Zeit bestehenden Bedarfs-gesamt entsprechen, wenn die Befriedigung wenigstens in der Beschränkung, die sich aus der beschränkten Leistungsfähigkeit ergibt, vor sich gehen soll. Jedermann muß, wenn seine Kräfte, z. B. von Naturereignissen, die sein Leben bedrohen, in Anspruch genommen werden, den Rest seiner Leistungsmöglichkeit nun anders verteilen, als er es vorher gewöhnt war: die Erzeugung mancher Werte muß ausfallen und die Zusammensetzung des Leistungs-gesamts sich entsprechend ändern.

Zwischen Bedürfnis und Leistung des Befriedigungswerts spielen sich in dem Rahmen, den Bedürfnis-, Bedarfs- und Leistungs-gesamt in ihrem Verhältnis zueinander bilden, die Vorgänge der Güter- und Kräfte-wirtschaft ab.

Sie bestehen darin, daß in der Form von Gütern Befriedigungswert hervorgebracht und zur Befriedigung der Bedürfnisse benützt wird, durch die wieder Kräfte erzeugt und erhalten werden, die auch in der Wirtschaft zu neuen Leistungen befähigen. Jeder Befriedigungswert bestimmt sich als Summe der Zwischenwerte, die haben zusammengebracht werden müssen, damit er entstehe. Die Nutzung von Kapital in irgendwelcher Form, die Abnützung von Gebäuden, Maschinen und Geräten, die benützten Hilfsstoffe und der verarbeitete Rohstoff sind solche Werte. Dazu die Leistungswerte, soweit sie in den aufgezählten noch nicht enthalten sind. In der Regel sind Werte jeder dieser Gruppen in die Befriedigungswerte hineingegeben. Nur der Rohstoff macht eine Ausnahme. Denn es gibt sehr

zahlreiche Befriedigungswerte, in denen keiner verarbeitet ist. Das trifft immer dann zu, wenn Leistungswerte in Frage stehen, die entstanden sind, ohne Sachgütern zuzuwachsen. Sie müssen ohne eine solche Vermittlung verwendet werden. In den Bissen, die wir zu uns nehmen, um unsern Hunger zu stillen, verspeisen wir Sachgüterwert. Außerdem aber Kapitalnutzung, abgenützte Häuser, Maschinen und Gerätewerte, auch einen Teil des Werts der Gabel, die wir gerade in der Hand haben, und Wert von Hilfsstoffen, die zur Herstellung der Gebäude, Maschinen und Geräte, um deren Abnutzung es sich handelt, verwendet worden sind, sowie Hilfsstoffwerte, die bei der Verarbeitung des Sachwerts und der Zubereitung der Speisen Verwendung gefunden haben. Die Leistung des Barbiers enthält dagegen keinen Sachwert, wohl aber Kapitalnutzung, Abnutzungswerte von Gebäuden, Maschinen und Geräten; auch ein Teil des Rasiermesserwerts ist in ihr enthalten. Der Schaum hat nichts mit einem Rohstoff, sondern nur mit Hilfsstoffen zu tun.

Wenn in dem einen oder andern Falle von Gebäudes, Maschinen- und Geräteabnutzung die Rede war, ist nicht nur die Küche oder der Barbierladen als Bestandteil des gesamten Hauses, nicht nur der Bestand an Küchenmaschinen und die Haarschneidemaschine des Barbiers und nicht nur das Küchen- und Eßgerät des Hauses sowie das Handwerkszeug des Barbiers gemeint. Vielmehr kommt auch all der Häuser, Maschinen- und Gerätewert in Betracht, der abgenützt worden ist, um die Küche und den Laden und die in ihnen enthaltenen Maschinen und Geräte herzustellen. Die Formulierung umfaßt sogar weiter Häuser, Maschinen- und Gerätewerte aus der Abnutzung bei der Herstellung der Häuser, Maschinen und Geräte, die nötig waren, um die Häuser, Maschinen und Geräte hervorzubringen, die zur Herstellung von Küchen, Läden, Maschinen und Geräten für den Haushalt und für den Barbier nötig waren. Das geht bis zu den Anteilen an den Abnutzungswerten aller Art aus der Förderung des Rohmaterials, der Roh- oder Hilfsstoffe für die Ausrüstung des Haushalts wie des Barbiers mit Raum, Maschinen und Geräten

sowie für die Durchführung der Vorgänge der Speisung oder der Verschönerung von Menschen. Hinzu kommt in jedem Falle noch der Anteil an der Kapitalnutzung auf den verschiedenen Stufen.

Bei allen diesen Vorgängen durch alle Stufen hindurch, kommt es immer darauf an, daß das Geleistete dem Bedarf entspricht. Trifft das nicht zu, ist es wertlos. Denn Wert ergibt sich immer nur als Erfüllung des Verlangens, das im Bedarf lebendig ist. Wertlose Leistungen aber bedeuten eine Preisgabe von Möglichkeiten, die mit der vorhandenen Leistungsfähigkeit für die Bedarfsdeckung an sich gegeben waren.

Nach dieser Vorbereitung nun zu unserem Vergleich.

Bei der Betrachtung der geschlossenen Hauswirtschaft sei zunächst angenommen, daß es sich um eine Ein-Mensch-Wirtschaft handle. In dem Bewußtsein dieses einen Menschen treten die Bedürfnisse als Gesamt auf. Der Bedarf macht sich in ihm in dem gleichen Sinne geltend. In den Vorgang der Auswahl der zu befriedigenden Bedürfnisse greift bei ihm die Vorstellung von seiner Fähigkeit, Befriedigungswerte zu beschaffen, ebenfalls in der Weise ein, die oben beschrieben ist. Die Zusammensetzung dessen, was er für sich leistet, wechselt wie die Zusammensetzung seines Bedarfs je nach dem Umfange, für den seine Leistungsfähigkeit und -möglichkeit Raum gibt. Die Zwischenwerte, aus denen Geist und Hand unseres Selbstversorgers Befriedigungswerte schaffen, gleichen in der Art denen, die oben aufgezählt sind. Außer eigenen mannigfachen direkten Leistungen sind es Kapitalnutzung, abgenützte Werte aller Art sowie Hilfs- und Rohstoffwerte. Da nach unserer Annahme der Selbstversorger absolut ist, vereinfacht sich das Bild allerdings wesentlich. Die Abnutzungswerte sind hier durchweg eigener Leistungswert, wenn auch solcher, der schon früher bei der Herstellung der Gebrauchsgegenstände hervorgebracht ist. Auch Hilfs- und Rohstoffe finden sich in der Wirtschaft unseres Beispiels selbst. Alles, was an ihnen bis zur eigentlichen Verwendung geschehen ist, kann auch nur durch eigene Leistung zustande gekommen sein. Von Kapitalnutzung kann hier wie bei ar-

beitsteiligen selbständigen Betrieben gesprochen werden, wenn der Einzelwirtschafter das Vermögen, das ihm erlaubt, sich vollkommen selbst zu versorgen, von Dritten erworben hat. Die Voraussetzung dazu ist, daß er Glied einer Gesamtwirtschaft ist, in der er sich wirtschaftlich hat unabhängig machen können. Nimmt man im Gegensatz dazu an, daß die Natur ihm Boden und Materialien für Hilfs- und Rohstoffe aller Art frei gibt, kann es für ihn keine Kapitalnutzung in diesem Sinne geben. Die Befriedigungswerte, die zustandekommen, erwachsen dann unter freier Verwendung dessen, was die Natur bietet, aus früheren vorbereitenden und späteren fertigstellenden eigenen Leistungen. Daß er alle diese Werte in bereitgestellten Nahrungsmitteln mit verzehrt, wenn er seine Mahlzeiten nimmt, trifft auch auf ihn zu: auch er verspeist allmählich in der Form von Abnutzungsquoten ihres Werts die eigenen Eßgeräte mit, die er auf dem Tische benützt oder die seine Hand führt. Daß es sich in dem Beispiel um eigene Leistungswerte handelt, ändert an diesen Vorgängen nichts.

Wenn die Selbstversorgerwirtschaft eine Gruppe von Menschen umfaßt, sind die Grundlagen dieselben. Nur sind sie für eine Mehrheit gegeben. Aber alle sind Glieder derselben Wirtschaftseinheit. Ihre Bedürfnisse beeinflussen denselben Willen und ihre Leistungsfähigkeit wird von demselben Willen geleitet und wirkt sich deshalb in Verbindung mit den Bedürfnissen einheitlich aus. Aber das leitende und regelnde Bewußtsein ist nicht die Gesamtheit der beteiligten Bewußtseine, sondern eines der Einzelbewußtseine, das die Funktion der Leitung und Regelung ausübt. Es ist aber unterstützt und ergänzt durch die anderen. So bleibt es immerhin fraglich, ob das Bedarfsesamt aller vollkommen zutreffend eingeschätzt und die Leistungsfähigkeit auf die verschiedenen Zwecke richtig verteilt wird. Entsprechend der zusammenfassenden Einschätzung des Bedarfs der mehreren ist hier laufend wie periodisch auch eine Verteilung des Geleisteten unter die Beteiligten nötig, und es wird sich erst danach zeigen, ob alles Wert ist, was geleistet worden ist.

Im übrigen sind weder am Rahmen noch an den Vorgängen der Wirtschaft Abweichungen von denen beim einzelnen Selbstversorger festzustellen.

Selbständige Wirtschaftende, die durch Arbeitsteiligkeit miteinander verbunden sind, leben nicht in einer einzigen Wirtschaftseinheit zusammen, sondern sind über eine große Zahl solcher verteilt, die teils Haushalte¹, teils werterzeugende Betriebe sind. Es ist kein Zweifel, daß die letzten aus den ersten abgeleitet sind. Sie bilden Gruppen in der Horizontalen wie die Geschäftszweige und in der Vertikalen wie die einzelnen Stufen der Erzeugung von Befriedigungswerten von der Förderung der Urmaterialien über die Erzeugung von Gebrauchsgütern, Bauwerken, Maschinen und Geräten für alle Produktionsstufen bis zu den letzten Leistungen, die noch nötig sind, um die Nahrungs- und Genußmittel, die Gebrauchsgüter und die Dienste für den Haushalt bereitzustellen. Es entspricht genau dem, was oben in der Vorbereitung für den Vergleich der Selbstversorgerwirtschaft und der arbeitsteiligen bereits auseinandergesetzt ist. Die allerletzten Leistungen müssen freilich in den Haushalten selber geleistet werden. Das gilt selbst für den Hotelgast, der den Wert seiner Handhabung der Esßgeräte mit verspeist.

Die Zwischenwerte in der arbeitsteiligen Wirtschaft selbständiger Einheiten sind dieselben wie bei Selbstversorgern: Abnutzungswerte, Hilfs- und Rohstoffe sowie Leistungswerte, die weder in den einen, noch in den anderen schon mit enthalten sind. Aber für die einzelne Wirtschaftseinheit trifft die Feststellung bei den Selbstversorgerwirtschaften nicht mehr zu, daß schließlich alle Werte, aus denen die eigentlichen Befriedigungswerte gebildet werden, eigener Leistungswert seien. Das gilt vielmehr immer nur noch für einen Teil von ihnen und in der Regel nicht einmal für alle Leistungswerte, die unmittelbar für den Teil der Erzeugung, der sich in der einzelnen Wirtschaftseinheit vollzieht, nötig sind, weil außerhalb stehende Lei-

¹ Über das, was alles zu einem Haushalt zu rechnen ist, s. S. 45.

stende hinzugezogen werden. Ferner gibt es fremde Leistungen in der Form der Abnutzungswerte der verschiedenen einander folgenden Erzeugungsstufen, die an dem Entstehen des Befriedigungswerts nacheinander bis zum Eintritt bei uns oder an der Herstellung unserer Ausrüstung oder der Ausrüstung unserer Lieferanten beteiligt waren.

In den Roh- und Hilfsstoffen, die bezogen werden, sind fremde Leistungen auch außer den Abnutzungsanteilen der verschiedensten Herkunft enthalten.

Das Problem der Kapitalnutzung ist in dem Bereich der Arbeitsteiligkeit selbständiger Wirtschaftseinheiten auf eine feste neue Basis gestellt. Kapital muß in ihm regelmäßig von Außerhalbstehenden besorgt werden, und es geht nicht mehr an, von einer Einreihung seiner Nutzung unter die Zwischenwerte Abstand zu nehmen. Der Leser wird noch sehen, daß es auch deshalb unmöglich ist, weil sich in der arbeitsteiligen Wirtschaft selbständiger Betriebe eine bestimmte Kapitalmenge laufend von selbst ergibt, deren Verteilung auf die Stellen, wo die Verwendung am wirksamsten ist, ohne Beachtung des Werts der Nutzung nicht ausreichend wirksam erfolgen kann.

Das alles bedeutet aber nicht, daß arbeitsteilige selbständige Wirtschaftseinheiten andere Grundlagen hätten als die Selbstversorger. Vielmehr haben auch sie mit Bedürfnissen zu tun, die zu befriedigen sind. Auch bei ihnen bilden diese für jeden Einzelnen ein Gesamt und die mehrerer oder aller eine Summe von Gesamten, die wieder ein Gesamt bedeutet. Dasselbe gilt von dem Bedarf jedes einzelnen wie von dem mehrerer oder aller. Die Ausfällung der nicht zu befriedigenden Bedürfnisse zur Abgrenzung des realen Bedarfs erfolgt auch hier unter dem Einflusse der Vorstellung von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaftenden und ihrer Auswirkung unter den gegebenen Verhältnissen. Die Leistung steht freilich nicht mehr wie in den beiden anderen Fällen unmittelbar selbst vor uns, sondern nur als Kraft zu kaufen: als Kaufkraft den Befriedigungswerten gegenüber, die zu beschaffen sind. Das Geld, das dazu nötig ist, muß aber als Gegen-

wert für die arbeitsteilige Leistung des Einzelnen aus der Gesamtleistung aller so Arbeitenden abgeleitet werden. Es ist deshalb noch immer der gleiche Zusammenhang wie beim Selbstversorger: nur steht an Stelle der Leistung ihr Gegenwert in Geld, an Stelle der Leistungsfähigkeit die Fähigkeit, Kaufkraft zu erwerben, und an Stelle der Leistungsmöglichkeit die Kaufkraft, die unter gegebenen Verhältnissen möglich erscheint. Dieses Auseinandergezogensein der Zusammenhänge läßt es zu, daß Menschen Kaufkraft erhalten, ohne zu leisten, obwohl sie leisten könnten und im Zuge der Wirtschaft auch leisten müßten. Dies ist nicht mehr bloß dadurch möglich, daß der Einzelne sich bei der Arbeit schont oder daß er sich von ihr drückt, sondern auch durch Übergang von Geldwert auf ihn, ohne daß er überhaupt etwas leistete.

Im Zusammenhange mit der Mittelbarkeit des Verhältnisses der Leistungsfähigkeit und Möglichkeit zu dem Bedarf ist daran zu erinnern, daß hier jeder selbständig Wirtschaftende, obwohl er in Arbeitsteiligkeit steht, für sich entscheidet. Es ist kein einzelnes Bewußtsein da, das für alle steht und, ergänzt und unterstützt durch die Wahrnehmungen der anderen, die Leitung und die Regelung der Wirtschaftsverhältnisse leistet.

Aber das Geleistete hat auch hier nur dann Wert, wenn es einem Bedarf entspricht. Es muß nach Werten insgesamt auch hier so gegliedert sein, daß es jeweils mit der Zusammensetzung des gleichzeitigen Bedarfsesamts übereinstimmt. Sonst ist auch hier Unwert geleistet und insoweit Leistungsfähigkeit vertan.

Der Vergleich der Selbstversorgerwirtschaft mit der arbeitsteiligen ergibt vor allem aber das Folgende: Bei dem Einmannversorger finden sich Bedürfnisgesamt, Vorstellung von der Leistungsfähigkeit und Möglichkeit und Bedarfsgesamt in demselben Bewußtsein. Die Bedürfnisse, die auftreten, und die Fähigkeit zu leisten sind die eigenen. Die Motive zur Schrumpfung oder Ausweitung des Bedarfs und die Entscheidungen darüber stehen unmittelbar in Beziehung zueinander. In gleich enger Verbindung stehen die Entschei-

dungen darüber, für welche Werte die Leistungsfähigkeit einzusetzen ist, und über die Zusammensetzung des Leistungsgesamts. Die Regelung aller dieser Verhältnisse vollzieht sich durch das gleiche Bewußtsein in den Schranken der Wirtschaft des einen Mannes, von der die Rede ist.

Bei dieser Abstimmung können natürlich doch Schwierigkeiten auftreten. Es ist möglich, daß Naturereignisse eintreten, die nicht vorhergesehen wurden und daß infolgedessen Arbeiten im Stich gelassen werden müssen, die sonst hätten zu Ende geführt werden können. Das Schwierige ist nicht der Verzicht auf die Befriedigung der entsprechenden Bedürfnisse, der sich in dem einen Bewußtsein, in dem alles vor sich geht, leicht — wenn auch vielleicht unter bitteren Empfindungen — vollziehen wird, sondern daß ein Teil des bisherigen Einsatzes der Kräfte ohne befriedigendes Ergebnis bleibt und daß das bisher Geleistete selbst im Laufe der Zeit wieder verfallen und völlig wertlos werden kann. Das wirkt, als wenn in einer Zeit der Not nutzlos Kräfte vertan worden wären. Andererseits kann die Leistungsfähigkeit auch den Bedarf, sogar den ideal bestimmten, übersteigen. Dann bleibt ein Teil unausgenützt, bis neue Bedürfnisse sich entwickeln, deren Befriedigung möglich ist.

Bei der mehrgliedrigen Selbstversorgerwirtschaft liegen die Verhältnisse insofern etwas schwieriger, als alles, der Rahmen wie die Vorgänge der Wirtschaft, sich über mehrere Bewußtseine verteilen. Aber die Abstimmung vollzieht sich wieder durch ein einziges Bewußtsein, das für alle anderen steht und alles, was in diesen sich äußert, nur als Material benützt.

Es können sich hier die gleichen Schwierigkeiten wie bei der Einmann-Wirtschaft zeigen. Die Einsichten sind nicht vollkommen ausreichend, so daß nicht alle möglichen Ereignisse vorhergesehen werden können. Bei notwendig werdenden Umstellungen ergeben sich dann natürlich auch hier Reste, in denen Leistungen schon begonnen sind, die nicht fortgeführt werden können. Aber es handelt sich bei dem Mangel an Einsicht wieder wie dort um außerwirtschaftliche Dinge.

Die wirtschaftlichen sind in so engem Bereich hinreichend übersichtlich.

Wenn hier der Fall eintritt, daß die Leistungsfähigkeit das Bedarfsgesamt, sogar das ideale, übersteigt, bleiben Kräfte unausgenutzt. Vielleicht scheiden hier Glieder der Wirtschaft ganz aus der Arbeit aus. Es geschieht nach dem Willen des Leiters. Die Entwicklung dürfte in solchen Fällen über die Streckung der Arbeit bis an ihre psychisch mögliche Grenze zu einer Ausbildung neuer Bedürfnisse, deren Befriedigung im Kreis dieser Wirtschaft möglich ist, führen. In keinem Zeitpunkt aber wird bei Dauer des Überschusses an Leistungsfähigkeit die wirtschaftliche Existenz irgend eines ihrer Glieder gefährdet sein. Aus anderen als wirtschaftlichen Gründen könnten freilich in einer solchen Lage Schwierigkeiten entstehen. Innere Streitigkeiten, z. B. um Frauen, sind möglich. Sie können dazu führen, daß gerade die Leistungsfähigsten ums Leben gebracht werden. Das oben Gesagte wird durch solche Möglichkeiten aber nicht abgeschwächt. Denn auf diese Weise wäre lediglich der Überschuß an Leistungsfähigkeit beseitigt. Das würde dazu nötigen, das Bedarfsgesamt unter Ausfällung von Bedürfnissen wieder zu verengen, worüber das Notwendige bereits gesagt ist.

Arbeitsteilig lebende selbständige Wirtschaftseinheiten haben kompliziertere Verhältnisse. Auf den verschiedenen Charakter der Zwischenwerte, auf das Kaufkraftproblem und auf das Problem der Kapitalnutzung soll an dieser Stelle aber nicht noch einmal eingegangen werden. Es ist schon früher geschehen. Hier geht es hauptsächlich um die Abstimmung der Wirtschaft. Die Gesamte, Bedürfnis- und Bedarfsgesamt, ergeben sich hier aus den Einzelgesamten selbständig wirtschaftender Gebilde.

Das macht schon den Vorgang der Schrumpfung des Bedarfs schwierig, wenn Befriedigungsmöglichkeiten ausfallen. Denn es bleibt für jedes einzelne der beteiligten Bewußtseine, auch der führend beteiligten, fraglich, wo sie vor sich gehen und worin sie bestehen wird. Wer wird es sein, der der Beeinträchtigung der Leistungs-

fähigkeit Rechnung trägt, die zur Verengerung des Bedarfs nötig? Und welche der Güterarten werden dadurch ganz oder teilweise verdrängt werden? Der geographische Bereich, in dem sich dieser Vorgang vollzieht, ist weit, und es ist ungewiß, in welchen Provinzen, Bezirken, Gemeinden, Gemeindeteilen sich Schrumpfungsfälle zeigen werden und in welcher Häufung.

Auf der Leistungsseite ist es nicht besser. An dem Leistungsgesamt, das für alle arbeitsteilig Wirtschaftenden zur Verfügung stehen wird, haben diese alle zu arbeiten. Es ist für sie das Sozialprodukt, an dem sie mit ihrer Bedarfsdeckung beteiligt sind. Aber wird es richtig zusammengesetzt sein können, wenn man nicht weiß, bei welchen Personen, in welchen Befriedigungswerten und in welchem Maß bei einem Leistungsausfall der Bedarf schrumpft. Und wenn schon manche der Wirtschaftenden es wüßten, wie sollten sie es durchsetzen können, da die wirtschaftenden Einheiten selbständig sind und jede ihre eigene Meinung hat?

Das Schlimmste aber ist, daß in dieser Art Wirtschaft ein Überschuss an Leistungsfähigkeiten auftreten kann, während gleichzeitig wirtschaftende Menschen zugrunde gehen. Menschen, die leisten können und leisten wollen, werden aus der Arbeit hinausgeworfen, grundsätzlich ohne durch die Leistung der anderen zwangsläufig gesichert zu sein. Denn die Wirtschaftenden sind in der vorausgesetzten Art Wirtschaft selbständig, mindestens jeder in seinem Haushalt, wenn nicht auch in einem abgeleiteten, einem Erzeugungsbetriebe irgendwelcher Art. Sie sind nach ihrem Ausscheiden aus der Arbeit an der Wirtschaft nicht mehr beteiligt, es sei denn durch Almosen, die die übrigen geben. Es ist erschütternd, daß hier ein Überschuss an Leistungsfähigkeit auftreten kann, ohne daß die Bedürfnisse auch vieler noch an der Arbeit Beteiligten voll befriedigt werden könnten. So sündhaft paradox es klingt, hier wird es doch Wirklichkeit: bei einem Überschuss von williger Leistungsfähigkeit müssen Bedürfnisse ausgefällt werden, so daß das Bedarfsgesamt eingeschränkt ist,

weil es an Leistungen fehlt. Wem tritt da nicht die Frage, die die nationalsozialistische Bewegung gestellt hat, voller Bitternisse auf die Zunge: Muß das so sein? Müssen wir das nicht besser machen können?

Zu alledem zeigt sich in der arbeitsteiligen Wirtschaft selbständiger Betriebe, was das Verhältnis zwischen Leistungs- und Bedarfsgesamt anlangt, eine weitere Schwierigkeit von entscheidender Bedeutung, die im Falle reiner Selbstversorgung der Einzelnen oder Gruppen nicht festgestellt werden kann. Sie ergibt sich daraus, daß sich die Erfordernisse der Förderung und Sicherung der Nation und die Tendenzen arbeitsteiliger Wirtschaft schneiden. Die Arbeitsteiligkeit hat die Neigung, sich über die nationalen Grenzen zu erstrecken. Soweit sie sich ungehindert auswirken kann, entstehen die einzelnen Leistungen in dem nationalen Bereich, in dem sie in der erforderlichen Qualität mit geringstem Aufwand hervorgebracht werden können. Bei solchen Gütern, deren Erzeugung überall gleichmäßig günstig erfolgen kann, zeigt sich naturgemäß keine Wirkung. Aber bei verschiedenem Aufwand führt die Entwicklung zu Anhäufungen in den Bereichen mit Aufwandstiefs, während die mit Hochs verschiedenen Grades sich von der Erzeugung solcher Werte mehr oder weniger entblößen. Es ist dabei vorausgesetzt, daß die Differenzen groß genug sind und der vielleicht beträchtliche Transportaufwand sie nicht annähernd ausgleicht. Tiefs und Hochs können — wie schon gesagt — verschiedenen nationalen Bereichen angehören. Und es ist möglich, daß in dem einen oder anderen die Erzeugung von Gütern verkümmert, die für den Bestand der Nation unerlässlich sind. Man sage nicht, daß die Folge eine gegenseitige Abhängigkeit der Nationen sei und daß deshalb die Arbeitsteiligkeit den Weg zum ewigen Frieden bereite. Das trifft nicht zu, weil die Abhängigkeit der verschiedenen Nationen nicht gleichmäßig ist und die Lage mancher von ihnen recht bald stärkere geradezu einlädt, zwingend Vorschläge zu politischen Abkommen zu machen, die die Selbständigkeit der schwachen auch in Kulturdingen, in ihren höchsten Werten, bedrohen. Der

Grad der Wahrscheinlichkeit ist um so größer, als die durch Arbeitsteilung ausreichend abhängig gewordenen Nationen materiell wehrlos sind. Es kommt hinzu, daß die Nationen nicht nur von Nationen bedroht werden, sondern auch von Mächten anderer Herkunft und anderer Zielsetzung. Gerade die in der arbeitsteiligen Wirtschaft notwendige Verteilung des Gegenwerts für die Leistungen aller, für das Sozialprodukt, gibt die Möglichkeit, daß Geld- und Kapitalanhäufungen entstehen, von denen aus der Versuch gemacht werden kann, in ihrem Interesse die Führung von Nationen in die Hand zu bekommen, von denen andere bereits wirtschaftlich abhängig sind und weitere im Zuge der Tendenzen arbeitsteiliger Wirtschaft noch abhängig werden können. Solchen Mächten kann es besonders nahe liegen, die Nationen, die sie beherrschen, gegen die, die sie beherrschen möchten, mit kriegerischer Gewalt vorgehen zu lassen, um auch sie ihrer Macht zu beugen. Geldmächte schicken sich dann an, auf diese Weise die Kultur zu unterjochen und aus ihr zu machen, was für sie rentabel ist. Es ist notwendig, daß sich die Kulturmächte, auf denen die Menschheit beruht, die Nationen, dagegen wehren. Das bedeutet auch Abwehr der Arbeitsteiligkeit über die nationalen Grenzen, soweit Güter in Frage stehen, die für die Verteidigung der Freiheit der Nation unerlässlich sind. Über die Schnittpunkte der nationalen Erfordernisse und der Tendenzen der Arbeitsteiligkeit hinaus kann die Wirtschaft einer selbständigen und lebenswilligen Nation nicht hinausgehen. Das Wesentlichste ist dann, diese Schnittpunkte zu kennen.

Aber auch nach der anderen Seite ergeben sich aus der Tendenz der Arbeitsteiligkeit, die nationalen Grenzen zu überschreiten, außerordentlich bedeutsame Schwierigkeiten. Die Struktur der nationalen Wirtschaften verschiebt sich, wenn die Sorge um die nationale Sicherheit sich steigert. Das äußert sich in wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die die internationale Arbeitsteilung treffen. Der Apparat der Erzeugungswirtschaft der bisherigen Liefernationen, der für

jene Nationalbereiche arbeitete, verliert sein Absatzgebiet. Das kann bei einer Vielheit von Abnehmernationen geschehen, so daß die Umstellung schwierig ist. Es kann auch so schnell geschehen, daß es gar nicht möglich ist, die Liefernationen ausreichend rasch umzustellen. Die Folge muß eine tiefgreifende Verwirrung in deren Wirtschaft sein. Sie werden sich ihre Innenverhältnisse sehr gründlich ansehen müssen, denn es ist wahrscheinlich, daß die Umstellung im wesentlichen nach innen erfolgen muß. Welche Unstimmigkeiten werden zwischen dem Leistungs- und dem Bedarfs- gesamt festgestellt werden können, solange die Wirtschaft noch nicht wieder geordnet ist!

Die Schwierigkeiten der arbeitsteiligen Wirtschaft selbständiger Betriebe lassen erkennen, daß es dem Menschen nicht nur an ausreichender Einsicht in außerwirtschaftliche Zusammenhänge gebricht, sondern auch an Übersicht über die wirtschaftlichen Verhältnisse und ihre Entwicklung selbst. Das konnte bei den reinen Selbstversorgern keineswegs festgestellt werden. Außerdem schließt hier die Selbständigkeit der Wirtschaftseinheiten die Gefahr ein, daß sich aus abweichenden Meinungen, aus Egoismus oder Zuchtlosigkeit, ein zunehmender Mangel an Eingliederungsfähigkeit in die arbeitsteilige Gesamtwirtschaft entwickelt, durch den sie ihren Zweck für die Menschen zu einem großen Teil verfehlen kann.

Die Frage der Abstimmung erscheint nach alledem hier hoffnungslos. Zu ihrer Lösung hat die arbeitsteilige Wirtschaft einen Mechanismus hervorgebracht, der Markt heißt. Es ist dabei gleichgültig, welche Form er hat: ob er sich als Summe der Abschlüsse in offenen Verkaufsstellen, Kontoren, Wochen- und Jahrmärkten, Auktionen, Einschreibungen und Börsen darstellt, oder ob er aus privaten oder öffentlichen Verteilungsstellen besteht. Wesentlich ist, daß Bedarfs- und Leistungs- gesamt in ihren Vertretern sich finden und daß eine Berichterstattung dafür sorgt, daß die Verhältnisse und Vorgänge auf den Märkten bei allen rechtzeitig bekannt werden, so daß die Schrumpfungen oder Ausweitungen des Bedarfs- und des Leistungs-

gesamt und die Veränderungen in ihrer Zusammensetzung rechtzeitig und ausreichend eingesehen werden können.

Auf diesem Wege vollzieht sich die Abstimmung der Gesamtwirtschaft durch die Entscheidungen in den einzelnen Wirtschaftseinheiten. Voraussetzung dafür ist, daß die Marktpartner sich verbindlich äußern können, auch wenn die Märkte die Form von Verteilungsstellen haben. Ohne solche Äußerungen geht die Fähigkeit der Abstimmung überhaupt verloren.

Der Ruf nach Initiative und die Betonung der Äußerung des eigenen Willens der Wirtschaftler sowie der Notwendigkeit, ihren Weg selbst zu finden, entspricht diesem Zusammenhange durchaus. Nur kommt es nicht allein auf den Unternehmer an, sondern auf jeden, der wirtschaften muß. Jeder Wirtschaftende muß in seinem Bereich die zweckvolle Initiative entwickeln, die dem Ganzen und ihm selbst weiterhilft.

Die Ertragsverteilung ist ebenso wichtig wie die Ertragszielung

Die Ertragszielung vollzieht sich in den Werterzeugungsbetrieben. Sie stehen alle — in der Gruppierung der Geschäftszweige tief gestaffelt — im Dienste der Haushaltungen. Ihre Tätigkeit hätte ohne diesen Dienst keinen vernünftigen Sinn. Ertrag wird um so gesicherter erzielt, je mehr die Werterzeuger diese ihre Stellung erkennen und sich anschicken, sie auszufüllen: unmittelbar, wenn sie selbst an die letzten Abnehmer der Wirtschaft absetzen; mittelbar, wenn ihre Leistung erst, ganz oder in Teilen, von anderen Erzeugern übernommen werden muß, vielleicht nacheinander von einer ganzen Reihe, bis sie in Güter des täglichen oder periodischen Bedarfs übergeht, seien es Nahrungs- oder Genußmittel oder Gebrauchsgüter oder Dienste für den einzelnen Menschen, für seine Person oder seinen Haushalt. Diese Einsicht ist in der Regel nur bei den Betrieben vorhanden, die unmittelbar an die Menschen als Haushaltende und Selbstkonsumierende absetzen. Die anderen, die dieser Gruppe nur zuarbeiten, durch Herstellung und Lieferung von Gebrauchsgütern, Hilfsstoffen, Rohstoffen und Diensten, unmittelbar oder erst wieder auf dem Wege über zwischengelagerte Betriebe, übersehen es leicht. Bei ihnen und ihren Vertretern bildet sich leicht die Meinung aus, daß sie die Wirtschaft seien und alles übrige, insbesondere die Haushalte, nur Anhängsel oder notwendiges Übel. Es ist die geistige Haltung, die sich leicht hinter den Fronten entwickelt, die so aussieht. Die Front, an der hier laufend die Entscheidungen fallen

— es sei in betonter Weise wiederholt —, verläuft zwischen den Haushalten und der Staffel der Erzeuger, die ihnen unmittelbar gegenübersteht. Was dahinter gestaffelt ist, muß sorgen, daß es nicht in jene Haltung verfällt, und wissen, auch in den Mammutbetrieben der schwersten einflußreichenden Geschäftszweige, daß alle Erzeugertätigkeit und aller Einfluß wirtschaftlich sinnwidrig sind, wenn sie vor der Front der Haushalte nicht bestehen. Das gilt auch von den ganz großen Erfindungen, die in rückwärtigen Geschäftszweigen gemacht worden sind oder gemacht werden mögen. Sie sind ohne Bedeutung, wenn sie nicht günstig in der Haushaltsfront wirken. In Haushalten lebt jedes Glied der Nation. Die Nation selbst lebt in ihnen. Auch, was zu ihrem Schutz und ihrer Förderung erfunden oder verwendet wird, steht wirtschaftlich in derselben Front. So versteht es sich, daß sich die Ertragszielung, auf die Dauer gesehen, am sichersten vollzieht, wenn alle erzeugenden Betriebe von der Absicht durchdrungen sind, den Haushalten zu dienen. Auf diese Weise entsteht am ehesten die Zusammensetzung der Gesamtleistung aller, des Sozialprodukts, die der Zusammensetzung des Bedarfs entspricht.

Die Ertragsverteilung führt den einzelnen arbeitsteilig leistenden Menschen den Gegenwert ihrer Leistung zu und setzt sie dadurch in den Stand, aus dem Sozialprodukt zu kaufen, was sie brauchen. Es kommt bei ihr darauf an, die Aufteilung des gesamten Gegenwerts aller Leistungen so vorzunehmen, daß der Bedarf, der dadurch lebendig gemacht wird, das Höchstmaß von Leistungsmöglichkeit, das ist Arbeitsgelegenheit, ergibt.

Durch diesen Zusammenhang zeigt sich, wie eng Ertragsverteilung und -zielung zusammengehören und wie wesentlich insbesondere der Vorgang der letzten dafür ist, daß die Wirtschaft stimme.

Ehe weiteres ausgeführt wird, müssen aber erst die Begriffe geklärt werden, um die es hier geht. Es ist um so nötiger, als die wissenschaftliche Begriffsentwicklung an dieser Stelle ein besonders hohes Maß von Zerrissenheit aufweist.

In der betriebswirtschaftlichen Literatur und Lehre finden sich im wesentlichen vier verschiedene Ertragsbegriffe:

1. Ertrag als Ausbeute,
2. Ertrag als Erlös,
3. Ertrag als Gewinn,
4. Ertrag als Gegenwert der Betriebsleistung.

Die beiden, die hier zunächst auszuscheiden sind, sind die unter 1 und 2. Der erste kann Ingenieuren eher einleuchten, als Wirtschaftlern. Trotzdem ist er auch von Hochschullehrern der Wirtschaft und gerade der Betriebswirtschaft schon benützt worden. Es muß dem gegenüber zuerst darauf hingewiesen werden, daß es sich bei der Ausbeute um Leistungsverhältnisse handelt, nicht um Wert. Eine Leistung braucht überhaupt nichts wert zu sein, so gut auch ihre Ausbeutungsverhältnisse sind. Ertrag setzt dagegen Wertsein voraus. Dafür ist notwendig, daß gewertet worden ist. Das kann entscheidend immer nur in einem Markt geschehen, welche Form ihm auch gegeben sein möge, und zwar durch Vereinbarung des Gegenwerts des Geleisteten. Die obrigkeitliche Festsetzung von Preisen ersetzt eine solche Vereinbarung nicht, denn es ist immer noch nötig, daß zu den festgesetzten Preisen auch gekauft wird. Ertrag kann demnach immer nur Gegenwert sein. Solche Gegenwerte können auch, den Markt vorwegnehmend, nur geschätzt sein. Das schließt natürlich ein Risiko ein. Aber sie können auch dann als nichts anderes denn als Gegenwert angesehen werden. Ausbeutungsverhältnisse können für sich allein weder Wert noch Gegenwert ausdrücken. Sie können deshalb auch nichts über Ertrag im wirtschaftlichen Sinne aussagen.

Noch kürzer kann die Ausscheidung des Erlöses als Inhalt des Ertragsbegriffs sein: Erlös ist zwar Gegenwert, aber er umfaßt mehr als den Gegenwert der bestimmten Leistung: er umfaßt vor allem auch den der dazu verwendeten Sachgüter und Abnutzungswerte, selbst wenn sie in der Leistung, um die es sich handelt, nicht auch geleistet sind. Der Leser betrachte den Durchlauf der Werte von der Urproduktion über die verschiedenen Industrie- und Handels-

stufen bis zu den Konsumenten und zähle, wie oft sie bei den verschiedenen Gütern als Ertrag von Leistungen erscheinen würden, ohne doch immer wieder geleistet zu sein. Es bleibt nichts übrig, als den Erlös als Ertragsbegriff ebenfalls auszuscheiden.

Danach bleiben die Nummern 3 und 4 der Aufzählung. Es ist zweckmäßig, sie in der angegebenen Reihenfolge zu behandeln.

Gewinn im Sinne von Jahresgewinn, Periodengewinn, ist das Ergebnis des Betriebes für die am Gewinn Berechtigten, hauptsächlich für die mit Geld Beteiligten, für die Unternehmer in diesem Sinne. Bekostet hat dieses Ergebnis für sie, seien es physische oder juristische Personen, den Betrag, der von ihrem Standpunkt aus hat ausgegeben werden müssen, um es zu haben. Gewinn erscheint so als Überschuss der Unternehmereinnahmen über die Unternehmeraussgaben. Es ist dabei selbstverständlich alles auszuscheiden, was nicht auf betriebliche Gründe zurückzuführen ist. Ferner kommen nur die Beträge in Frage, die für die abzurechnende Periode entstanden sind. Der Inhalt dessen, was Gewinn genannt wird, ist aber auch nach dieser Präzisierung noch verschieden. Einmal deshalb, weil die Rechnung der Kosten in den verschiedenen Wirtschaftseinheiten verschieden genau ist. Das scheint nur ein Unterschied in der Praxis zu sein, ist aber insofern auch ein theoretischer, als über die Zugehörigkeit mancher Posten zum Kostenbegriff keine Einigkeit besteht. Ferner ist der Umfang des Gewinnbegriffs je nach der Unternehmungsform verschieden, die der Wirtschaftseinheit gegeben ist. Im Gewinn beim Einzelkaufmann und bei den Gesellschaftern von Personalgesellschaften ist auch Unternehmerlohn enthalten, nicht aber in dem bei den Kapitalgesellschaften. Vergleiche sind aus den angegebenen Gründen geradezu unmöglich. Aus allem ist aber klar, daß, wenn das Wort Ertrag auf den Gewinn angewandt werden soll, es nur im Sinne von Unternehmerertrag geschehen kann.

Schließlich ist zu erläutern, was der Ertrag als Gegenwert der Betriebsleistung sei. Es muß hier auf diesen letzten Begriff zurückgegangen werden. Er bezeichnet das Leistungsgesamt aller derjenigen,

die als Angehörige, als Betriebsglieder, an der Betriebsarbeit beteiligt sind. In jedem einzelnen Gegenstande, der durch diese Arbeit hindurchläuft, ist sie in seinem Rahmen enthalten: als Einzelgesamt, Gesamt der Leistungen aller beteiligten Betriebsglieder in ihm. In unserem Zusammenhange steht der Betriebsertrag einer Periode im Vordergrund. Ihm liegt die Periodenleistung des Betriebs zugrunde. Das ist die Gesamtheit der Leistungen aller Betriebsangehörigen während der Periode, die abgerechnet werden soll. In jedem Falle ist die Betriebsleistung zuerst in Höhe der Summe anzunehmen, die sich aus den Löhnen, den Gehältern und dem Unternehmerlohn für die Periode ergibt, zuzüglich eines Zinses für die Nutzung des Kapitals, soweit es kein Gläubigerkapital ist. Der Gegenwert, der sich bei der Veräußerung ergibt, kann höher oder niedriger sein, so daß sich, verglichen mit dem Aufwandswert der Leistung, ein Übers- oder Unterschuf ergibt. Ertrag der Betriebsleistung ist ihr Gegenwert. Der Übers- oder Unterschuf ist wieder Gewinn oder Verlust. Der Gegenwert der Betriebsleistung wird im Gegensatz zum Gewinn oder Unternehmerertrag als Betriebsertrag bezeichnet werden müssen, was von mir seit langem auch geschieht.

Die Ermittlung geht in jedem Falle von den Erlösen aus. Beim Periodenertrage ist für das noch nicht Veräußerte, gleichgültig, ob schon marktreif oder nicht, außerdem ein Erlöserfaß zu ermitteln und zuzuschlagen. Für die Höhe dieses zusätzlichen Betrages sind die Bewertungsgrundsätze entscheidend, die angewandt werden. Von der Summe beider sind die Ausgaben abzusetzen, die für diesen Periodenerlös und die Erlöserfaßwerte haben gemacht werden müssen. Sie sind die Kosten des Betriebsertrages. Ihr Betrag ist von dem der Unternehmerkosten verschieden, weil sie Löhne und Gehälter nicht mit enthalten, deren Deckung ja zum Gegenwert der Betriebsleistung selber gehört. Der Name Betriebsertragskosten ist genau und zweckmäßig, obwohl er sehr lang ist. Die Bezeichnung „Betriebskosten“ ist deshalb nicht möglich, weil sie schon im Sinne von Betriebsunkosten und gegensätzlich zu Handlungsunkosten oder Geschäftsunkosten viel

fach gebraucht wird. Die Unternehmerkosten werden ebenfalls genauer als Unternehmerertragskosten bezeichnet werden müssen.

Die Betriebsertragskosten der Periode umfassen die Ausgaben für alles, was in ihr nicht vom Betriebe selbst geleistet worden ist: betriebsfremde und nur periodenfremde Werte. Zu den ersten gehören Ausgaben für Sachwerte, Abnützungen, Nutzungen (Kapitalnutzung) und Arbeitsleistungen, sofern sie aus dem angegebenen Grunde an fremde Betriebe gemacht werden müssen. Die zweiten setzen sich aus den Werten zusammen, in deren Höhe die abzurechnende Periode die Bestände der vorhergehenden hat übernehmen müssen.

Der Vergleich zwischen dem Betriebs- und Unternehmerertrag ist nun in der folgenden Weise zu ziehen: Bei dem ersten stelle ich mich auf den Standpunkt des Betriebes, bei dem zweiten auf den des Unternehmers. Die Ermittlung aus dem Erlös + Erlörsatz der Periode vollzieht sich dann so, daß ich im Fall des ersten die Betriebs-ertragskosten, in dem des zweiten die Unternehmerertragskosten abziehe, über deren Unterschied oben das Nötige gesagt worden ist. Dabei bleibt in beiden Fällen die Schwierigkeit bestehen, daß es sich beim Erlörsatz viel weniger um endgültige Werte handelt, als beim Erlös. Außerdem ist hier wie dort die Gefahr gegeben, daß die Bewertung, die den Erlörsatz ergibt, nicht realisierte Gewinne enthält, mit denen allerhand Unfug getrieben werden kann. Entscheidend ist die Wahl der Grundsätze, nach denen bewertet wird.

Über den Unterschied des Umfangs der beiden Begriffe noch einmal die Feststellung, daß der des Betriebsertrags nicht nur den Unternehmergewinn mit der Verzinsung des eigenen Kapitals und den Unternehmerlohn, sondern auch die Wiedererstattung der Löhne und Gehälter und die Beträge aus Gewinnbeteiligungen mit enthält.

Der bedeutendere der beiden Ertragsbegriffe ist der des Betriebs-ertrages, weil er die wirtschaftliche Bedeutung des gesamten Betriebes widerspiegelt, während der Unternehmerertrag nur den Einfluß auf die Vermögens- und Haushaltsverhältnisse des Unternehmers anzeigt.

Ihr Zusammenhang mit dem Ertragsverteilungsprozeß, der uns im weiteren beschäftigt, ist verschieden. An den Unternehmerertrag knüpft nur ein Teil der Ertragsverteilungsvorgänge an. Selbst wenn wir den Begriff weit fassen, handelt es sich in ihm nur um den Unternehmerlohn, die Verzinsung für das Unternehmerkaptital und den Unternehmergeinn, aber schon nicht mehr um die Gewinnanteile der übrigen Arbeitenden. Hier darf wieder der Unterschied zwischen den verschiedenen Unternehmungsformen nicht vergessen werden. Weiter sind hier im Zusammenhange der Ertragsverteilung nur noch die Steuern, die die Gewinnberechtigten als solche zu tragen haben, zu beachten. Völlig außer Betracht bleiben die Löhne und Gehälter, die letzten Endes aber auch nicht anders als aus dem Ertrage bezahlt werden können.

Wer den Ausgangspunkt für die gesamte Ertragsverteilung sucht, kann demnach nur vom Betriebsertrage ausgehen. Dieser steht zwischen Ertragszielung und Ertragsverteilung. Auf ihn haben nur Ertragszielungsmaßnahmen Einfluß; für die Maßnahmen der Ertragsverteilung ist er Ausgangspunkt. Sie knüpfen an ihn in zwei Stufen an: Lohn- und Gehälterpolitik, Maßnahmen der Gewinnverteilung an die Berechtigten. Auf den Gewinn im Sinne von Unternehmerertrag haben die Ertragszielungsmaßnahmen gleichfalls Einfluß, aber auch schon die Maßnahmen der ersten Stufe der Ertragsverteilung. Wer von ihm auf die Zweckmäßigkeit der Ertragszielung rückwärts schließen will, findet sie bereits verschleiert durch Ertragsverteilungsmaßnahmen. Deshalb kann es einen wirtschaftlichen Gewinn nur in dem Sinne geben, daß sowohl die Ertragszielung wie die 1. Stufe der Ertragsverteilung nach wirtschaftlichen Grundsätzen vor sich gegangen sind. Nun müssen aber die Grundsätze für die Erzielung und die Verteilung verschieden sein, weshalb der Gewinn als Ausgangsgröße für Untersuchungen über den Grad der Wirtschaftlichkeit, mit dem der Betrieb arbeitet, unmöglich wird.

Für solche bietet sich der Betriebsertrag und — rückwärts gehend — die Betriebsleistung von selber an.

Trotz dieses zwingenden Zusammenhangs, der von mir schon vor vielen Jahren klargestellt worden ist, scheint im praktischen Leben von der vorgetragenen Erkenntnis aber noch wenig Gebrauch gemacht zu werden. Erst in neuerer Zeit setzt sich das Gewicht des Betriebsertrages durch, wenn auch noch nicht so sehr für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, als gerade für Fragen der Ertragsverteilung. Versuche, an denen dies erkennbar wird, sind nicht nur in Deutschland, sondern in einer ganzen Reihe nationaler Wirtschaftsbereiche zu beobachten. In Deutschland zeigt der sogenannte Siemensvorschlag zur Umsatzsteuerreform, nach dem die im Wertverkehr einander folgenden Betriebe immer nur das zu versteuern haben sollen, was sie durch eigene Leistung hinzugefügt haben, ganz deutlich diese Tendenz. Ebenso deutlich tritt sie aber in einer Reihe von Versuchen auf, in der angestrebt wird, vorzuführen, wie sich der von den Betrieben erzielte Wertzuwachs, auch Wertschöpfung genannt, unter die verschiedenen Empfänger verteilt. Schon bei dem Beispiel von der Umsatzsteuer handelt es sich um Betriebsertragsverteilung, viel ausgesprochenener aber noch bei den eben erwähnten Versuchen. Untersuchungen dieser Art können in Deutschland, in der Schweiz, in Frankreich festgestellt werden. In England ist der Aufbau im Ausgangspunkt abweichend. Diese Versuche drängen sich zusammen in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum der jüngsten Vergangenheit. Der erste deutsche geht auf Zahlen von 1927 zurück; der schweizerische auf Durchschnittszahlen von 1920 bis 1927. Ähnliches gilt von den übrigen. Die U.S.A. haben ihre amtliche Statistik bewusst in der Richtung entwickelt, daß sich Material für Untersuchungen der angegebenen Art ergibt.

Der deutsche Versuch ist von dem Reichsverband der Deutschen Industrie unternommen¹. Er verwendet dafür die Angaben von

¹ Besteuerung, Ertrag und Arbeitslohn industrieller Unternehmungen im Jahre 1927.

1065 Unternehmungen. 735 davon sind Kapital- und 330 Personalgemeinschaften. Die Unterlagen wurden durch eine statistische Erhebung mittels eines Fragebogens, der der Veröffentlichung beigegeben ist, gewonnen. Bei der Verarbeitung des Materials ist ein Begriff der Wertschöpfung entwickelt und deren Verteilung nachgewiesen. Dabei liegt der Nachdruck auf dem Anteil, der den Arbeitnehmern als Lohn oder Gehalt oder Beitrag zur Sozialversicherung oder freiwillige Fürsorge zufließt, und auf den Steuersummen, die gezahlt werden mußten. Außerdem aber sind die Verzinsung des Fremdkapitals und der Ertrag des Unternehmerkapitals berücksichtigt. Ja sogar das Verhältnis der steuerlich anerkannten Abschreibungen findet sich angegeben. Das, was die Beauftragten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Wertschöpfung nennen, ist demnach ein stark erweiterter Betriebsertrag. Diese Erweiterung macht den Fiskus und die Kreditgeber zu Beteiligten an der Arbeit und dem Ertrage der einzelnen Betriebe. Durch die Abschreibungen sind die Abnutzungswerte einbezogen, die von dem Betriebe, um dessen Arbeit es sich handelt, in der Regel gar nicht selbst geleistet sind, so daß sie auch nicht zu der Schöpfung von Wert durch ihn gerechnet werden können. Auch bei den Gläubigern und dem Fiskus erscheint es mir fraglich, ob ihre Leistungen, für die naturgemäß Ausgaben entstehen, die gedeckt werden müssen, als zur Wertschöpfung des Betriebes gehörig angesehen werden können. Es ist nur dann möglich, wenn sie ernsthaft als Beteiligte anerkannt werden. Hiergegen ergeben sich aber aus den Unterschieden der Gläubiger- und der Beteiligtenrechte und -pflichten schwere Bedenken, die während einer Notzeit mit großen Verlusten an den eingeräumten Krediten wohl abgeschwächt erscheinen, aber nie völlig verschwinden können, weil sie in den Grundlagen betrieblicher Organisation verankert sind.

Dieser deutsche Versuch der Beobachtung, wie die Anteile der verschiedenen Empfänger von Wertschöpfung, Betriebsertrag, sich zueinander verhalten, ist nicht fortgesetzt worden. Nur von privater

Seite, von Achenbach, ist ein neuer Angriff auf das Problem, und zwar mit gleicher Zielsetzung unternommen worden, dessen Ergebnis im „Arbeitgeber, Zeitschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“, Heft 5—8 vom 1. März bis 15. April 1932, veröffentlicht ist. Er baut sich aber in viel zu großem Umfange auf Schätzungen auf, als das es ratsam sein könnte, diesen Weg fortzusetzen, wengleich die Front, in der er angreift, sich nicht nur auf jene vom Reichsverbande befragten Gesellschaften erstreckt, sondern viel breiter ist.

Auch das Institut für Konjunkturforschung schenkt der Betriebsvertragsverteilung verstärkte Beachtung. Erst kürzlich (September 1933) ging seine Schätzung der Einkommensverhältnisse, insbesondere was die Arbeitseinkommen anlangt, für das 2. Vierteljahr 1933 durch die Presse. Für unseren Zusammenhang sind die Angaben aber viel zu allgemein.

Eine Rückwirkung der Denkweise, die näher beim Betriebsertrage als beim Unternehmerertrage steht, kann wohl auch in dem Schema für die Gewinn- und Verlustrechnung der kleinen Aktienrechtsreform festgestellt werden, in dem keine eigentlichen Posten für Sachwerte vorgesehen sind, obwohl im übrigen überwiegend nach dem Brutto- (Erlös-) Prinzip verfahren wird.

Dem deutschen Versuch am nächsten steht der schweizerische. Das Material bei ihm ist enger: einmal handelt es sich nur um Aktiengesellschaften und weiter nur um den Geschäftszweig der Maschinen- und Metallindustrie. Die Unterlagen bestehen, wie schon oben hervorgehoben wurde, in den Durchschnittsbeträgen aus den Jahren 1920 bis 1927. Der Sinn der Wertschöpfung ist hier als „Totalaufwand ohne Sachaufwand“ formuliert. In der Aufstellung treten Löhne und Gehälter, Fürsorge für die Arbeitnehmer, öffentliche Soziallasten, Steuern und Stempelabgaben, Obligationenzinsen und Dividenden auf. Von den Abschreibungen ist abgesehen. Im übrigen läßt sich die Verwandtschaft mit dem deutschen Versuch erkennen, wengleich „Zinsen für Fremdkapital“ und „Ertrag des Unter-

nehmerkaptals" umfassendere Größen sind als „Obligationenzinsen“ und „Dividenden“. Ferner bleiben auch die Verschiedenheiten zu beachten, die sich daraus ergeben, daß es sich in dem einen Fall rein um Aktiengesellschaften handelt, während im anderen auch Personalgesellschaften eingeschlossen sind. Näher soll darauf nicht eingegangen werden. Nur darauf soll noch hingewiesen sein, daß die Schweizer Bezeichnung „Totalaufwand ohne Sachaufwand“ fehlgeht, weil es sich offensichtlich auch hier um die Verteilung von Ertrag handelt. Aber die Bezeichnungen sind ja nicht das Entscheidende.

In Frankreich sind für Aktiengesellschaften, hauptsächlich aus Gründen des Steuerdrucks, Darstellungen ähnlichen Sinnes entstanden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben den vom Department of Commerce aufgestellten Zensus der amerikanischen Produktion so aufgebaut, daß sich aus ihm die Zahl der Unternehmungen (1), die Zahl der Angestellten und Arbeiter (2), die Zahl der in der Industrie verwandten Pferdekräfte (3), die Summen der gezahlten Gehälter und Löhne (4), die Ausgaben für Rohstoffe, Hilfsstoffe, Heizung und Kraft, die von Fremden geleistet wird (5), und der Wert der Produktion (6) entnehmen lassen. Es läßt sich daraus ein Betriebsertrag insgesamt errechnen. Auszugehen ist dabei von Position 6 und abziehen ist davon Position 5. Diese Differenz stellt einen Wertbetrag dar, der in wesentlichen Teilen nicht von Vorgängern in der Produktion, sondern von den Betrieben selbst kommt. Vorausgesetzt ist dabei, daß es sich bei dem Wert der Produktion um Erlös + Erlösersatz im früher erörterten Sinne handelt. Ungeklärt bleibt vor allem auch die Frage der Abnutzungswerte und Abschreibungen. Den Anteil der Angestellten und Arbeiter an diesem Betriebsertrage gibt der Zensus selber an. Es bleibt die Verteilung der Differenz zu verfolgen. Dazu wäre auch die Statistik über die Lohn- und Dividendenentwicklung in den Vereinigten Staaten zu Hilfe zu nehmen. Ferner wäre noch die Ergänzung nach der Seite der Zinsen für das Fremdkapital und der Steuern nötig.

Eine ausreichende Auflösung ist nicht möglich. Aber die Tendenz nach dem Betriebsertrage ist erkennbar.

Den englischen Versuch sehe ich in der von Sir Josiah Stamp als Präsidenten der Kgl. Statistischen Gesellschaft noch vor seinem Rücktritt veranlaßten und beeinflussten Untersuchung über die Entwicklung der Rentabilität in der englischen Industrie, deren Ergebnisse u. a. am 30. April und 7. Mai 1932 im Economist unter der Überschrift „British Industrial Profits“ veröffentlicht worden sind. Freilich ist die Ausgangsgröße hier der Gewinn. Aber es ist derjenige Gewinnbetrag gemeint, der noch die Reserven, die gelegt werden sollen, die Obligationenzinsen und die Steuern enthält. Nun sind die beiden letzten Beträge gerade keine, die geeignet wären, den Gewinn zu Betriebsertrag zu ergänzen. Gehälter und Löhne fehlen. Für sie ist es nötig, die Lohnstatistik heranzuziehen.

Schon früher ist in England weit deutlicher vom Betriebsertrage aus Ertragsverteilungspolitik getrieben worden. So in den Abmachungen über die Verteilung des Ertrags der englischen Bergwerke. Der Gewinnverteilungsgedanke findet überall seine tiefste Begründung in der Erkenntnis von der Bedeutung des Betriebsertrages für die Betriebe.

Zusammenfassend ist über alle angedeuteten Versuche noch das Folgende zu sagen. Sowohl in Deutschland wie in der Schweiz wie in Frankreich oder England sind sie von interessierten Stellen oder unter ihrem Einfluß unternommen worden. Gegen ihre Ernsthaftigkeit und ihre Zuverlässigkeit ist damit allein nicht das Geringste gesagt. Aber es ist notwendig, daß andere Gruppen, die gleichfalls an den Zahlen interessiert sind, an der reinen Sachlichkeit nicht zweifeln. Das gleiche gilt von allen nicht direkt Interessierten. Deshalb ist es erforderlich, daß künftig diese wichtige Aufgabe von wirtschaftlich neutralen Stellen gelöst wird.

Auf diesen Weg drängt auch eine andere Seite des Problems. Die nämlich, daß es nicht darauf ankommt zu wissen, wie sich die Erträge allein aus diesen oder jenen Betrieben verteilt haben, sondern dar-

auf, einen umfassenden Überblick zu gewinnen. Dieser ist einmal für die Betriebserträge selber nötig. Es ist die Frage, welches ihre Gesamtsumme ist und wie sie sich nach Geschäftszweigen verteilt. Dann die anderen Fragen: Wie sieht das Bild aus, wenn eine eingehende geographische Gliederung noch hinzutritt? Welches Ergebnis zeigt sich, wenn auch die verschiedenen Unternehmungsformen noch berücksichtigt werden: sowohl die private Unternehmung in ihren verschiedenen Formen wie die öffentliche?

Die wichtigste Frage hiernach ist die nach der Verteilung. Sie löst sich ebenfalls in eine ganze Anzahl von Gliedfragen auf: Welche Beträge werden in den Betrieben unmittelbar für sie selber zurückbehalten? Welche Berufsgruppen sind danach am Betriebsertrag beteiligt, die Unternehmer als Arbeitende und als Kapitalgeber eingeschlossen? In welcher Höhe sind sie es? Welches Bild ergibt sich, wenn die oben erwähnte geographische Gliederung noch eingefügt wird? Große summarische Gruppen und ausgedehnte geographische Bereiche sagen dabei wenig aus. Es kommt darauf an, nicht nur die große Zahl, sondern die Unterschiede in den Gliedzahlen zu sehen. Sie vor allem sind imstande, der Führung des wirtschaftlichen Lebens, den aktiven Menschen, die in ihr vorwärtsdrängen, zu dienen. Die großen Zahlen, die lediglich zusammenfassen, sind für die beschaulichen Leute, die keinen Weg mehr zu finden brauchen oder nicht imstande sind, einen zu finden. Wenn die richtigen Wege gefunden werden sollen, müssen die Glieder in den Übersichten — selbstverständlich unter Wahrung des Zusammenhanges — ausreichend klein sein.

Hier muß gleich noch eine weitere Forderung angefügt werden: die Übersichten müssen in regelmäßigen Zwischenräumen — und zwar immer rechtzeitig — erneuert werden. Dabei werden sich Änderungen der Abweichungen in den Gliedzahlen zeigen. Sie erst sind die Führungswerte, die aus diesem Zahlenwerk, für sich allein genommen, anfallen können.

Es sollte versucht werden, in diesen Dingen auch zu einer Vergleichbarkeit über die nationalen Grenzen hinweg zu kommen. Die oben angeführten Versuche haben diese Eigenschaft nicht im geringsten. Soweit Deutschland und die Schweiz in Frage kommen, ist auf die hauptsächlichsten Unterschiede bereits hingewiesen. Zum Teil auch bei den anderen erwähnten Ländern. Vereinbarungen, die die Vergleichbarkeit verbessern, scheinen zurzeit aber kaum möglich. Es müßte auch vorausgesetzt werden können, daß überall eine einwandfreie Durchführung gewährleistet wäre. Schon in diesem Punkt dürften zurzeit kaum überwindbare Hemmungen vorhanden sein.

Fragen wir uns, wie an die Lösung der Aufgabe, die für die inneren wirtschaftlichen Verhältnisse überaus wichtig ist, herangegangen werden könnte, fällt der Blick auf das umfassende Material, das in strenger Folge immer wieder bei der Reichsfinanzverwaltung eingeht. Es fällt sozusagen als Nebenprodukt beim Steuerzahlen an. Und jeder Steuerzahler, das sind immer die Menschen, die ihren Weg finden müssen, die deshalb die Entwicklung jener Abweichungen in dem Verhältnis der Gliedzahlen zueinander kennen müssen, jeder Steuerzahler hat ein Recht zu fragen, warum es ihm in den vergangenen Zeiten nicht zur Verfügung gestellt worden ist. Für die Zukunft wird er der Frage die Forderung, zu der er an sich auch berechtigt ist, nicht folgen zu lassen brauchen, weil er voraussetzen darf, daß die gekennzeichnete Aufgabe bei dem Neubau der Wirtschaft nicht übersehen werden wird. Den nichtigen Einwand, daß das Steuergeheimnis auf diesem Wege verletzt werden könnte, wird er sicherlich nicht mehr zu hören bekommen, wo doch klar ist, daß es sich bei der beschriebenen Übersicht keineswegs um die Steuerverhältnisse des einzelnen Pflichtigen handeln kann. Was bisher als Steuerstatistik veröffentlicht wird, ist gänzlich unzulänglich.

Die Zahlen einer Übersicht der Ertragsverteilung, wie der geforderten, wären Istzahlen. Das gilt auch für den Fall, daß es sich bei ihnen, soweit sie aus der Finanzverwaltung stammen, erst um veranlagte Beträge handelt. Die Übersichtsbeträge sind immer Istbe-

träge oder stehen wenigstens an Stelle solcher. Im letzten Falle müssen dann freilich an einem späteren Zeitpunkt noch Berichtigungen erwartet werden.

Für die einwandfreie Abstimmung der Wirtschaft ist es notwendig, dem Ist Sollzahlen gegenüberzustellen. Sie müssen sich auf Existenzminima gründen: Aus ihnen ergeben sich unter Berücksichtigung der örtlichen Wertverhältnisse die Mindesteinkommen als Gegenwert für die Leistungen aus jeder Existenz. Die Berechnung der Existenzminima ist eine alte Übung der Menschen in der arbeitsteiligen Wirtschaft selbständiger Betriebe. Man braucht nur einmal der Unterhaltung einer Gruppe von Gehaltsempfängern über Einstufungsfragen beizuwohnen, um dies zu erkennen. Jeder Beruf, ja jede Stufe jedes Berufs hat ein besonderes Minimum. Alle zusammen ergeben ein ganzes System, das die Grundlage für die Bemessung der Gegenwerte für alle Leistungen und ihr Verhältnis zueinander bildet. Das gilt zunächst nur, soweit die Seite der Leistenden in Frage kommt. Entscheidend ist erst, ob diese Gegenwerte von dem letzten Abnehmer auch anerkannt werden. In der Reihe der Abnehmer, die sich vielleicht von Wirtschaftsstufe zu Wirtschaftsstufe auf dem Wege der Werte oder Wertteile in anderen Werten einander folgen, steht bei dieser Entscheidung der erste wie alle ihm vielleicht noch folgenden schon für den letzten. Das geschieht aber immer in einer Weise, die einem Vorbehalt des letzten, der immer Haushalt ist, gleichkommt, endgültig selbst zu bestimmen. Daraus können sich sehr unliebsame Überraschungen und Rückwirkungen auf die Vermögensverhältnisse derjenigen ergeben, die auf ihr eigenes Risiko als Abnehmer vor dem letzten schon Preise nennen und halten mußten. Das gilt auch, wenn die dem Haushalt vorgeschalteten Betriebe ihn zwingen wollen, sich ihnen zu fügen. Es ist möglich, daß er ausweicht, indem er sich der Menge nach einschränkt oder auf ein Surrogat übergeht oder alte Gebrauchsgegenstände länger benützt.

Das große Risiko der Wirtschaft liegt darin, ob sie beim Eintreffen der Werte in den Haushalten, in der mannigfaltigen Zusammen-

setzung, in der die Güter gebraucht werden, auch stimmen wird. Dieses Stimmen ist nach der anderen Seite dann wieder von der Höhe der Existenzminima abhängig, nach denen die Gegenwerte für die Leistungen ursprünglich bemessen wurden, woraus sich im Grunde eine wirksame Unterstützung für die Betriebe ergibt, die die Leistungen vor den Haushalten und an ihrer Stelle bewerten und den Gegenwert leisten mußten. In der Regel werden dabei ja auch schon Erfahrungen, die mit den Haushalten als letzten Abnehmern gemacht worden sind, benützt worden sein.

Der Begriff Existenzminimum ist bei alledem natürlich nicht mit dem Unterhalt des nackten Lebens gleichgesetzt. Er enthält hier jedenfalls die Möglichkeit, politische und Kulturbedürfnisse zu befriedigen. Auch die Erfordernisse der Berufsausbildung und der Weiterbildung im Berufe sind eingeschlossen. Es ist demnach an kein bloß tierisches Existenzminimum gedacht, selbst bei der niedrigsten Stufe nicht, sondern an eine Zusammenfassung der Erfordernisse für berufstätige Menschen in einem System von Stufen verschiedenster Höhenlage.

Für die erörterte Sollseite gegenüber dem Ist bedarf es ganz anderen Materials als für dieses. Es ist dafür notwendig, das Leben in den Haushalten genau zu kennen, und zwar nicht nur im eigenen, sondern in allen nach der ganzen mannigfaltigen Gruppierung, in der sie vorkommen. Der statistische Bereich, der hier in Betracht kommt, ist deshalb vor allem die Haushaltsstatistik. Nicht statistische Aufnahmen über die Konsumtion nach Werten helfen uns, sondern eine Haushaltsstatistik, die zeigt, wie die verschiedenen Berufsgruppen bei verschiedener Familiengröße, in den verschiedenen Berufshöhenlagen und Einkommenschichten und in den verschiedenen engbegrenzten geographischen Bezirken, Gemeinden, großstädtischen Gemeindeteilen ihren Haushalt führen, mit welcher Zusammensetzung und welcher Summe von Werten sie auskommen und in welcher Weise ihr Bedarf schrumpft oder sich ausweitet, wenn die Kaufkraft fällt oder steigt.

Dabei taucht auch die Frage nach den Wertsummen auf, die aus den Haushalten von dem Gegenwert der Leistungen ihrer Angehörigen den werterzeugenden Betrieben als Kapital zur Verfügung gestellt werden. Das geschieht unmittelbar, wie in gewissem Umfange bei den Formen des Einzelkaufmanns, im Handwerk, auch in der Landwirtschaft, oder mittelbar auf dem Wege der Zusammenfassung und Verteilung der Ersparnisse durch Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Banken. Auch diejenigen Beträge müssen dabei berücksichtigt werden, die für die Leistenden in den Anstalten der Sozialversicherung und in der übrigen Versicherung sich ansammeln. Ebenso die, die in Pensionsfonds und ähnlichen Bildungen zusammengehalten werden.

Bei alledem darf aber eines nicht aus den Augen gelassen werden: die Bedürfnisse, die in den Haushalten Befriedigung suchen und in den Existenzminima ihren Ausdruck finden, sind individuelle, auch soweit sie von nationalen, von Berufs- und anderen allgemeinen Zusammenhängen beeinflusst werden. Der Gegensatz dazu sind willkürlich normierte, konstruierte. Sie gelten für gedachte Menschen, aber nicht für wirkliche. Ihr Ergebnis ist öde Gleichmacherei, die abgelehnt werden muß. Das bedeutet aber keine Ablehnung einer Planung, die das Stimmen der Wirtschaft vorbereitet. Nur Solls, die aus unwirklichen Bedürfnis- und BedarfsGesamten abgeleitet sind, werden abgelehnt, weil sie nur zu einer Planung für ein Wolkenkuckucksheim, aber nicht für eine Wirtschaft aus Realitäten taugen. Der Leser erinnere sich daran, daß die willkürliche Normierung von Bedürfnissen so weit geht, ein irreales Soll zwangsweise an die Stelle eines Ist zu setzen, das es seiner Natur nach nicht ersetzen kann. Das Ergebnis ist eine Planwirtschaft nach russischem System, in dem ein Soll angeordnet wird und vollzogen werden muß. Es ist aber keine Wirtschaft nach Planung mehr, in der aus den realen Verhältnissen Sollzahlen gefunden und zur Kontrolle des Ist, das sich in realer Weise ergibt, benützt werden, so daß aus der Differenz die Abweichung und ihr Maß ersehen werden können.

In diesen Differenzen und ihren zeitlichen Veränderungen liegt noch weit mehr Halt und Führung wie in denen, die das Verhältnis nur der Istposten in den aufeinanderfolgenden Zeitabschnitten angeben. Die letzten können ihnen gegenüber bedeutungslos werden, wenn die Solls richtig gesetzt werden.

Abschließend ist noch das äußerst Wichtige hinzu-
zufügen, daß jene nach russischem Muster zu voll-
ziehenden Solls die eigene geistige Mitarbeit der
wirtschaftenden Menschen ausschließen, während
die planende Wirtschaft sie in vollem Maße in An-
spruch nimmt. Nur ist es bei dieser möglich gemacht, das Ver-
halten der Einzelnen besser zu beurteilen und den Weg, den die
Wirtschaft zu gehen hat, deutlich werden zu lassen.

Eine Untersuchung, wieweit die Haushaltsstatistik bisher in allen
Dingen vorgebrungen ist, führt heute noch zu einem niederschmetternden
Ergebnis. Nur sehr wenig ist schon geschehen. An einigen Stellen
ist Material für solche Zusammenstellungen gesammelt worden. Zum
Teil sind es öffentliche Stellen, zum Teil private (Verbände). Immer
ist man durch Unterlassung von notwendigen Gliederungen in der
Auswertung steckengeblieben. Vor allem aber war der Umfang des
vorliegenden Materials immer zu gering.

Die Schwierigkeiten sind nicht zu unterschätzen, weil immer erst
Haushalte gewonnen werden müssen, die sich verpflichten, in geeig-
neter und zuverlässiger Weise Rechnung zu führen. Eine zwingende
Verpflichtung für Haushalte, nach gegebenen Schemata Buch zu
halten, gibt es nicht. Immerhin ist für gewisse Gruppen von Haus-
halten ein ganz roher Einblick in die Schrumpungsverhältnisse man-
cher Güterarten schon gewonnen, der freilich nur unter den Bedin-
gungen gilt, unter denen sie lebten, und für die Zeit, in der die Auf-
nahmen erfolgten. Auch die Begriffe der effektiven und nominellen
Schrumpfung sind (in der Baseler Statistik für 1919—1921) schon
erarbeitet und in begrenztem Bereich auch angewandt. Man hat ver-
sucht auch von der Warensseite her in die Haushalte vorzudringen

und festzustellen, wie es bestimmten Waren in den Schwankungen der Kaufkraftverhältnisse ergeht¹.

Aber es ist bezeichnend für den Stand der Entwicklung, daß es selbst in der erst vor kurzer Zeit veröffentlichten zuletzt genannten Schrift noch für notwendig gehalten wird, sich mit dem Beweis der Engelschen und Schwabeschen Sätze herumzuschlagen, daß das tägliche Brot und die Miete einen um so größeren Bruchteil der Kaufkraft in Anspruch nehmen, je geringer der Realwert des Einkommens ist. Es müßte natürlich auch hier noch festgestellt werden, daß es nicht ganz gleichmäßig so ist und daß diese Verhältnisse an der Grenze des Armenhauses sicherlich aufhören. Darauf aber ist auch in jener Schrift nicht Bedacht genommen.

Hier, für die gewaltige Aufgabe, um die es geht, kommt es darauf an, die Entwicklung der Bedarfsgesamte in den Haushalten nach Zusammensetzung und Werthöhe in den verschiedensten schon oben angegebenen Gliederungen kennenzulernen, um die nötigen Einblicke in die organischen Zusammenhänge zu bekommen. Mit Gemeinplätzen und Zahlen, die ihnen gleichkommen, ist wenig geholfen.

Die großen Schwierigkeiten sollten nicht zurückschrecken, sondern reizen. Gerade die herrschenden inneren Unstimmigkeiten in den Wirtschaften der einzelnen nationalen Bereiche unterstreichen die gestellte Aufgabe mit allem Nachdruck.

Das Ganze, das auf dem angegebenen Wege erreicht wird, kann als Kontrolle der Ertragsverteilung mit Hilfe fließender Planung bezeichnet werden. Fließend darf gesagt werden, weil sie sich regelmäßig wiederholt und durch diese Wiederholungen dauernd wirkt. Ertragsverteilung steht in allen wertzeugenden Betrieben in enger Verbindung mit der Verteilung der Erlöse und des Erlöserfasses einer Periode. Diese Gesamtsumme verteilt sich nach Abzug der Beträge, die schon zur folgenden Periode gehören, auf die Deckung der Ausgaben für betriebsfremde Werte,

¹ Bauer und Baabe, Sonderheft 28 zur Konjunkturforschung: Eink. und Fleischverbrauch.

die unmittelbar für die abzurechnende Periode an Dritte bezahlt worden sind oder noch bezahlt werden müssen, sowie die der periodenfremden Werte, die der vorhergehenden Periode hat zugerechnet werden müssen, und auf den Betriebsertrag, dessen Verteilung sich organisch in der oben auseinandergesetzten Weise vollzieht. Ergänzt wird die Betriebsertragsverteilung durch die Verteilung außerbetrieblichen Einkommens, wie desjenigen aus Lotterie und Spiel. Aber es ist auch hier schon wieder fraglich, ob es sich nicht um Gewinn aus einer Beteiligung an Betrieben handelt. Es scheint, daß es Einkommen, das nicht aus Betriebsertrag stammt, gar nicht geben könnte, es sei denn durch zufälliges Finden verlorener Gegenstände, die dem Finder zukommen, oder durch Schenkungen oder durch Vererbung.

Auch die Erlösverteilung auf Dritte und den einzelnen Betrieb muß in organischer Weise vor sich gehen. Sie läßt sich auf dem Wege, den die Kartelle gehen, erreichen. Freilich müssen diese, wenn das Ziel erreicht werden soll, in Zukunft eine dafür geeignetere Geschäftspolitik machen. Darauf wird später noch zurückzukommen sein.

An dieser Stelle ist zum Schluß noch darauf hinzuweisen, daß das ganze Ertragsverteilungsproblem ein Zurechnungsproblem ist. Es ist die Frage, wieviel dem einzelnen mit Arbeit oder Kapital Beteiligten von dem Betriebsertrage zuzurechnen ist, die hier immer und nach jeder möglichen Richtung gestellt ist. Über dieses Zurechnungsproblem sind sich, soweit ich sehe, alle einig, die darüber geschrieben haben: sie halten es für unlösbar. Ich bin nicht dieser Meinung, sondern behaupte, daß es sehr wohl lösbar ist und daß, solange es die Wirtschaft arbeitsteiliger selbständiger Betriebe gibt, diese Lösung wenigstens notdürftig und schlecht immer hat gefunden werden müssen. Direkt gibt es freilich keinen Weg dazu. Er verläuft vielmehr indirekt. Eine stimmende Wirtschaft ist der Beweis, daß das Zurechnungsproblem gelöst ist. Der Weg besteht also darin, durch die Vermessung der Ertragsanteile dieses Stimmen herbeizuführen. Erreicht ist es, wenn der Ertrag auf alle Beteiligten so

verteilt ist, daß die dadurch erreichte Gliederung der realen Kaufkraft aller das denkbar höchste Maß von Arbeitsmöglichkeit für die Leistenden ergibt. Es ist durch diese Formulierung klargemacht, daß durch eine bessere Lösung des Zurechnungsproblems auch jener Sinnwidrigkeit in der gegenwärtigen Wirtschaft zu Leibe gegangen wird, daß arbeitswillige Leistungsfähigkeit überschüssig ist und die Bedarfsgefamte doch schrumpfen müssen. In diesem Zusammenhange steht auch die Politik der Subventionen, wenn sie irgendwo betrieben wird. Denn Subventionen sind immer Berichtigungen der Ertragsverteilung unter Allen und haben nur dann einen vernünftigen Sinn, wenn es durch sie leichter gemacht wird, das soeben angegebene Ziel zu erreichen. Subventionspolitiker anderer Richtung müssen aufs strengste zur Rechenschaft gezogen werden.

Das Geld- und Kapitalproblem ist ein Ertrags- verteilungsproblem

Um den Nachweis zu führen, daß der Überschrift zuzustimmen ist, bedarf es nur einer Untersuchung der Gründe, aus denen sich Geld und Kapital als Erscheinungen des Wirtschaftslebens entwickelt haben.

Wie verläuft dieser Zusammenhang? Der Leser erinnere sich, um den Ursprung zu finden, an den Vergleich zwischen reinen Selbstversorgern und arbeitsteilig arbeitenden selbständigen Wirtschaftlern weiter oben. Dort ist auseinandergesetzt, daß im Fall der letzten alle zusammen das Sozialprodukt hervorbringen. Das ist ein Leistungs-gesamt bestimmten Umfangs und bestimmter Zusammensetzung, das in dieser doppelten Hinsicht dem Bedarfs-gesamt desselben Wirtschafts-bereichs gegenübersteht.

Der Bedarf des Einzelnen kann nur aus dem Sozialprodukt gedeckt werden. Der Einzelne steht also in doppelten Beziehungen zu diesem: er hat es mit geleistet und er muß seinen Bedarf daraus decken. Aber was er geleistet hat und was er sich beschaffen will, sind nicht dasselbe. Er braucht, was andere in die Leistung aller hineingeleistet haben. Den anderen geht es wie ihm. Wäre es nicht so, hätte sich das Gebilde „Sozialprodukt“ gar nicht entwickeln können. Nun stehen demnach die Einzelnen der Gesamtleistung mit der durch ihre anteilige Leistung erworbenen Berechtigung gegenüber, ihren Bedarf, in der Zusammensetzung, die im wesentlichen sie selbst bestimmen, aus ihr zu decken. Aber wie legitimieren sie sich? Die fehlende Legi-

timiation muß sich einmal auf die Leistung gründen. Sodann muß sie die Höhe des Anteils, bis zu dem der Einzelne berechtigt ist, genau angeben. Dieses letzte kann natürlich nur in Übereinstimmung mit dem Wert der einzelnen Leistung geschehen. Schließlich muß sie dem Beteiligten die Freiheit gewährleisten, seinen eigenen Bedarf zu decken, nicht den eines gedachten Menschen, in dessen Bewußtsein es nur konstruierte oder willkürlich normierte Bedürfnisse gibt, und von dem behauptet wird, daß er wirklich sei.

Die Legitimation dieser Art, deren Funktion die Wirtschaft arbeitsteiliger Betriebe erst möglich macht, ist das Geld. Der Leistende erhält es im Betrag des Gegenwerts seiner Leistungen. Er ist in dieser Höhe berechtigt, Güterwert aus dem Sozialprodukt zu beziehen. Eine Einengung seiner Freiheit, die ihm geeignet erscheinenden Güterwerte auszuwählen, findet nicht statt. Denn vollkommenes Geld lautet nicht auf Brot, auf Fleisch, auf Kartoffeln oder auf andere bestimmte Dinge, sondern auf abstrakte Beträge, durch die man befähigt wird, alle möglichen Werte zu kaufen, wenn nur die Summe ausreicht.

Viele glauben, daß Geld überflüssig sei. Das ist aber Unsinn. Es könnte überflüssig gemacht werden, wenn es möglich wäre, die Arbeitsteiligkeit der Wirtschaft abzuschaffen. Daß davon aber keine Rede sein kann, ist schon eingangs dieser Schrift ausführlich nachgewiesen. Hinweise darauf, daß man, wie zurzeit z. B. in Rußland, Wertverteilungszettel, die auf Brot, Fleisch oder anderes lauten, an seine Stelle setzen könne, gehen völlig fehl, weil in der arbeitsteiligen Wirtschaft auch solche Zettel Geld sind. Sie sind nur sehr unvollkommenes Geld: solches, das dem Leistenden, der es als Gegenwert erhält, die Freiheit der Verwendung nimmt. Solch Geld kommt leicht auf, wenn die Wirtschaft in grober Weise nicht stimmt. Es ist das Mittel, sie durch Gewalt stimmend zu machen. Da das Stimmen aber nur dann eintreten kann, wenn die Gewalt sich zurückzieht und die voll verantwortliche geistige Mitarbeit der einzelnen Wirtschaftenden wieder einsetzt, können solche Zettel für die Abstimmung der Wirtschaft nur

als unbrauchbar bezeichnet werden. Daß sie in einer Übergangszeit bei üblen Mißständen auch einmal gute Dienste leisten können, wird damit nicht geleugnet. Aber ihre Verwendung hat ihrerseits Mißstände zur Folge, die bestätigen, was schon gesagt ist. Im Falle willkürlich normierter Bedürfnisse freilich, kann man ohne solche immer bedenklichen Hilfsmittel nicht auskommen. Aber eine solche Art Wirtschaft ist die jener öden Gleichmacherei, verbunden mit der Austreibung der ursprünglichen und unmittelbar lebendigen, geistigen Mitarbeit der Einzelnen, die abzulehnen ist. Es bedarf keines Hinweises, daß diese Ablehnung nichts mit einer Ablehnung der Formung der Menschen und ihres Bedürfnisgesamt durch Erziehung zu tun hat. Denn diese ist selbstverständlicher Bestandteil des geistigen Werdens der Menschen. Es sei hier auf den Auswahlprozeß im menschlichen Bewußtsein zurückgewiesen, von dem schon weiter oben das Nötige gesagt ist.

Von den Geldtheorien der Nationalökonomien ist auf die hier nachgewiesenen Zusammenhänge noch nicht aufmerksam gemacht. Es kann aber festgestellt werden, daß die Einkommenstheorie oder die Anweisungstheorie Schumpeters ihm näherstehen als die Quantitätstheorie. Das gilt auch für die neuzeitliche Fassung der letzten.

Der Gegenwert der Leistungen, worin immer sie bestehen mögen, seien es Arbeitsleistungen oder Nutzungen, die überlassen werden, muß zum Haushalt der Leistenden gerechnet werden. Dieser Begriff ist hier also nicht als Küchen- und Eßtischbegriff gefaßt. Es gehört vielmehr alles dazu, was die wirtschaftliche Stellung der wirtschaftenden Menschen in Familiengruppen oder einzeln begründet. Auch die Machtpositionen, die Einzelne oder Familien in den werterzeugenden Betrieben als Beteiligte oder Kreditgeber haben, gehören grundsätzlich dazu. Auf allen diesen Mitteln baut sich das Leben der Familien oder Einzelnen und durch dieses ihr Wirken auf.

Den Haushalten gegenüber sind die werterzeugenden Betriebe, der Handel eingeschlossen, abgeleitet. Sie sind von jenen abgeleitet.

Das gilt nicht nur von den Kapitalgesellschaften, denen durch die Bankwirtschaft freie Mittel der Haushalte zugeführt werden, sondern auch von den Gesellschaftern der Personalgesellschaften, die „aus ihrem Privatvermögen“ Beträge in ihre Gesellschaften überführen, sogar von dem Einzelkaufmann und allen diesem ähnlichen Bildungen, auch in der Landwirtschaft, bei denen aus „privaten Mitteln“ die Abzweigungen für die werterzeugenden Betriebe vorgenommen werden. In jedem Falle sind die letzten von den Haushalten abgeleitet. Das enge Verhältnis mancher von ihnen zum Haushalt, wie bei dem Ladeninhaber, Handwerker und Landwirt, unterstreicht diese Feststellung nur. Die Ableitung erfolgt in der Weise, daß in irgendeiner konkreten Form, bar oder durch Sachgüter, Leistungsgegenwert aus irgendeiner Zeit, das ist abstrakter Wert, Geldwert, aus dem Haushalt in den gegründeten werterzeugenden Betrieb übergeführt wird. Dort wird er als Kapital in das Geschäftsvermögen umgewandelt, in und an dem sich der betriebliche Wertumlauf vollzieht. Nachträgliche Verstärkungen der werterzeugenden Mittel erfolgen immer durch denselben Vorgang. Bei Verlusten muß der Haushalt Wert von den so investierten Beträgen streichen. Die werterzeugenden Betriebe entstehen demnach durch Ableitung ihres Kapitals aus den Mitteln der Haushalte, dessen Verwendung in fortgesetzter Entwicklung das Geschäftsvermögen in den verschiedenen Zeitpunkten des Betriebslebens ergibt. Das ist auch im Fall der Finanzierung bestehender Betriebe aus eigenem Gewinn so. Denn dieser letzte kommt grundsätzlich den Beteiligten zu, auch wenn er — mit oder ohne ihre Zustimmung — zunächst zur Verstärkung des Geschäfts verwendet worden ist.

Für die Verwendung der abgeleiteten Kapitalbeträge sind den Leitern der werterzeugenden Betriebe dann Führungszahlen nötig, wie sie in dem vorausgeschickten Teil dieses Buches beschrieben sind, um zu ihrem Teil an dem richtigen Umfang und an der richtigen Zusammensetzung des Leistungsgesamts der nationalen Wirtschaft mitzuwirken.

In diesem Zusammenhange bedarf auch die Richtung und das Ausmaß, in denen die Verfügung der Wirtschaft über Kapitalmassen durch rechtliche Bestimmungen von vornherein beschränkt ist, eingehender Untersuchung und Beurteilung. So bei den Notenbanken, bei den Banken, bei den Sparkassen, bei den Versicherern, sowohl den privaten wie den sozialen, bei den Genossenschaften, bei Post und Bahn. Die Frage, die dabei dauernd aufgeworfen ist, lautet so: Hindern diese Bindungen an einer Verwendung des Kapitals, die zur Förderung des Stimmens der Wirtschaft erforderlich ist? Wenn sie zu bejahen ist, müssen die nötigen Änderungen erfolgen. Die Gründe, die zur Aufstellung solcher Vorschriften geführt haben und die in der Regel eng mit dem Problem der Sicherheit der Nation, des Staates oder der Wirtschaft zusammenhängen, sind dabei fortlaufend streng zu beachten.

Die Ableitung von Kapital in die werterzeugenden Betriebe kann auf doppelte Weise ermöglicht werden: durch Ersparnisse der Leistenden oder durch Geldschöpfung.

Für die erste Möglichkeit ist es wichtig zu wissen, wieviel Geldwert in den aufeinander folgenden Zeiträumen von den verschiedenen Gruppen von Leistenden in den verschiedenen geographischen Bezirken und Unterbezirken gespart wird und auf welche Weise es der Wertzeugung zur Verfügung gestellt wird: ob unmittelbar, wie durch die Finanzierung aus nicht verteilten Gewinnen oder durch die direkte Überführung aus dem Haushalt in das Geschäft, z. B. beim Einzelkaufmann oder Gesellschafter einer Personalgesellschaft, oder ob mittelbar durch bankwirtschaftliche Betriebe aller Art, die sammeln und verteilen, wie es den Betrieben in allen möglichen Unternehmungsformen gegenüber geschieht.

Die zweite Möglichkeit, die Beschaffung des Kapitals durch Geldschöpfung, ist noch immer umstritten. Es ist in der Tat ein schwieriges Problem, das sich da vor uns erhebt. Das Erstaunlichste aber ist, daß man sich in Deutschland erst so spät intensiver mit ihm beschäftigt hat, denn es ist eines der ältesten und wichtigsten Pro-

bleme der arbeitsteiligen Wirtschaft selbständiger Betriebe überhaupt.

Um was handelt es sich bei der Geldschöpfung? Es sei an einem Beispiel deutlich gemacht. Eine Firma, die in ihrem Kreis volles Vertrauen genießt, ist in Gefahr, weil ihre Bank aus eigener Schwäche versagt und infolge einer Krise im Bankwesen von anderen Banken neue Kredite kaum eingeräumt werden. Sie hilft sich in der Weise, daß sie den Arbeitern, Angestellten und Lieferanten Bescheinigungen über den Betrag ihrer Leistungen aushändigt und sie auffordert, diese ihrerseits zu Zahlungen an ihre Lieferanten zu verwenden. Die Voraussetzung, ohne die es nicht geht, ist, daß dieses Notgeld genommen wird. Bei den Ladengeschäften, von denen die Arbeitnehmer ihren täglichen und periodischen Bedarf beziehen, wird das angenommen werden können. Bei den Lieferanten der Lieferanten der Roh- und Hilfsstoffe wird es schon bezweifelt werden müssen. Je weiter der Kreis sich auszudehnen sucht, desto größer wird der Widerstand werden, weil die Verwertungsmöglichkeit in dieser Richtung immer geringer wird. Es bleibt nur die Rückgabe der Scheine an die Emissionsstelle. Nun muß die Einlösung in Währungsgeld, gesetzlichem Geld, erfolgen können, wenn das Vertrauen nicht ausreicht, die Summen als Forderung oder Beteiligung stehen zu lassen. Aber die Einlieferer werden die Scheine, die sie aus Mangel an Vertrauen oder aus Mangel an Mitteln einreichten, ausbezahlt haben wollen. Dafür kommt es darauf an, ob die Leistungen, für die das Notgeld ausgegeben worden ist, inzwischen schon haben veräußert werden können. Daß es hat geschehen können, ist um so unwahrscheinlicher, je länger der Produktionsprozeß, den die Firma betreut, dauert. Wenn der Umlauf der auf die angegebene Weise finanzierten Leistungen noch nicht zu Gegenwerten geführt hat, die zureichen, ist es entscheidend, ob Mittel aus anderen Quellen zur Verfügung stehen. Vielleicht kann noch auf ein eigenes letztes Reservevermögen zurückgegriffen werden. Vielleicht ist es inzwischen gelungen, einen neuen Bankkredit zu finden, der zur Rettung ver-

wendet werden kann. Vielleicht haben sich befreundete Firmen, vielleicht gerade Großlieferanten, die mit zu den Einreichern gehörten, doch noch entschlossen, ihre Beträge stehen zu lassen, so daß noch vorhandene kleine Mittel für den Rest der Einreichungen reichen. Aber wie wird es morgen, übermorgen, in einer Woche, in einem Jahre sein?

In meinem Beispiel handelt es sich um Geldschöpfung durch Ausgabe von Zahlzetteln auf Grund von Leistungen.

Auch in der Form von Giralgeld kann sie vorgenommen werden. Dafür ist erst in den letzten Wochen ein ausgezeichnetes Beispiel durch die Presse gegangen, das den Vorgang nach dieser Seite ganz deutlich macht. Ich meine das der Argo-Mark. Die Zentrale war in diesem Falle die „Deutsche Arbeitsgemeinschaft zur Förderung aller Berufe e. B.“. Der Name Argo stammt von einer solchen Gründung in Oberschlesien. Sie breiteten sich allmählich fast über ganz Deutschland aus. Über ihre Geschäfte entnehme ich der Tagespresse die folgenden Notizen. Die in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Kaufleute gewähren z. B. einem Mitgliede einen zinsfreien Kredit in Argomark zum Bau eines Wohnhauses, der durch die Eintragung einer Hypothek auf dem Grundstücke gesichert wird. Er ist in 20 bis 30 Jahren in monatlichen Raten zurückzuzahlen. Der Kreditnehmer hat 8⁰/₁₀₀ Verwaltungskostenbeitrag zu zahlen, der einbehalten wird. Die Verfügung über den Kreditbetrag in Argomark, ein anderes Guthaben besteht nicht, kann nur durch Überweisung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft erfolgen. Auch die Empfänger können ihre Beträge nur in dieser Weise verwerten. Die Baulieferanten und der Bauherr sowie die Arbeitnehmer müssen daher Mitglieder werden, wenn sie Bezahlung erhalten wollen. Diese erfolgt durch Gutschrift unter 2⁰/₁₀₀ Abzug. Das gilt auch von den Angestellten und Arbeitern am Bau. Damit die Argo den Baransprüchen, die an sie selber heranzutreten können, nachkommen kann, läßt sie sich von ihren Mitgliedern in bestimmter Höhe Bareinzahlungen leisten, über die diese in Argo-

mark auf dem Girowege innerhalb der Organisation sofort wieder verfügen können.

Die Beurteilung ist hier nicht anders als vorhin: denn auch hier können Umwandlungen in Varmittel oder Währungsgeldguthaben nicht vermieden werden. Dabei wird sich zeigen, ob die Arbeitsgemeinschaft jederzeit stark genug ist, sie zu leisten. Sie versucht sich durch die Bareinzahlungen ihrer Mitglieder, auch der Arbeitnehmer, dafür stark zu machen. Woher aber sollen diese die Beträge nehmen, wenn sie selbst für ihre Leistungen nur Argomark-Gutschrift erhalten? Viel wichtiger als die Eselsbrücke der Bareinhebungen von den Mitgliedern ist das andere, daß die Bauten Erträge bringen, aus denen die Rückzahlung der Kredite erfolgen kann. Gerade das aber scheint durch das Verfahren wenig günstig beeinflusst zu werden. Dieser Umstand ist um so bedeutsamer, als sich bei so langfristigen Finanzierungen auf Grund von Geldschöpfung das Verhältnis besonders leicht einstellen kann, daß die Forderungen des Umtausches von Argobeträgen in Währungsbeträge nicht befriedigt werden können. Daß die Verpflichtung der Mitglieder zu Barzahlungen dagegen auf die Dauer nicht helfen kann, ist oben schon erwähnt.

Die Beispiele sind nicht der eigentlichen Bankwirtschaft entnommen, obwohl gerade sie das weite Gebiet der Geldschöpfung ist. Es kam darauf an, sie deutlich abzugrenzen, was dort weniger möglich ist. An ihnen wird klar, daß es sich bei der Geldschöpfung darum handelt, Leistungen nicht aus Erspartem, sondern durch ihre bloße Anerkennung zu bezahlen. Diese erhält eine Form, in der sie auch von Dritten, von denen man kaufen will oder denen gegenüber man ältere Zahlungsverpflichtungen hat, honoriert wird. Es kommt für alles Weitere darauf an, daß es sich bei der Grundlage überhaupt um eine Leistung handelt, und ferner darauf, daß diese Wert hat und rechtzeitig veräußert werden kann, so daß aus dem Gegenwert jene in Umlauf gekommene Anerkennung von der Emissionsstelle ihrer Form ohne Schwierigkeiten eingelöst werden kann, wodurch der ganze Vorgang erst abgeschlossen wird.

Unsere Beispiele zeigen gleichzeitig die Gefahren, denen Betriebe ausgesetzt sein müssen, die sich einzeln oder gemeinschaftlich mit anderen der Geldschöpfung bedienen, besonders wenn die Gegenwerte für die zugrunde liegenden Leistungen wie bei Bauten in den Einnahmen, die sie bringen, erst nach und nach und in längerer Zeit hereinkommen. Es entsteht dann ein ruinöser Zwischenraum der Verpflichtung des Eintausches geschöpften Geldes und der Möglichkeit, ihr aus den eingegangenen Leistungsgegenwerten nachzukommen, wenn keine jederzeit wirksame dauernd tragfähige Überbrückung mit Hilfe anderer Mittel vorhanden ist. Außerdem zeigte sich, daß Geldschöpfung kein Geschäft für private Betriebe ist, wenn verhütet werden soll, daß weite Kreise gleichzeitig in unverantwortlicher Weise ins Verderben gestürzt werden. Sie gehört unter den entscheidenden Einfluß der Währungsbanken. Diese haben dafür zu sorgen, daß nicht das Privatinteresse dieses oder jenes Geschäftsmannes, sondern allein das Gemeinwohl für sie maßgebend ist.

Falsch wäre es, anzunehmen, daß es notwendig sei, die Geldschöpfung als solche zu bekämpfen. Denn die arbeitsteilige Wirtschaft schließt sie als einen ihrer wesentlichsten Bestandteile ein. Wer diese Art Wirtschaft ganz rein und voraussetzungslos denkt, findet keinen Anfang ohne sie. Erst nachher können Ersparnisse einsetzen. Daß die historische Entwicklung der Wirtschaft Übergänge zeigt, die diesen Zusammenhang verschleiern, spricht nicht gegen das Gesagte. Denn in der arbeitsteiligen Wirtschaft ist er trotz dieser Verschleierungen lebendig. Das Wissen von jenen Übergängen ist interessant; das von diesem Lebendigen aber gibt Schlüssel in die Hand, in schwierigen Lagen Ausgänge zu öffnen. In diesem Zusammenhange ist das Verhältnis von Geldschöpfung und Bevölkerungsvermehrung von Bedeutung. Es ist noch nicht untersucht worden, ob die Wirtschaft die letzte ohne die erste hätte bewältigen können. Gewiß ist, daß die Möglichkeit der Schöpfung von Geld eine Verstärkung der Sicherung bedeutet hat, diese Aufgabe lösen zu können. In Notzeiten hat die Geldschöpfung immer eine

besondere Rolle gespielt. Das bestätigt ihren tiefen Zusammenhang mit den letzten Wurzeln der arbeitsteiligen Wirtschaft. Aber die Gemüter sind in solchen Zeiten bewegt und geneigt, über die Gefahren der Anwendung hinwegzusehen. Das bedeutet eine neue sehr bedenkliche Gefahr. Hinzu kommt, daß sie dem Privategoismus der Emittenten des Notgeldes billige Chancen bietet, die zu einer zügellosen Ausnützung reizen. Nur die Betreuung durch die Währungsbank kann dagegen ausreichend schützen.

Alles dieses ist zu beachten, wenn bewußt zur Linderung und zum Wiederaufbau Geldschöpfung betrieben wird.

Man kann nach alledem so sagen: Die Schöpfung von Geld ist in der reinen voraussetzungslos arbeitsteiligen Wirtschaft das Urmittel der Finanzierung ihrer Zwecke. Aber in Verbindung mit ihr ist Erspartes nötig, wenn das Erzielte erhalten bleiben soll.

Der letzte Satz verlangt noch eine nähere Begründung. Schon in den oben gegebenen Beispielen stießen wir wiederholt auf diesen Zusammenhang. Immer dann, wenn es nötig und schwierig ist, geschöpftes Geld voll in Währungsgeld oder Währungsguthaben umzutauschen, ist auch nach Erspartem gefragt. Vorhandene eigene (ersparte) Vermögensreserven der Emissionsstelle oder Kredite, die ihr Banken gewähren, können Formen sein, in denen es erscheint. Freilich können insbesondere die letzten auch aus Geldschöpfung herühren, die innerhalb des Systems der nationalen Währung stattgefunden hat. Wesentlich dafür ist, ob die Kreditgewährung über die in der Bank aus Erspartem eingegangenen Mittel hinausgeht. Den Rückhalt gibt in jedem Falle das Ersparte. Wenn die Einreicher in den gegebenen Beispielen die eingereichten Beträge als Kredite oder Beteiligungen stehenlassen, spricht die Vermutung dafür, daß es sich um Erspartes handelt. Jedenfalls kann von dem Betrieb aus, der mit Geldschöpfung arbeitet, keine Rede mehr davon sein, daß Geschöpftes vorliege. Ob in den Betrieben der neuen Gläubiger oder Beteiligten Geldschöpfung stattgefunden hat, um den Kredit oder die

Beteiligung zu ermöglichen, ist freilich eine zweite Frage. Auch hier aber wird Eigentum an Wert im Sinne von Erspartem die Unterlage oder der Rückhalt sein.

Bei Geldschöpfung durch die Währungsbank oder innerhalb des Währungssystems lassen sich ähnliche Feststellungen machen, bei denen auch das Ausland seine Rolle spielt.

Oben habe ich von der rein gedachten voraussetzungslosen arbeitsteiligen Wirtschaft gesprochen. Wenn man für eine solche zur Vorstellung von ihrem Anfang kommen will, fernab von den allmählichen Übergängen im historischen Geschehen, kann die folgende Konstruktion helfen. Einer, der das Vertrauen anderer hat, beginnt die Arbeitsteiligkeit zu organisieren. Er richtet — allmählich — werterzeugende Betriebe ein, in denen jeder das, was alle in ihren Haushalten brauchen, mit hervorbringen hilft. Für ihre Leistungen bekommen sie die Anerkennung durch Zettel in bestimmter Werthöhe, die sie zum Bezuge von Befriedigungswerten zu vereinbarten Preisen berechtigen. Aber zunächst handelt es sich in jedem Fall um den Aufbau des Betriebes selbst, so primitiv er auch sein mag. In der Zeit, in der dieser stattfindet, hat eine Rückreichung der ausgestellten Zettel, um direkt oder indirekt Befriedigungswerte einzutauschen, keinen Zweck, da solche ja noch gar nicht entstehen. Es gibt nur die Möglichkeit, die Forderungen aus solchen Zetteln vertrauend stehenzulassen. Von den stehenbleibenden Beträgen darf aber vermutet werden, daß sie erspart sind oder Erspartem ähnlich sind. Freilich wäre dann im ersten Fall nötig, daß die arbeitsteilig Arbeitenden zunächst ihr Leben notdürftig unmittelbar aus den Gaben der Natur fristeten, bis die Befriedigungsmittel aus geteilter Arbeit in den verschiedenen Betrieben zur Verfügung stehen. Für die Folge wären sie aber nicht nur nach Maßgabe ihrer Leistungen am Produkt Aller beteiligt, sondern auch am Kapital der Betriebe: in Höhe der Leistungsgegenwerte, die stehenblieben und nun Erspartes sind. Es wäre aber auch denkbar, daß die Arbeitenden den Unterhalt bis zu dem Funktionieren der Arbeitsteiligkeit aus Raub in Nachbarbe-

reichen bestritten. In diesem Fall wäre es freilich fraglich, ob die Beteiligten, solange der Raub einträglich wäre, ausreichende Neigung zu arbeitsteiliger Arbeit außer der räuberischen entwickelten.

Die letzten Ausführungen haben mit einer Konstruktion begonnen und nahezu in Historischem, jedenfalls in der Richtung auf das historische Geschehen, geendet. Es hat sich dabei gezeigt, daß sich die Apparatur der arbeitsteiligen Wirtschaft nicht allein durch Geldschöpfung halten läßt, daß dazu vielmehr im Lauf der Zeit wachsende Ersparnisse nötig sind. Selbst wenn am Anfang, wie es der reinen Art der arbeitsteiligen Wirtschaft selbständiger Betriebe entspricht, die Geldschöpfung steht, geht es in der Folge nicht ohne Ersparnis. —

Das Geldproblem ist seit Silvio Gesell mit der Forderung des Schwunds oder Freigeldes belastet. Man denke sich die Geldscheine auf der Rückseite mit 52 Rechtecken überdeckt, von denen jedes den Raum für eine Stempelmarke darstellt. Die Zahl läßt schon erkennen, daß es sich in dem Beispiel um wöchentliches Kleben handeln soll. Nach Ablauf der Woche ist der einzelne Schein seinen Betrag nur noch wert, wenn geklebt und die Marke entwertet ist. Am letzten Tage von den sieben muß der Vorgang vollzogen werden. Wenn sämtliche Klebefelder der Rückseite benützt sind, erfolgt der Umtausch bei der Emissionsstelle und das Kleben verläuft bei dem neuen Schein wie vorher bei dem alten. Die Anwendung der gleichen Technik auf das Giralgeld scheint mir von den Verfechtern dieser Art Geld noch nicht genügend durchdacht zu sein.

Sucht man nach der Begründung für dieses Schwundgeld, stößt man auf Gedankengänge, die mit Fragen der Abstimmung der Wirtschaft außerordentlich eng zusammenhängen. Es wird darauf hingewiesen, daß das Geld den geleisteten Werten gegenüberstehe und dauere, obwohl diese vergehen, und daß daraus unheilvolle Störungen abzuleiten seien. Solche Vorstellungen gehen aber völlig fehl. Denn die Leistung von Nahrungsmitteln z. B. geht nicht unter, wenn diese verzehrt werden, sondern wird lediglich in Kraft umgesetzt, die wieder zu Leistungen zur Verfügung steht. So geht es mit allen

Güterwerten, die in der Wirtschaft umlaufen. Sie gehen, auch wenn ihr Weg über viele Stufen hinwegführt und sehr lang ist, schließlich in Nahrungs- und Genussmittel oder Gebrauchsgüter oder Dienste für den Haushalt im früher erörterten Sinne ein und münden in Krafterhaltung, die mit Erneuerung gleichzusetzen ist, oder Kraftvermehrung, wodurch der Weg ins Güterreich wieder eröffnet ist. Wenigstens sollte es so sein. Wenn das Ist im einzelnen Fall diesem Soll nicht entspricht, ist an einer oder mehreren der beteiligten Stellen Wert verlorengegangen, was sie hoffentlich klüger gemacht haben wird. Die Leistungen und ihre Werte vergehen demnach grundsätzlich nicht. Wenn Wert verlorengeht, so ist es durch Verluste, weil er schlecht verwendet worden ist. Die Regulierung des Werteflusses durch Verluste und ihre Rückwirkungen sind eine der stärksten laufenden Einwirkungen auf das menschliche Bewußtsein aus der Wirtschaft und für sie. Die Verantwortung in ihr drückt sich so aus. Wehe dem Gemeinwesen, das hier hindert oder unnötig mildert. Wieviel mehr Schaden als Nutzen auf diesem Wege von den Regierungen bis zu der nationalsozialistischen angerichtet worden ist, wird sich leider nie ermitteln lassen.

Die Wirkungen des Schwundgeldes sind eine Erhöhung der Preise und eine Beschleunigung des Geldumlaufs. Die letzte ist eine gewollte. Die Preiserhöhung entsteht durch das neue Risiko, das das Kleben mit sich bringt. Der Geschäftsmann, dem es droht, wird sich in seiner Kalkulation dafür erholen. Die höheren Preise werden auch dann gezahlt werden müssen, wenn Geld am entscheidenden Tag in den Händen des Konsumenten geblieben ist, das nun von ihm mit der Stempelmarke versehen werden muß. Er zahlt den Wertabschlag nun zweimal: in den Preisen und in der Marke. Da der Erlös aus dem Markenverkauf in die öffentliche Hand fließt, kann von einer Umsatzsteuer und zwar primitivster Art gesprochen werden, die sich daraus ergibt.

Diese Wirkung zeigt sich bei Schwundgeld, gleichgültig, ob sein Wert geschöpft oder erspart ist.

Das zweite, die Umlaufbeschleunigung, tritt in dem angemessenen Maße nur ein, wenn nicht ein Mißtrauen in die wirtschaftlichen Verhältnisse das Geld trotz allem zurückhält. In dem System liegt dann allerdings die Möglichkeit, den Abschlag zu erhöhen. Aber wenn eine gewisse Höhe erreicht ist, werden sich recht unangenehme psychische Wirkungen bei der Bevölkerung einstellen, an denen sich schwer vorbeikommen läßt.

Diese zweite Wirkung ist vom Standpunkt des Geldumlaufs in der Wirtschaft verschieden zu beurteilen, je nachdem es sich um geschöpften oder ersparten abstrakten Wert handelt. Im Fall des ersten besteht ohnehin die Gefahr, daß die Geldzeichen zu früh zur Emissionsstelle zurückkehren: früher, als Gegenwerte für die Leistungen, die damit bezahlt wurden, eingegangen sind. Diese Gefahr wird noch vergrößert.

Mit der Geld- und Kapitalfrage ist die Frage nach den Zinsen verbunden. Wer Kredite gibt oder sich mit Kapital beteiligt, überläßt die Nutzung der Beträge, die so gegeben sind, einem anderen, und dieser bezahlt ihm dafür einen Gegenwert in Höhe des Zinssatzes als Preis. Das trifft genau nur auf die Kredite zu, liegt aber auch den Beteiligungen zugrunde, wenngleich sich der Gegenwert bei ihnen nach keinem festen Satze, sondern gemäß den Schwankungen des Ertrages ergibt. Das alles ist Binsenwahrheit. Bei dieser Lage des Zusammenhanges erscheint das Zinsproblem verhältnismäßig einfach. Es geht bei den Zinssätzen, wie bei den übrigen Preisen. Das Wichtigste ist, zu verhüten, daß der Gegenwert der Leistungen Aller nicht zur Begründung von Geldherrschaften über die Menschen verwendet wird und von solchen Positionen aus Zinssätze gemacht werden, so wie der Bestand dieser Herrschaften es erfordert. Bei der Bedeutung, die Geld in der Wirtschaft nach allen Richtungen hat, sind solche Gebilde besonders bedenklich. Verhältnisse dieser Art werden durch den Begriff der Zinsknechtschaft getroffen. Eine nationale Politik muß sie schon um ihrer selbst willen unterdrücken.

Zum Schluß sei im Sinn der Überschrift dieses Kapitels noch einmal auf den engen Zusammenhang zwischen dem Geld- und dem Leistungsproblem hingewiesen. Das erste erweist sich in der Tat als ein Ertragsverteilungsproblem. Es kommt darauf an, daß sich der Ertrag als Gegenwert der Leistungen richtig verteilt, so daß das Höchstmaß von Arbeitsgelegenheit entsteht und ein Bedürfnisgesamt, bei dem infolge der richtigen Verteilung der Kaufkraft die Nation wie der Einzelne gedeiht, befriedigt werden kann.

Geldherrschaften sind Mißbildungen der Wirtschaft.

Die Wirtschaft stirbt am privaten Egoismus der Wirtschaftenden. Der Wille zur Gemeinschaft dagegen erhält sie lebendig und führt sie zur Blüte. Ihre dauernde Form ist ständisch. Verhältnismäßig gelöst kann sie höchstens in Übergängen von vergleichsweise kurzer Dauer sein

Bei der Betrachtung des Ganzen der arbeitsteiligen Wirtschaft muß von einer Feststellung ausgegangen werden, die jeden Zweifelsbar ist. Sie ist es ebenso uneingeschränkt wie die andere, die bisher der Ausgangspunkt aller unserer Betrachtungen war: die nämlich, daß die Wirtschaft im wesentlichen arbeitsteilig ist. Die neue Feststellung kann so formuliert werden: Arbeitsteilige Wirtschaft kann nur nach den Grundsätzen der Gemeinschaft gedeihen. Schon der erste bewußte Schritt in dieser Richtung hatte zur Voraussetzung, daß andere bereit sein würden, sich darauf einzustellen. Jeder weitere war gleichzeitig Bestätigung und Ausweitung dieser Beziehungen. In einer arbeitsteiligen Gesamtwirtschaft müssen sich alle aufeinander einstellen, weil ohne diese Haltung keine günstige Entwicklung und Auswirkung möglich ist. Dieses Aufeinandereinstellen muß gesichert sein. Und es kann nicht anders gesichert werden als nach den Grundsätzen der Gemeinschaft. Die erste Forderung ist dabei, daß jedes beteiligte Bewußtsein sich dem Geist der Gemeinschaft öffne, der in jedem Einzelnen ein Ganzes, aber gleichzeitig das Glied eines größeren Ganzen sieht, in erster Linie der Nation und, jenseits die-

fer, der Menschheit. Das schließt ein, daß jeder Einzelne dem Ganzen gegenüber Pflichten hat, die ihn mit allen anderen Gliedern desselben verbinden, und Rechte, in denen diese umfassende Verbindung auf demselben Wege auf ihn zurückläuft. Ich habe die Grundzüge dieses Sozialismus, den wir mit Stolz den deutschen nennen, in meinem Buche „Der Weg aufwärts: Organisation!“ formuliert, das seit 1920 in zweiter Auflage vorliegt.

Bei der Enge des gekennzeichneten Verhältnisses mußte mit der Arbeitsteilung die Entwicklung der Gemeinschaft unter den Menschen in gleichem Maße fortschreiten, wenn das Ende gut sein sollte. Wie aber ist es in Wirklichkeit gegangen?

Was bei der Arbeitsteilung am stärksten in den Vordergrund trat, war die Möglichkeit, auf diesem Wege die Leistungsmenge zu steigern. Die Klassiker der Arbeitsteiligkeit der Wirtschaft, Turgot und Adam Smith, geben ermunternde Beispiele dafür. Das Stecknadelbeispiel des letzten ist im Tornister jedes Pennälers der Volkswirtschaft und veranschaulicht den möglichen Grad der Steigerungen sehr gut.

Es versteht sich, daß Menschen eingreifen, um die Erfolge, die geteilte Arbeit ermöglicht, zu ihrem Vorteile so hoch als möglich hinaufzutreiben. Eine immer systematischer betriebene Arbeitsorganisation bildete sich aus. Das ist mehr und mehr in allen Wirtschaftsbereichen geschehen. Am meisten bekanntgeworden ist aber zunächst die Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nächst ihr die in Deutschland.

Sachlich vollzog sich der Gang der Dinge so, daß man die einzelnen Faktoren, auf die die Leistungssteigerung zurückzuführen war, erkannte und zu verstärken versuchte. Einmal führte die Arbeitsteilung in viel strengerem Sinne zur Ausbildung von Arbeitsplätzen, als sie die ungeteilte Arbeit kennen kann. In diesen nimmt jeder Inhaber die Arbeit, die ihm zugewiesen ist, auf und beendet sie auch in ihnen. Der Arbeitende geht nicht mehr mit dem Stück mit, um an anderem

Platz andere Arbeiten auszuführen, sondern überläßt das anderen. Dabei gewinnen die Transporte von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz an Bedeutung. Sie müssen besonders geordnet werden. Die Arbeitenden verlieren durch diese Entwicklung natürliche Ruhepausen, so daß allmählich eine ausgesprochene Pausenwirtschaft nötig wird. Die Arbeitsgänge werden neu aufgebaut, so daß die Anwendung der Arbeitsteilung noch vorteilhafter wird. Die Arbeitsplätze werden immer besser eingerichtet. Die Arbeitsteiligkeit ermöglicht die Einschaltung von Maschinen und Apparaten, um den Menschen Arbeit abzunehmen, die völlig mechanisiert ist. Auch bei den Arbeitsvorgängen, die den Menschen überlassen bleiben, wird die Mechanisierung soweit als möglich getrieben, so daß keine komplizierten Bewußtseinsvorgänge mehr hemmen und die menschliche Übungsfähigkeit voll ausgenützt werden kann. Dazu kommt die Auswahl der Menschen nach ihrer Eignung sowie die Typung der Güter und die Spezialisierung in den Fabrikationsprogrammen. Das Ganze findet sich an manchen Punkten auch bald übertrieben, wie das amerikanische Beispiel zeigt, in dem Näherinnen im Anschluß an die gegebene Fadenzlänge nicht nur nach der Arms-, sondern auch der Fingerslänge ausgewählt wurden und vielleicht noch werden.

Bei dieser Entwicklung haben Wirkungsstudien eine große Rolle gespielt, zunächst und oft noch heute Zeitstudien genannt, weil es dabei immer auch um die Länge der Leistungszeiten geht. Im ganzen ist ihr Zweck, nicht nur einmal eine Höchstleistung, sondern dauernd durchschnittlich hohe Leistungen herbeizuführen, den optimalen Arbeitstag in optimale Stückzeiten, Zeiten für die einzelnen Leistungseinheiten, aufzulösen, wobei das Verhältnis von Energieaufwand und Leistungsmenge entscheidend ist. Es ist ersichtlich, daß dann mit den Zeitmessungen auch Ermüdungsmessungen verbunden werden müssen.

Erreicht wurde auf diesem Wege außer der Steigerung der Leistungsmenge, daß richtige Zeit- und Materialvorgaben bei der Arbeitsvorbereitung festgesetzt werden konnten. Der Arbeitsvorgang

konnte besser aufgeteilt und die Zu- und Weiterführung der Arbeit besser geordnet werden. Eine Regelung des Tempos wurde möglich, wie wir sie vom laufenden oder Montagetransportband her kennen. Die Arbeitsvorgänge konnten überall auf Fließarbeit umgestellt werden. Die letzte ist die Auswertung der Idee des laufenden Bandes auch dort, wo es ein eigentliches Transportband für die Arbeit nicht geben kann. Dabei ist dieses selbst doch auch schon eine ziemlich weit verbreitete Einrichtung, was die Zahl der Geschäftszweige anlangt, in denen es vorkommt. Man denke an die Verkehrsleistung der Transportanstalten, die Lagertransportarbeit bei Silos, die Arbeitsvorgänge in der Fahrzeugindustrie, im Apparatebau, in den Kleiderfabriken, in den Großschlächtereien und manchen anderen Geschäftszweigen. Für amerikanische Verhältnisse darf man sich vielleicht sogar vorstellen, daß der Barbier in verschiedenen Arbeitsstellen, in denen abgemessene aufeinanderfolgende Teile seiner Arbeit von Gehilfen verrichtet werden, seine Kunden an einem laufenden Band, das sie vorbeiführt, bedient.

Soweit nach der technischen Seite. Nach der wirtschaftlichen ergab sich die volle Beherrschung der Aufwandsgestaltung im ganzen und je Einheit der Leistung. In Verbindung damit wurde es möglich, die Menge und Geschwindigkeit des umlaufenden Kapitals zu regeln. Der Einfluß auf die Senkung der Lagermengen war bedeutend. Er konnte sich freilich nur auf dem Wege über eine für die Lieferanten ungünstige Umgestaltung der Geschäftsbeziehungen auswirken, von der nicht feststeht, wie schnell sie sich im Preise für die Lieferungen auswirken konnte, so daß die Zinnersparungen der Großabnehmer wenigstens zum Teil wieder ausgeglichen waren. Auf die Dauer können jedenfalls die Lieferanten die Lagerhaltung für ihre Abnehmer nicht umsonst besorgen.

Die Beherrschung der Aufwandsgestaltung kann als solche aber nur bestehen, solange die Annahmen, von denen der Aufbau dieser Großunternehmungen ausgegangen ist, stimmt. Wenn der angenommene Absatz nicht erzielbar ist, handelt es sich bei der erstrebten

Aufwandsenkung nur um eine Fiktion, die mit höherem Aufwand bezahlt werden muß, als nötig gewesen wäre, wenn die Arbeit kleineren Betrieben überlassen geblieben wäre, obwohl sie nicht alle Feinheiten der Arbeitsteilung aufweisen konnten.

Die Lage ist in solchen Fällen um so schwieriger als der arbeitsteilige Produktionsapparat, der auf solche Absatzmengen, leider bloß eingebildete, eingestellt ist, in der Regel große Kapitalmengen erfordert hat. Das Kapital mußte beschafft werden. In kapitalarmer Zeit geht es noch schwerer als sonst. Soweit es festverzinslich ist, sind die Bedingungen entsprechend ungünstig. Man sucht für Zinsen und hohen Aufwand Erleichterung in hohen Preisen, die doch durch Aufwandsenkung hätten niedrig sein sollen. Solange noch Gewinne erzielbar sind, werden sie zurückgehalten, um dem Druck etwas abzuwehren. Das alles verbindet sich mit einer verstärkten Neigung zum Abbau von Löhnen und Gehältern. Die Versuche, schon verlorenes Kapital zu retten, indem die Verantwortung für die Kapitalfehleitung auf andere abgewälzt wird, treffen die Abnehmer der Industrieleistungen, die Empfänger von Gewinnanteilen und von Gegenwert für Leistungen in den industriellen Betrieben. Der Absatz im Inland wird schwieriger. Im billigen Ausstoß nach dem Auslande sucht man Ergänzung. Dieses verschließt sich seinerseits, um die eigene Wirtschaft zu schützen. Die hohe Inanspruchnahme der Kaufkraft der Abnehmer von dieser einen Seite her läßt für andere weniger Raum. Die, die von der Industrie her schon in der Beschaffung von Gebrauchsgütern und Hilfsstoffen beeinträchtigt sind, werden es auch im Absatz ihrer eigenen Leistungen. Die Verwirrung wird größer. Kapitalkonzentrationen werden in zahlreicheren Fällen versucht, um sich zu helfen. Stilllegungen finden statt mit Vergütungen für die stillgelegten Betriebe, insbesondere die Kapitalbeteiligten. Das Ganze findet in den Kartellen noch Förderung. Schließlich müssen Kapitalverluste zugegeben werden. Zusammenbrüche erfolgen in größerer Zahl als vorher. Arbeitnehmer werden noch mehr als durch die Stilllegungen auf die Straße geworfen. Das Ar-

beitslosenproblem wird brennend. Die Hilflosigkeit der Wirtschaft gibt auch Übeln anderer Herkunft immer mehr Raum: Doppelverdienertum wie Schwarzarbeit breiten sich aus. Die Versuche mit Hilfe von Subventionen aus der öffentlichen Hand private Verluste auszugleichen häufen sich.

Wer ist noch bereit, bei solchem Anblick von Beherrschung der Aufwandsgestaltung zu sprechen, die durch die Fortschritte der Arbeitsorganisation herbeigeführt sei?! Diese Art Beherrschung ist noch weniger als eine Fiktion. Das Ergebnis ist schließlich eine Wirtschaft, die einem grundlosen Gewässer gleicht, das mit untergehenden Menschen angefüllt ist, die nach Hilfe rufen. Wer aber soll helfen?

Die Menschen in ihrem Dasein sind selbst ihre Summe von Arbeitsgelegenheit. Sie sind arbeitswillig und finden keine Führung zu der Arbeitsgelegenheit, die sie selber sind. Es ist ein Ablauf der Dinge, der mehr als tragisch ist.

Und das alles trotz der unverkennbaren großen Fortschritte in der Organisation der Arbeitsvorgänge. Welche Mängel sind der Grund für dieses Unheil?

Nach der einen Seite ist das Folgende zu beachten. Die Organisation der Ertragszielung in immer umfassenderen Gesamtbetrieben legte immer riesigere Betriebserträge in wenige Hände. Der Leser erinnere sich jetzt, was Betriebsertrag ist. Er ist der Gegenwert der Betriebsleistung, die die Deckung der Löhne und Gehälter und den Gegenwert der Leistungen der Unternehmer und der Nutzung ihres Kapitals enthält. Welche Stellung, die Verteilung solcher riesigen Beträge in die Hand zu bekommen! Welche Chancen für die Verteiler! Welche Möglichkeiten für geschickte Finanziere zu einem verwirrenden Spiel mit Konten und Firmen, das niemand mehr durchschaut; auch sie selber nicht. Die Ertragszielung durch die Arbeit der Betriebe war hier im günstigsten Falle Basis, nicht mehr

Ziel der Politik der Leiter der Wirtschaft. Im Vordergrund standen die finanziellen Operationen, um immer mehr von dem Leistungswert Aller in die Hand zu bekommen, der Macht bedeutet: Geldmacht. Die Ausdehnung der Machtbereiche wurde so groß, daß die Verantwortlichkeit einzelner Persönlichkeiten sie nicht mehr decken konnte. Das bedeutete Spielraum für unverantwortliches Handeln mit allen Folgen, die uns inzwischen reichlich enthüllt worden sind. Die großen Beispiele wirkten in Betrieben geringeren Umfangs nach.

Die Arbeitnehmer standen in der Verteilung des Betriebsertrages unter dem Drucke der unpersönlichen Geldmächte. Auf deren Fahnen hatte die grandiose Bewegung des Nationalsozialismus das sieghafte „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ noch nicht gezaubert. Sie waren nicht schon geistig umgestellt. Sie sind im Gegensatz zu den Unternehmern als natürlichen Personen auch nicht fähig dazu. Dafür steht der Mensch als Mensch bei ihnen viel zu weit im Hintergrunde. Die Arbeitnehmer mußten sich wehren gegen ihren Einfluß. Das geschah in Lohnkämpfen. Andere Wege gab es nicht, weil dazu nur der Gemeinschaftsgedanke auf beiden Seiten die Basis hätte sein können. Der aber war auf der einen Seite nicht vorhanden, auf der anderen durch den Marxismus gründlich ausgetrieben.

In den Lohnkämpfen haben sich mühsam und schwankend die Lohnverhältnisse entwickelt: der tariflich geregelte Lohn mit Ergänzungen durch Gewinnbeteiligung und Soziallohn, die angesichts der deutschen Bevölkerungsbewegung bisher ziemlich stark zurückgeblieben sind.

Dann ein Zweites. Es stellt die Auswirkung der Arbeitsteiligkeit der Wirtschaft auf den einzelnen Arbeitnehmer derjenigen auf die Leitung gegenüber. Man kann den Ausgangspunkt mit dem Wort der Atomisierung der Arbeitsvorgänge bezeichnen, das auch die Auflösung der alten Berufe einschließt. Die Zergliederung der Arbeit führt zu Arbeitsaufgaben, die sachlich immer enger begrenzt sind. Die einzelne von ihnen enthält immer weniger von der ganzen Sache oder von der ganzen Dienstleistung, die zustande kommen soll. Der

Arbeitende hat sie aber desto öfter auszuführen. Die Art seiner Arbeit nähert sich mehr und mehr der der Maschine. Der Mensch selbst wirkt mehr und mehr wie ein Mechanismus. Das Einigende der Beschäftigung mit demselben Ganzen tritt zurück. Die Menschen finden keine Beziehungen mehr zu einander in ihren Leistungen, sondern nur noch in den Gegenwerten für sie. Sie sind, was diese anlangt, Konkurrenten im Kampf um Anteile am Wert der Leistung Aller, der rücksichtslos geführt wird. Das ist sachliche und geistige Vereinsamung zugleich. Auch auf dieser Seite keine Förderung des Gemeinschaftsgedankens, sondern seine Rückbildung. All die Mühen geistig an diesen Dingen Interessierter sind nutzlos. Die Wirtschaft muß von Grund auf organisch aufgebaut werden. Die Betriebsräte mit ihren Vorläufern, die das kaiserliche Deutschland schuf, sind ein Versuch dazu. Seine Auswirkung blieb aber bald stecken, so daß wenig geändert erscheint.

Die Wurzel des Mangels, durch den die Wirtschaft in ihre Hilfslosigkeit verfiel, besteht demnach darin, daß der private Egoismus der leitenden Menschen in ihrer Mehrzahl nicht zuließ, daß sich die Gemeinschaft der Wirtschaftenden in gleichem Maße wie die Arbeitsteiligkeit der Wirtschaft entwickelte. Auf der Seite der Arbeitnehmer ergab sich aus dieser Lage eine gefährliche Umbildung des Gemeinschaftsgefühls, die von den Marxisten ausgenützt wurde.

Die gemeinschaftliche Wurzel von Arbeitsteiligkeit der Arbeit und Gemeinschaft ist sicher nicht verborgen geblieben. Aber der private Egoismus suchte die Möglichkeiten der Leistungssteigerung voll auszunützen und gab nur Almosen zur Entwicklung der Gemeinschaft frei. Das hat sich bis auf die Sozialversicherung im Laufe der Zeit grundsätzlich nicht geändert. So nach innen.

Nach außen hat die Arbeitsteiligkeit, einseitig vorgetrieben, nicht minder bedenkliche Wirkungen gezeitigt. In dieser Richtung muß die Betrachtung an den Mechanismus anknüpfen, den die arbeitsteilige Wirtschaft selbständiger Betriebe braucht, um als Ganzes, das auch sie sein muß, zu existieren. Es ist der Markt. Ich erinnere bei dieser

Gelegenheit mit Bedacht und Betonung daran, daß sich der Markt in dieser Art Wirtschaft nicht ausschalten läßt. Wenn einem die eine oder andere Form nicht gefällt, kann man andere an ihre Stelle zu setzen versuchen und — nach Bewährung — auch setzen. Die Funktion des Marktes steckt in ihnen allen. Ohne sie sind die Wirtschaft und die Menschen, die durch sie leben — bis auf die Selbstversorger — dem Untergang geweiht. Es sei auch daran erinnert, daß, wenn es der Marktfunktion möglich sein soll sich zu vollziehen, die Haushalte und konsumierenden Menschen ihre Bedürfnisse und ihren Bedarf verbindlich müssen äußern können. Die Begründung dafür ist schon oben gegeben und soll hier nicht wiederholt werden.

Vom Markt nun wird gefordert, auch heute noch, daß er frei sein müßte, wenn er seine Funktion sollte erfüllen können. Jedenfalls sei das Ideal für arbeitsteilig arbeitende selbständige Betriebe der freie Markt, die Freiheit der einzelnen Märkte. Bei näherem Zusehen erscheint es aber merkwürdig genug, daß solche Forderungen noch erhoben werden. Denn wir haben eine Zeit mit verhältnismäßig freien Märkten hinter uns und inzwischen auch hinreichend Zeit gehabt, uns über ihre Auswirkungen klar zu werden. Wir wissen heute, daß es eine Wirtschaft mit völliger Marktfreiheit nie gegeben hat. Die „freie“ Wirtschaft war nur weniger gebunden. Aber schon das geringere Maß von Bindung hat Wirkungen gezeitigt, die geeignet sind, jene Forderung aus dem menschlichen Bewußtsein gründlich auszutilgen.

Zwei Dinge sind es, die zu den immer unerquicklicheren Erscheinungen geführt haben, die sich in den Märkten zeigten: der Mangel an Kraft und Fähigkeit zur Übersicht bei den Menschen und ihre Unfähigkeit sich einzuordnen, solange die Wirtschaft im wesentlichen auf den freiwaltenden Egoismus des Einzelnen gestützt war. Man kann, wie die Dinge sich in solcher Lage entwickeln, an den Tragödien veranschaulichen, die oft den Werdegang der einzelnen engeren Wirtschaftsbereiche kennzeichnen. Sehr geeignete, weil leicht abgrenzbare Beispiele, liefert die Wirtschaftsgruppe der Kurorte. Ich habe dafür

ein besonders ausdrucksvolles Beispiel vor mir. Die Entwicklung begann ganz vernünftig. Aber die Gründer der Gasthäuser ließen sich schnell zur Erweiterung, oft gleich Verdoppelung, ihrer Kapazität verleiten. Die Folge war meist der Ruin des Inhabers, verbunden mit dem billigen Übergang des Besitzes in andere Hände. Erstaunlich ist, daß dieser Vorgang in dem engen Ortsbereich, in dem er sich schon einmal, ja mehrmals zutrug, immer wieder passierte, ja, daß er sich an demselben Hotel wiederholte. In einem weit bekannten Harzort ist kaum einer der bahnbrechenden Hoteliers, deren Arbeit die Entwicklung des Orts zu danken ist, im Glück gestorben. Die meisten sind an der Überkapazität zugrunde gegangen, die ihr Optimismus bei gutem Geschäftsgang oder auch nur guten Geschäftsaussichten schuf. Die gelungene Einführung einer zweiten Saison, der Wintersaison, die einmal half, war weiterhin bald wieder die Grundlinie, von der aus die gleiche kurzfristige egoistisch verkrampfte Politik mit dem gleichen Risiko und Ergebnis betrieben wurde. Verstärkt werden solche Auswirkungen immer durch die Mitläufer, wie hier durch die kleinen Pensionen, die sich jedoch nachher, wenn es drauf ankommt, besser anpassen können.

Aber was sagt dieses Beispiel aus engem Raum im Verhältnis zu dem gigantischen, das wir im letzten Jahrzehnt erlebt haben. Industrien ganzer nationaler Wirtschaftsbereiche richten sich auf einen Absatz ein, der unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich ist. Die aufgebaute Leistungsfähigkeit kann deshalb nur zu einem Teil ausgenützt werden. Die Unternehmungen sehen sich vor einer unlösbaren Aufgabe. Die Lage wird kritisch. Bei der Beobachtung dieser Dinge zeigt sich, daß die Steigerung der Leistungsfähigkeit in manchen Geschäftszweigen bis weit in die Krise hineinreicht. Es ist wie bei jenen Hoteliers. Der Vorgang wiederholt sich immer wieder, ohne daß die Möglichkeiten des Verbrauchs ausreichend gesteigert werden. Schließlich wird das Endergebnis erschreckend deutlich: jenes Übermaß an Leistungsfähigkeit und gleichzeitig unerhörte Schrumpfung des realen Bedarfs wie bei mangelnder Leistungs-

fähigkeit. Es ist dasselbe, auf das wir schon in einem früheren Kapitel stießen.

Schon relative Freiheit hat zu diesem Ergebnis geführt. Was erst hätte die absolute, wenn sie möglich gewesen wäre, an sinnwidrigen Wirkungen zustande kommen lassen? Man sage nicht dagegen: wenn der Krieg nicht gewesen wäre, würde die Lage ganz anders sein. Denn das ist kein Gegenargument, sondern spricht für die hier vertretene These. Wenn die sogenannte Freiheit nämlich die Ketterin ist, müßte sie es gerade in der Notzeit erweisen. Ketter, die sich als solche für normale Zeiten anpreisen, sind entweder Irre, Sachunkundige, feige Prahlhänse oder Betrüger. Die aufgezeigte Wirkung war übrigens, wie jedermann weiß, schon vor dem Kriege da. Schon in dieser Zeit war sie dauernd im Wachsen und ihr Wachstum wurde durch die Ereignisse der Kriegszeit nur verstärkt und beschleunigt: zum Teil aus Nesten relativ großer Freiheit, zum Teil aus Bindungen, die unzumutbar waren. Helfen kann nur die zweckvolle, die organische Bindung. Sie muß von der Strenge sein, die die Lage in der Wirtschaft erfordert.

Aber wie hat sich die Erscheinung entwickelt, gegen die die bisherigen Ausführungen gerichtet sind? Was bisher gesagt ist, knüpft lediglich an Beispiele an. Der Gang der Entwicklung und die Mittel, die in ihm angewandt worden sind, bleibt noch kurz darzustellen. Es geschieht im folgenden.

Bei „Gewerbefreiheit“ arbeiten die Werterzeuger der verschiedenen Geschäftszweige ungerichtet. An der Stelle organischen Empfindens wirkt der Egoismus. Er gilt als Wegweiser. Als solcher wird er gepriesen und gepredigt. Die Produktion vollzieht sich unter seinem Einfluß so, daß sich jeder von dem möglichen Absatz seines Gutes einen möglichst großen Anteil zu sichern sucht. Dieses Streben ist an vielen Stellen verbunden mit dauernder Neigung zu Geschäftserweiterungen. Das Ergebnis ist, daß die Erzeugung über das Maß des möglichen Absatzes hinauswächst. Es äußert sich in Wettbewerbsverhältnissen, die fortgesetzt schwieriger werden. Sie beeinflussen die

Bedingungen, zu denen abgesetzt wird. Der Egoismus erweist sich als schlechter Wegweiser, weil mit sinkenden Preisen und verschlechterten Lieferungs- und Zahlungsbedingungen die Gewinne sich mindern und Verluste entstehen, die sich vergrößern. Die Lage wird schließlich für den Einzelnen unhaltbar. Die Folge sind Abmachungen zwischen den Angehörigen des Geschäftszweiges, um sie zu wenden. Kartelle entstehen. Sie suchen die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen und auch die Preise zu heben. In der Richtung dieser Bestrebungen wirkt es auch, wenn manche Erzeuger wirtschaftlich zusammenbrechen und viele andere sich in der Erzeugung zurückhalten, um dem gleichen Schicksal zu entgehen. Das gilt, obwohl Zusammenbrüche zunächst durch ungehemmten Verkauf um jeden Preis die allgemeine Lage des Geschäftszweiges noch verschlechtern. Schon während dieses Heilungsprozesses aber haben manche sich ferngehalten und ihren Vorteil für sich allein gesucht. Auch bei den anderen ist der Egoismus nicht abgestorben. Er liegt vielmehr im Hinterhalt auf der Lauer. Die Neigung, die Abmachungen innerhalb des Geschäftszweiges zu halten, ist bei vielen nicht sehr ausgeprägt. Sobald die Vereinbarungen anfangen zu drücken, mehren sich die Übertretungen. Die Existenz der Kartelle kommt in Gefahr. Sie lösen sich auf oder werden zunächst nicht erneuert. Das Spiel beginnt ungehemmt von neuem und führt zu demselben niederschmetternden Ergebnis, um nach der Erholung wieder und wieder einzusetzen. Die beteiligten Leiter der Erzeugungswirtschaften ziehen aus diesen Vorgängen Erfahrungen, die sie befähigen, die Technik der Bedingungen- und Preisgemeinschaften immer mehr zu beherrschen. Die Wiederholungen führen auch dazu, daß die Kartelle dauern, wenn sie auch vielfach ihre Rechtsform und den Inhalt ihrer Abmachungen ändern. Bei den Änderungen ist die Tendenz festzustellen, die Strenge der Bindung der Angehörigen zu steigern.

Soweit die Entwicklung der Kartelle in dieser Weise aber auch führen möge, sie bedeutet keine Verdrängung des Egoismus der Erzeuger durch den Gedanken organischer Weiterführung der Wirt-

schaft. Er sucht sich durch sie vielmehr an der Herrschaft zu halten. Daraus erklärt es sich, daß nach der Gründung eines Kartells der bisher außerhalb geführte Wettbewerb innerhalb ausgekämpft wird. Schon auf der Schwelle der Kartellgründung dauert er an. Die Zurückhaltung, mit der manche Firmen, die dem Geschäftszweig angehören, auf die Anregung zur Gründung antworten, ist vielfach als Versuch zu werten, aus der Not der anderen einseitige Vorteile herauszuholen. Der Grund einer solchen Haltung ist zuweilen die Überzeugung von der eigenen Stärke, in anderen Fällen die Absicht, aus eigener Not heraus die anderen Notleidenden zu bluffen. Mancher wird auf diese Weise auch Außenseiter, immer bereit, die Mitgliedschaft gegen besondere Vorteile zu übernehmen. Dafür, ob dieser Weg möglich ist, bleibt freilich ein ausreichender Rest wirtschaftlicher Gesicherheit entscheidend. Nach der Gründung beginnt dann der Kampf um die Ausweitung der Stellung innerhalb des Kartells. Dort, wo es sich nicht nur um die Regelung von Bedingungen und Preisen, sondern um die Verteilung der Absatz- oder Einkaufsmengen handelt, spielt er sich in den Bemühungen ab, die Quote zu steigern. Aufkauf der Firmen anderer Mitglieder und deren Stilllegung unter Übernahme der Quote, Quotenpacht, Fusionen, Bildung von Konzernen aus Mitglieder- und Nichtmitgliedersfirmen, die der Kartellleitung gegenüber einheitlich geführt werden und die Ausnützung ihrer Quoten einheitlich betreiben, sowie Bildung von Verkaufs- und Liefervereinigungen innerhalb der Kartelle sind Mittel auf diesem Wege. Besondere Möglichkeiten zur Betätigung des Egoismus, wie die Ausnützung des Selbstverbrauchs gemischter Betriebe, z. B. der Hüttenzechen, gegen die reinen Betriebe, z. B. die Zechen, die man den Krieg der Vertikalen gegen die Horizontale innerhalb der Kartelle nennen kann, tauchen auf und geben Anlaß zu schweren Erschütterungen.

Das ausdrucksvollste Zeichen dafür, daß die Kartelle nur eine neue Form sind, in der der alte Egoismus weiterlebt, sind die Vergütungen für die Stilllegung unfähig gewordener oder unfähig

gegründeter oder ganz überflüssigerweise ins Leben gerufener Betriebe innerhalb des Kartells, weil auf diesem Wege die Position der übernehmenden und zahlenden Mitglieder gestärkt wird. Es handelt sich dabei um mißbrauchtes oder fehlgeleitetes Kapital, dessen Eigner ihre Verluste tragen sollten, damit die Wirtschaft in Zukunft vor ähnlichen Übeltaten bewahrt werde. Statt dessen werden Prämien auf den Kapitalmißbrauch und die Kapitalfehleitung bezahlt, und den Abnehmern der Leistungen der übernehmenden Firmen wird zugemutet, eigentlich verlorenes Kapital aus ihren Mitteln gemäß den Mengen, die sie von dem Gut abnehmen, zu erstatten. Man wende nicht ein, daß es aus der Ersparung an Aufwand erstattet werde, die sich daraus ergibt, daß nach der Stilllegung von dem unveränderten Produktionsapparat der Firma, die die Beteiligung einer stillgelegten aufnimmt, mehr Menge als bisher bez oder verarbeitet werden könnte, wodurch sich ihr fixer Aufwand auf die einzelnen Mengeneinheiten stärker verteile. Denn ohne die Handhabung der Organisation von Kartellen im Sinne des privaten Egoismus wären die Untüchtigen ohne Entschädigung ausgefällt worden, und die Allzutüchtigen hätten für ihre Tätigkeit keine Möglichkeiten gefunden. Der Absatz der einen wie der anderen aber hätte sich auf die Betriebe der bleibenden Mitglieder des Kartells verteilt und wäre bei manchen von ihnen ebenso auf Möglichkeiten der Aufwandsdegression gestoßen wie bei denen, die in erster Linie geneigt waren, sich durch Kauf oder Pacht Vorteile im Geschäftszweige zu verschaffen. Hier liegt eine Sinnwidrigkeit der Wirtschaft vor, die sich mit jener Ungeheuerlichkeit des Überschusses von Leistungsmöglichkeiten bei Schrumpfung der Bedarfsdeckung berührt, von der weiter oben schon wiederholt die Rede war. Sie sind aus der gleichen Wurzel erwachsen.

Dieselbe Art Wirtschaftsführung äußerte sich in der bisherigen Preispolitik der Kartelle. Sie bestreitet, daß dem privatwirtschaftlichen Zusammenschluß der Mitglieder eines Geschäftszweiges die Tendenz innewohne, die Preise zu erhöhen oder wenigstens hochzu-

halten. Eine solche Tendenz wird bestritten, obwohl sie offensichtlich ist. Die privatwirtschaftlich errichteten Kartelle schützen auch die schwachen und untüchtigen Betriebe. Ihre Bedingungen und Preise müssen die Deckung des Aufwands auch bei diesen herbeiführen. So ist der ungünstigste Aufwand im Geschäftszweige die Grundlage für den Kartellpreis. Auch die Differenzierung der Kartellpreise, je nachdem der Absatz in das unbestrittene oder in das bestrittene Gebiet stattfindet, hat an der Tendenz nach oben teil. Denn die Erlöse aus dem einen müssen die Ausfälle im anderen mit decken. Diese Notwendigkeit muß bei der Festsetzung der Verkaufspreise für das unbestrittene Gebiet möglichst ausreichend berücksichtigt werden. Die Verstärkung rührt daher, daß der vorsichtige Kaufmann die Erlöse im bestrittenen tiefer annimmt, als der Lage entspricht, und sich dadurch selbst zu höheren Preisen im unbestrittenen nötigt, damit die Deckung für die angenommenen Ausfälle gesichert sei. Dabei wirkt weiter mit, daß seine Vorsicht ihn nötigt, auch die im unbestrittenen Gebiet absehbaren Mengen eher zu niedrig als zu hoch anzusetzen, so daß wieder höhere Preise nötig sind, damit der Gesamterlös die Ausfälle im bestrittenen Gebiet tatsächlich mit decke.

Warum leugnen die Kartelleitungen diese Tendenzen. Sie suchen sie zu verbergen. Es geht hier um das Verhältnis zu den Arbeitnehmern, insbesondere aber zu den Abnehmern, die ihnen gegenüber in jedem Falle auch den letzten Verbraucher repräsentieren. Die Frage, deren Lösung man hier einseitig zu beeinflussen sucht, ist die der Verteilung des laufend anfallenden Kapitals: man sucht sich von dem laufend anfallenden Gegenwert für die Leistungen Aller einen möglichst großen Anteil zu sichern. Die privatwirtschaftlichen Kartelle erweisen sich damit als einseitige Vertreter einer privategoistischen Produktion. In der Vorstellung der Mehrzahl ihrer Leiter und Beteiligten hat sich das Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion umgekehrt. Die erste ist für sie nicht mehr die Dienerin der zweiten, wie es dem naturgegebenen Zusammenhange zwischen beiden entspricht. Sie betrachten die letzte vielmehr als Dienerin der

ersten, was einer auf den Kopf gestellten Wirtschaft gleichkommt. Diese Haltung zeigt, wie es dazu hat kommen können, daß in den Kartellen für Untüchtige und Allzutüchtige Prämien gewährt wurden, die die Abnehmer bezahlen müssen, und daß in der Wirtschaft insgesamt eine Schrumpfung der Bedarfsdeckung nötig war, obwohl laufend ein Überschuß arbeitswilliger Leistungsfähigkeit festgestellt werden mußte.

Die Kartelle, die aus freiwilliger Bindung der Werterzeugerwirtschaften hervorgegangen sind, haben bisher wegen ihrer egoistischen Leitung und des privaten Egoismus der Beteiligten versagt. Es ist kein Wunder, daß bei dem Gegeneinander in den Kartellen oft gerade bei strengster Bindung durch die Abmachungen der Verfall einsetzte und die Erneuerung unmöglich schien. Um solche Schwierigkeiten zu lösen, hat in einzelnen wichtigen Geschäftszweigen der Staat eingegriffen. Es sind Zwangskartelle entstanden. Das ist auch schon im kaiserlichen Deutschland geschehen. Aber die Sinnwidrigkeiten sind in der Kartellwirtschaft vor der nationalsozialistischen Erhebung nicht wirksam bekämpft worden. Zwar hat man den Arbeitnehmern und Abnehmern Einfluß zu geben versucht. Auch Versuche, auf die Preispolitik einzuwirken, sind gemacht worden. Aber die Prämien für Untüchtigkeit und Kapitalfehlleitung waren nun erst recht fest begründet, da die Dauer von Zwangskartellen weniger gefährdet ist als die der anderen, rein privaten, und bei ihnen mit der ungefährdeten Ausnützung gekaufter Quoten für längere Zeit gerechnet werden kann.

Das Ergebnis der arbeitsteiligen Wirtschaft selbständiger Betriebe bis zu dem Zeitpunkt der nationalsozialistischen Revolution ist ihr Versagen sowohl im Verhältnis der Arbeitnehmer zum Betriebe, wie im Verhältnis der werterzeugenden Betriebe zu einander und zu den Haushalten. Die Wirtschaft stimmt nicht. Trotz des Abstimmens der Wertbewegungen der einzelnen selbständigen werterzeugenden Betriebe, das in In-

ventar und Bilanzen seinen prägnantesten Ausdruck findet, stimmt sie nicht. Im Gegenteil: Betriebe, die ihre Wertbewegung für stimmend hielten, auch bestgeleitete, stellen nachträglich fest, daß diese Vorstellung irrig war. Die Rückwirkungen aus dem Ganzen der Wirtschaft machen es ihnen deutlich. Trotz allen Stimmens der Inventare und Bilanzen stimmt die Wirtschaft nicht. Das bedeutet, daß auch jene nicht stimmen können, obwohl sie stimmen.

Aus dieser Lage ergibt sich die Forderung, die Abstimmungen der einzelnen Betriebe, auch der tüchtigsten, nicht zu überschätzen und dafür zu sorgen, daß eine Gesamtabstimmung der nationalen Wirtschaft möglich wird. Dazu kann die Entwicklung des Kartellwesens beitragen. Es müßte freilich auf alle Zweige der Werterzeugung ausgedehnt werden. Die Existenz von Außenseitern müßte unmöglich gemacht werden. Aber die Kartelle müßten Untüchtige, deren Schutz sie auf unwirtschaftliche Wege bringt, rücksichtslos ausscheiden. Eine solche Weiterentwicklung führt in die ständische Form der Wirtschaft. Abstimmungen der einzelnen Betriebe mit Hilfe ihres Rechnungswesens wären dann die Ergänzung der laufenden allgemeinen und fänden ihren Halt in ihr. Freilich dürften bei dieser Entwicklung die Hauswirtschaften nicht vergessen werden. Sonst wären wir sehr bald bei einer ständischen Wirtschaft, die sich als Selbstzweck und die Haushalte als Anhängsel oder notwendiges Übel betrachtet, was wieder die auf den Kopf gestellte Wirtschaft sein würde, von der schon weiter oben die Rede war.

Aber auf dem Wege der Kartellierung allein könnte die notwendige Übersicht nicht gewonnen werden. Die Statistik müßte Hilfe leisten. Sie müßte es in beiden Richtungen tun: sowohl in der auf Einkommen und Kaufkraft und ihre Verteilung wie in der auf das Bedarfsgesamt des Wirtschaftsganzen und seine Gliederung in die Bedarfsgesamte der einzelnen Wirtschaftenden. Hierüber kann auf früher Gesagtes zurückgewiesen werden. Es ist eine der wichtigsten Forderungen der Zeit, diese Dinge auf breiter Front in Angriff zu nehmen. Die amtliche Statistik wird sich ihr nicht verschlie-

fen dürfen. Sie wird mit der Einsicht beginnen müssen, daß alles, was sie bisher auf diesen Gebieten geleistet hat, völlig unzulänglich ist.

Die Unstimmigkeiten in den Betriebsfragen, wie denen der Verteilung des Betriebsertrages, nämlich Lohn- und Gehaltsfragen, einschließlich der Belastung mit Sozialbeiträgen, sowie denen der Auslese der Leistenden, der Pflege des Zusammenhangs zwischen den Leistenden und dem Betrieb selber durch Organe wie den Betriebsrat, müssen ihren Charakter als isolierte Einzelfragen verlieren. Die Auffassung des Betriebes als Gemeinschaft der an seiner Leistung und seinem Ertrage Beteiligten hilft dazu. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind dann Glieder der Betriebe. Die schwierigen Fragen sind dann gemeinsame Angelegenheiten und müssen als solche gelöst werden. Hierher gehören auch Unternehmerfragen: nicht nur die Tarifverträge der Arbeitnehmer, sondern auch die Rechtsgrundlagen für Vergütungen an die Aufsichtsräte, an die Vorstände, an die Geschäftsleiter. Ebenso ist es mit dem Unternehmerlohn und -gewinn der alleinigen oder gemeinschaftlichen Inhaber von werterzeugenden Betrieben. Banken, Handel, Verkehr, Versicherung sind immer eingeschlossen.

Die Beurteilung des Wertes der Leistungen der Menschen, auch der Unternehmer, die auf diesem Gebiet ein Kernstück ist, bedarf der Grundlage abgestufter Existenzminima. Sie muß unter Berücksichtigung der Bedeutung der Leistungen für die Hervorbringung von Nahrungs- und Genußmitteln, Gebrauchsgütern und Diensten für die Haushalte und ihre einzelnen Menschen, die sich unmittelbar oder mittelbar geltend macht, wie es sich weiter oben schon eingehend beschrieben findet, erfolgen. Ihre klärende Wirkung äußert sich nach der einen Seite in der Verteilung der Betriebserträge und der daraus sich ergebenden zunächst nominellen Kaufkraft, nach der andern in der Werthöhe, in der die Leistungen in den werterzeugenden Betrieben als aufgewandt gelten müssen. Der Aufwand an Arbeitsleistungen ist Teil des Gesamtaufwands in der Wertzeugung der

einzelnen Betriebe. Wie groß er ist, wird deutlich, wenn man sich daran erinnert, daß auch die Abnutzungswerte solchen Ursprungs sind, wenn auch die Leistungen, durch die sie entstanden sind, schon seinerzeit stattgefunden haben, als die in Abnutzung stehenden Verbrauchsgüter hergestellt wurden.

Die letzte der beiden Seiten der betrieblichen Dinge, die Aufwandsseite, ist schon oben bei den Kartellen berücksichtigt, die erste aber, die Kaufkraftseite, stellt das dar, was die Einigkeit der Unternehmer und Arbeitnehmer am unmittelbarsten voraussetzt: die Erzielung der Erträge und ihre Verteilung. Auch hier finden wir Tendenzen zur ständischen Entwicklung. Sie ist in der Berufsgruppenbildung zu sehen, die sich in den Arbeitnehmerorganisationen von der äußersten Rechten bis zur Linken durchsetzte. Soweit die letzte in Frage steht, fand es störenderweise unter dem Einfluß der Lehre von Marx statt, was die Zurückdrängung gerade des Gedankens der Betriebsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Folge hatte.

Die ständische Entwicklung hat danach seit langem eingesezt. Sie hat aber bis zur nationalsozialistischen Revolution nicht zu der Überwindung der Schwierigkeiten geführt, die die Arbeitsteiligkeit der Wirtschaft ermöglicht hat. Der Grund liegt vor allem in der Einschränkung, mit der unter den klassenkämpferischen Einflüssen der Gedanke der Gemeinschaft, sowohl was die Volks- wie was die Betriebsgemeinschaft angeht, gedacht und angewandt wurde. Hinzu kommt die Verkennung des Verhältnisses zwischen Produktion und Konsumtion, des Verhältnisses des Gewichts der (abgeleiteten) werterzeugenden Betriebe zu dem der Haushalte, die auf der Seite der ersten weit verbreitet war. Es ist dabei die entscheidende Bedeutung der Haushalte für die Abstimmung der Wirtschaft, für die Kräftewirtschaft der Menschen, der die Güterwirtschaft nur dienstbar sein kann, und für die menschliche Kultur nicht gebührend beachtet gewesen. Im Grunde handelt es sich auch hier um eine Mißachtung des naturgegebenen Aufbaues der wirtschaftlichen Gemein-

schaft, also auch um einen Mangel im Verhältnis der Menschen zum Problem der Gemeinschaft.

Die geistige Haltung gegenüber der Gemeinschaft war verkehrt. Mit ihr mußte Schluß gemacht werden, wenn es besser werden sollte. Das war aber nur auf dem Wege einer Revolution möglich, die so viele Angehörige der Wirtschaft, Unternehmer und Arbeitnehmer erfaßte, daß der Sieg der vollen Volksgemeinschaft und der vollen Betriebsgemeinschaft gesichert war. Erst dadurch ist es möglich geworden, die Zerrissenheit der Probleme, an denen die Wirtschaft krankte, zu beseitigen, indem aus allen ein einheitlich gegliedertes einziges, das organisch lösbar ist, gemacht wurde. Der Weg zu diesem Ziel ist der ständische Aufbau. Er ist zwangsläufig; denn es gibt keinen anderen.

Um einen Überblick über die Notwendigkeiten der Entwicklung zu erhalten, die im Zuge ist, bedarf es noch einiger Überlegungen, die hier angeschlossen sein sollen.

Es ist nicht der erste ständische Aufbau des menschlichen Lebens, der der Verwirklichung entgegendrängt. Der frühere ist in seiner Bedingtheit, in seinem Geist und seinem Ablauf eine in sich geschlossene geschichtliche Erscheinung. Das läßt Vergleiche zu. Wenigstens soweit es sich um die Bedingungen handelt, unter denen sich der neue vollzieht, sind vergleichende Überlegungen möglich. Dabei ist festzustellen, daß der Sinn des Aufbaues hier und dort derselbe ist. Eine dauerhafte Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die die geistige Mitarbeit der einzelnen Wirtschaftenden organisiert, bildet sich aus, und es kommt darauf an, dafür zu sorgen, daß sie nicht entarte. Die tatsächlichen Verhältnisse, die ständisch zu meistern sind, liegen aber heute anders als damals. Die Verschiedenheit hat gerade in Wirkungen ihren Grund, die auf die stärkere Entwicklung der Arbeitsteiligkeit der Wirtschaft zurückzuführen sind.

Gleich zuerst ist zu bemerken, daß sich die Trennung zwischen den Haushalten und den abgeleiteten Betrieben im Lauf der Zeit immer

stärker und an einer immer wachsenden Zahl von Haushalten ausgeprägt hat. In der Zukunftzeit waren beide eng miteinander verbunden. Es war deshalb möglich, die wirtschaftlichen Verhältnisse unter einseitiger Betonung der Produktionswirtschaft zu regeln. Denn die Haushalte wurden dadurch mittelbar auch stimmend gemacht. Heute arbeitet die große Mehrzahl der Menschen in Betrieben, die keinerlei engere und besondere Beziehungen zu ihren Haushalten haben. Ein Verfahren, das seinerzeit möglich war, ist unmöglich geworden. Auch die immer drohende geistige Haltung bei den Leitungen der abgeleiteten Betriebe, als ob die Haushalte nur Anhängsel der Produktionswirtschaft seien, als ob nicht die Güterwirtschaft der Kräftewirtschaft, sondern umgekehrt die letzte der ersten zu dienen habe, ist eine starke Warnung dagegen. Wenn sich das Gewicht der Wirtschaft in der Vorstellung einflußreicher Kreise an die falsche Stelle verschiebt, so beeinflusst das die Möglichkeiten und Wege der Kapitalleitung und der Abstimmung ungünstig. Die Regelung von der Produktion her ist nicht nur im Ausgangspunkt, sondern auch in der Wirkung einseitig. Die geistige Mitarbeit aus den Haushalten heraus, die gerade für das Stimmen der Wirtschaft entscheidend ist, würde mehr oder weniger ausgeschlossen.

Der Rest der Hauswirtschaft, bei dem eine engere Verbundenheit mit einem werterzeugenden Betriebe noch vorhanden ist, erscheint zu einseitig zusammengesetzt und zu sehr an produktionswirtschaftliche Sonderinteressen gebunden, als daß er als Vertreter der Haushalte in ihrer reichen Gliederung überhaupt angesehen werden könnte. Es kommt jetzt darauf an, die Wirtschaft aus ihrem Kopfstand zu befreien und endgültig, Kopf oben, auf ihre Füße zu stellen.

Nicht minder wichtig ist der andere Unterschied, daß heute Geldherrschaften in der Wirtschaft eine viel größere Rolle spielen als jemals vorher. Sie betätigen sich in Unternehmungsformen, in denen die persönliche Verantwortung zurücktritt. Auch die Ausdehnung und Mannigfaltigkeit ihres Bereichs läßt ein Mißverhältnis

zwischen einer Verpflichtung zur Verantwortung und persönlicher Verantwortungsmöglichkeit erkennen, wie es bei Klein- und Mittelbetrieben nicht festgestellt werden kann. Zudem sind — ihrer Natur entsprechend — gerade sie es, bei denen die Neigung, die Arbeitsteiligkeit über die Staatsgrenzen hinaus auszudehnen, selbst wenn es den nationalen Erfordernissen widerspricht, am leichtesten auftritt. Die ständische Entwicklung wird unbeugsam diese Wirtschaftsgebilde in die persönliche Verantwortlichkeit zurückführen müssen. Dafür wird eine Umbildung der Kapitalgesellschaften nötig sein. Sie wird in dem Sinne geschehen müssen, wie es Sandig in der Zeitschrift „Die Betriebswirtschaft“ (Heft 7, Jahrgang 1933) angeregt hat. Das Hauptstück wäre die Einfügung von Vollhaftern. Die Wirkung sollte die Auflösung jener unpersönlichen Geldmachtkomplexe in selbständige Betriebe kleineren Umfangs sein. Durch diese Rückbildung wäre es möglich, in geeigneten Fällen auch die wirtschaftlichen Vorteile der Mittel- und Kleinbetriebe wieder mehr zur Geltung zu bringen. Voll wird die Wirkung aber nur eintreten, wenn die Einführung von Vollhaftern in die anonymen Gesellschaften bei diesen auch eine allmähliche Lösung der bisherigen Abhängigkeit auf der Kapitalseite zur Folge hat. Hierauf wird bei der ständischen Entwicklung sehr aufmerksam geachtet werden müssen.

Der dritte Unterschied steht in engster Verbindung mit dem ersten und zweiten. Schon die Ableitung selbständiger werterzeugender Betriebe von den Haushalten, führt herbei, daß in der heutigen arbeitsteiligen Wirtschaft der einzelne Wirtschaftler mindestens zwei Betrieben angehört, nämlich einem Haushalt, in dem er seine Kräfte wieder herstellt, und einem abgeleiteten Betriebe, in dem er sein Einkommen verdient. Außerdem ist jeder Volksgenosse aber auch Mitglied der Staatswirtschaft, die hier auch als Betrieb aufgefaßt ist. So ist es in den Fällen, die am einfachsten sind. Die arbeitsteilige Wirtschaft hat aber auch viel kompliziertere entstehen lassen. Ich erinnere an all die Fälle, in denen mehrere Vorstandsposten, mehrere Aufsichtsratsstellen, mehrere Ämter in einer Hand sind. Das Pro-

blem, das dadurch gestellt ist, kann als Konflikt der Pflichten formuliert werden. Der einzelne Mensch ist nach verschiedenen Seiten verpflichtet. Sie ziehen ihn an seinen Verpflichtungen nach ihren verschiedenen Schwerpunkten, die in keinem Fall derselbe sind. Seinen Weg bildet die Linie, in deren einzelnen Punkten der Konflikt seiner Pflichten gelöst ist.

In der Wirtschaft äußert sich dieses Problem in der Notwendigkeit, die Wertumläufe der verschiedenen Betriebe streng auseinanderzuhalten: den des Haushalts, den der Staatswirtschaft und den des abgeleiteten Betriebes. Ein Telephonieren auf dem Betriebstelephon in privaten Angelegenheiten ist schon eine Verletzung. Die Entnahme von Waren aus dem Geschäft für den Haushalt ohne Gegenwert in angemessener Höhe (wenigstens als Belastung) erst recht. Es ist begreiflich, daß die Hausordnungen in den abgeleiteten Betrieben dieser Abgrenzung mit aller Schärfe nachgehen, soweit die Arbeitnehmer in Frage stehen. Sie ist aber mindestens ebenso notwendig für die Stellungen, die nicht mehr zu den Arbeitnehmerposten gerechnet werden und deshalb regelmäßig in der Hausordnung selbst keinen Platz finden. In diesen Zusammenhang mischen sich auch die Schwarzarbeit und das Doppelverdienertum hinein.

Die Aufgabe des ständischen Aufbaues ist demnach außer der Abgrenzung des Bereichs des einzelnen Leistenden auch die Sicherung der verschiedenen Wertumläufe, die sich in seiner Leistung und ihrem Gegenwert überschneiden. Dieses letzte bedeutet, daß das Problem des Konflikts der Pflichten gelöst werden muß. Alle Regelungen dieser Art haben aber zur Voraussetzung, daß das Gewissen die Menschen den vorgezeichneten Weg führt. Es zeigt sich wieder, wie wichtig hier die Erziehung ist.

Wenn die gekennzeichneten Eigentümlichkeiten der Wirtschaft unserer Zeit beachtet werden, bedarf ihr ständischer Aufbau dreier Fronten, um zu voller Auswirkung zu kommen. Ich nenne sie die Arbeitsfront, die Güterfront und die Kräftefront. Die erste enthält

die Schichtung der Leistenden in Berufsgruppen, nicht in erster Linie in Geschäftsgruppen. Die Schlosser z. B. gehören darin zusammen, auch die Unternehmer, obwohl diese Schichten wie auch andere nach den Geschäftsgruppen der Betriebe, in denen ihre Mitglieder tätig sind, mannigfach gegliedert sind. Es kommt in dieser Front darauf an, eine Abstufung des Werts der Leistungen von Schicht zu Schicht und der Schichten untereinander wie innerhalb ihrer zu erlangen. Sie ist für die Bemessung der nominellen Anteile der Leistenden am Gegenwert der gesamten Leistung entscheidend, die sich in den Betrieben, gemäß der in ihnen gegebenen Bedingungen und der Zusammensetzung der Betriebsgemeinschaft auswirkt. Die Grundlage bilden die Existenzminima der verschiedenen Schichten. Jedes Minimum dieser Art muß dabei so aufgefaßt sein, wie es weiter oben auf S. 37 schon beschrieben ist.

Die Güterfront ist die Gliederung der werterzeugenden Wirtschaft nach Geschäftszweigen und Geschäftszweiggruppen. Die letzten bilden zusammengehörige Geschäftszweige in der Vertikalen. Der erste von solchen steht der Natur als Geberin, der letzte dem Konsumenten als letztem Abnehmer gegenüber. Der Preis, den der Konsument zahlt, enthält den Lebensraum für die Betriebe aller Geschäftszweige, die in der Vertikalen einander folgen. Die Form dieses Raums ist die der Spannen. Alle Spannen zusammengenommen sind der Preis, den der Konsument zahlt. Er ist in die Spannen der in der Arbeit einander folgenden Geschäftszweige aufgeteilt zu denken. Die Betriebe aller Geschäftszweige haben aus ihrer Spanne die Gegenwerte für die Leistungen ihrer Angehörigen, Arbeitnehmer wie Unternehmer, zu bestreiten. Die Berechnung der Spanne hat von dem Erlös für die Mengeneinheit des veräußerten Gutes alle dafür beschafften Fremdwerte abzusetzen, seien es Stoff-, Leistungs-, Abnutzungs- oder Nutzwerte. Es zeigt sich auf diese Weise, daß die Spanne gleich dem Betriebsertrage ist und daß im Preis beim Konsumenten die Erträge aller vertikal geschalteten werterzeugenden Betriebe als ihnen gegebener Lebensraum enthalten sein müssen.

Die Güterfront kann auch als Marktfrent bezeichnet werden. Das „Weshalb“ ist ohne weiteres klar. Man könnte auch Geschäftsfrent oder Kartellfrent sagen.

Die Kräftefrent enthält die Haushalte in der ihnen eigenen Gruppierung. Es sei für diese nochmals auf die Ausführungen über die Haushaltstatistik weiter oben hingewiesen. In ihr äußern sich Bedürfnisse und Bedarf. In ihr begegnen sich auf dieser Basis die Kaufkraft, die in der Arbeitsfrent gewonnen ist, mit den Gütern aus der Güterfrent. Es muß sich hier zeigen, ob die Arbeitenden durch richtige Abstufung der Werte für die Leistungen einerseits und für die fertigen Güter andererseits sowie durch richtige Zwecksetzung für die Art der Leistungen und fertigen Güter durch ihr eigenes Leben volle Beschäftigung finden, wie es natürlich und selbstverständlich ist, oder ob Kräfte ungenutzt bleiben, obwohl Bedarf vorhanden ist, nur weil die Wirtschaft nicht stimmt. Die Kräftefrent kann deshalb auch als Frent der endgültigen Abstimmung der Wirtschaft bezeichnet werden.

Die Menschen, die in den drei Fronten wiederkehren, sind dieselben, und doch kann keine von ihnen entbehrt werden, wenn die Wirtschaft stimmen soll. Aber die Arbeitsfrent steht in Abhängigkeit zur Güterfrent, weil die Einzelleistungen in die Betriebsleistungen eingehen. Sie steht auch in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Kräftefrent, weil dort sich entscheidet, ob die Kräfte zur Arbeit ausreichen werden. Die Güterfrent ist abhängig von der Arbeitsfrent, weil sie von ihr die Leistungen erhält und mit Gegenwerten belastet wird, und auch von der Kräftefrent, weil dort entschieden wird, ob die Preise, die gemacht und bezahlt worden sind, auch Deckung finden. Auch bei der Kräftefrent zeigt sich ein doppeltes Abhängigkeitsverhältnis: es fragt sich, ob die Kaufkraft aus der Arbeitsfrent ausreichen wird, die Preise der Marktfrent zu bezahlen. Dabei ist es entscheidend, wie oben schon ausgeführt, für welche Zwecke die Kräfte eingesetzt und wie die Gegenwerte abgestuft sind.

Es ist offenbar, daß alle drei Fronten Einheit sind, obwohl sie sich nicht gegenseitig vertreten können. Die Grundlagen für die Lei-

stungswerte der Arbeitsfront bedürfen der Bestätigung durch das Stimmen in den Gliedern der Kräftefront, den Haushalten, und diese kann nur auf dem Wege über die Güterfront erfolgen.

Bei dem ständischen Aufbau dürfte weiter zu beachten sein, daß die Arbeits- und die Güterfront zusammengenommen die werterzeugende Wirtschaft darstellen, aber auf verschiedene Wurzeln zurückgehen: die erste auf die kleinsten Berufsgruppen, die letzte auf die einzelnen Betriebe. Das gilt, obwohl man, wenn Berufsgruppen geographisch aufgeteilt werden, vom Reich über die Bezirke und Orte auch schließlich in den einzelnen Betrieben landet. Denn es ist dann immer nur die betreffende Berufsgruppe in dem einen Betriebe gemeint, die durch die Gliederung aus einem Ortsbereich herausgehoben wird. Bei der Güterfront sind dagegen die letzte Organisationseinheit keine Gruppen innerhalb eines Betriebes, sondern immer nur ganze einzelne Betriebe.

Die Kräftefront oder Front der letzten Abstimmung gründet sich auf die Haushaltsgruppen und in der geographischen Aufteilung schließlich auf die einzelnen Haushalte.

Der enge Zusammenhang zwischen den Fronten läßt es zweckmäßig erscheinen, daß bei den Entscheidungen der Organe jeder von ihnen die Vertreter der andern mitwirken. Das einheitliche Zusammenwirken muß außerdem dadurch gesichert sein, daß die Organe gleichen Ranges und gleicher geographischer Reichweite der drei Fronten zur Erledigung gemeinschaftlicher Angelegenheiten ihres Bereichs als einheitliches Gesamtorgan der Wirtschaft zusammentreten können.

Außerdem bedarf es einer sich geographisch und sachlich gliedernden Beobachtungszentrale außerhalb und unabhängig von den Fronten. Sie muß trotz aller Gliederung allen drei Fronten einheitlich gegenüberstehen und einen starken Rückhalt am Staat haben. Ihre Beobachtungsberichte, deren Hauptgegenstand die Abstimmungsverhältnisse der Wirtschaft sind, gehen an die Fronten, an die berufenen Organe des Staats, an die Währungszentrale und an die Wissenschaft. Ihre Beachtung bei den wirtschaftlichen Handlungen

muß erwartet werden dürfen. Erfolgt sie nicht, werden von den berufenen Organen des Staats Mahnungen und Warnungen zu erlassen sein. Schließlich wird eingegriffen werden müssen. Diese Beobachtungszentrale könnte sich aus einer Zusammenlegung und Weiterentwicklung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit und des Instituts für Konjunkturforschung ergeben.

Hinzuzufügen ist dem Bilde der Fronten noch, daß sich ihr Wesen nicht in dem beschriebenen Wirken und Zusammenwirken erschöpft, sondern jede außerdem noch bedeutsame Aufgaben hat. Zur Arbeitsfront gehören vor allem die Berufs- und Berufserziehungsfragen. Die Berufsvertretungsfragen sind oben bereits eingeschlossen. Die Fragen der Betriebsgemeinschaft einerseits, der Marktbedingungen, Markteinrichtungen und Verkehrsgestaltung andererseits gehören zur Güterfront. Die Kräftefront hat es mit Fragen der allgemeinen Erziehung, politischen und Kulturfragen zu tun.

Nach dieser Skizze muß abschließend betont werden, daß die ständische Entwicklung nur von einem Geist getragen sein kann, der organisch eingestellt ist. Diese organische Einstellung leugnet nicht, daß jeder Einzelne ein Ganzes ist, aber sie sieht in ihnen auch Glieder umfassenderer Einheiten, von denen, zusammenfassend, vor allem die Nation hervortritt. Die Not der Zeit betont die Erhaltung und Entwicklung der größeren Ganzen mehr denn je. Es geschieht, soweit die Wirtschaft dabei in Frage steht, aus den Schwierigkeiten heraus, die die Arbeitsteiligkeit ermöglicht und die Blindheit der Menschen und ihre Unfähigkeit sich einzugliedern in privatem Egoismus herbeigeführt hat.

Die nationalsozialistische Revolution hat an allen Ansatzpunkten, die die bisherige Darstellung bloßgelegt hat, bereits kräftig zu wirken begonnen. Sie ist richtig von der Sinnwidrigkeit ausgegangen, daß Leistungsfähigkeit frei ist und gleichzeitig der Bedarf schrumpfen muß, weil die Befriedigungswerte nicht beschafft werden können. Der Angriff auf diese Erscheinung hat folgerichtig dazu geführt, den ständischen Aufbau der Wirtschaft vorwärtszutreiben. Das ist zu

Nach S. 85, Absatz 3, ist einzufügen:

Die im Aufbau weit fortgeschrittenen Stände des Handels, des Handwerks und der Industrie gehören zur Güterfront. Beim Nährstand steht die Seite der Wertzeugung im Vordergrund.

nächst sehr temperamentvoll geschehen und dann in ruhigere Bahnen gelenkt worden. Aufgehalten kann die Vorwärtsbewegung nicht werden. Dazu ist der Druck in dieser Richtung, den die nichtstimulierende Wirtschaft enthält, zu stark und zu nachhaltig, sein Ende nicht abzusehen.

Die Fortschritte sind an jeder der drei Fronten festzustellen, die beschrieben worden sind. Der Aufbau der Arbeitsfront ist begonnen. Er hat die bisherigen Berufsverbände erfaßt und es scheint, daß Schwierigkeiten entstanden sind, weil man nicht gleich sicher die Grenze zwischen Arbeitsfront und Güterfront hat finden können. Die Geschäftsgruppen sind als Gliederung der ersten jedenfalls ungeeignet, während sie zu der zweiten unentbehrlich sind.

Die Güterfront hat ihren Weg in der nationalsozialistischen Kartellgesetzgebung gefunden. Das ganze Kartellwesen hat einen Zug in der Richtung auf das Zwangskartell bekommen. Die Behandlung des Kündigungsrechts der Mitglieder, die die Umwandlung von Mitgliederfirmen in Außenseiter erschwert, läßt das erkennen. Hinzu kommt die Ermächtigung der Regierung, Zwangskartelle ins Leben zu rufen oder gewisse Funktionen solcher Kartelle selber auszuüben. Diese Zwangskartellierung versteht sich vernünftigerweise so, daß vorher die Mittel des freiwilligen Zusammenschlusses erschöpft werden, um zu verhindern, daß die Geschäftszweige sich von der gründlichen Klärung ihrer Verhältnisse drücken. Für den Fall von Stilllegungen sind Vergütungen ausgeschlossen. Das ist ein Bruch mit der Übung früherer Regierungen, auch der kaiserlichen, durch den die Möglichkeit von Prämien für Untüchtige und Allzütüchtige beseitigt wird.

Auch an der dritten Front ist es lebendig, und zwar ausgehend von den Konsumgenossenschaften. Es ist die Reichsverbraucher-
genossenschaft, auf die hier hinzuweisen ist. Freilich dürfte es nicht bei der Verpachtung der Konsumvereinsläden an den Einzelhändler sein Bewenden haben, sondern es müßte den Verbrauchern auf diesem Wege der volle Einfluß gegeben werden, den sie als Front der

Kräfte und der endgültigen Abstimmung der Wirtschaft brauchen. An dieser Stelle vor allem kommt es darauf an, die Wirtschaft nicht auf den Kopf, sondern, Kopf oben, auf ihre Füße zu stellen.

Die nationalsozialistische Bewegung erstrebt im tiefsten Grunde nationalsozialistische Erziehung. Es ist die zu organischer Einstellung, so wie es früher schon erörtert ist. Der reine private Egoismus ist krankhaft. An seine Stelle muß ein Egoismus treten, der das Ganze mit umfaßt, von dem die Einzelnen Glieder sind. Der erste ist der Egoismus des kleinen Ich, der isolierten habgierigen Seele, der Egoismus für den, der aus der Gemeinschaft der anderen ein Objekt seiner Ausbeutung macht, der Egoismus mit dem engsten Ziel und doch international, was Sitz und Wirkungskreis anlangt, der Egoismus, für den die Welt keinen anderen Zweck hat, als ihn selbst zu erfüllen, auch wenn sie auf diesem Wege untergeht, der Egoismus, der Nationen als solche nicht begreift, sondern nur als Machtpositionen, Positionen seiner Macht, die sich auf Geldsummen stützt, der Egoismus der unheilvollen Initiative. Ihm gegenüber steht der andere, der des weiten großen Ich, das die Gemeinschaft, vom einzelnen Gliede aus gesehen, ist und das diese wie das einzelne Glied als Ganzes einschließt, der aufbauende, der organische Egoismus, dem innewohnt, daß das Glied nicht gedeihen kann, wenn das Ganze untergeht, der Egoismus mit der Leben gebenden Initiative.

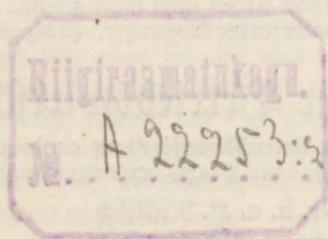
Die Aufgabe, in den Geist der Gemeinschaft hinein zu erziehen, ist das höchste Ziel, das dem Nationalsozialismus gesetzt ist. Es ist seinerseits der Grund, auf dem erst alle anderen erreichbar werden.

Der Prüfstein, daß es erreicht ist, wird sein, daß die ständischen Organe der Wirtschaft nicht erlahmen, Umschau zu halten, ob nach der Sicherung des Lebens der Nation längere Zeit Bedürfnisse der Einzelnen unbefriedigt bleiben, die nach gewissenhafter Prüfung im Rahmen des größeren Ich ein Recht auf Befriedigung haben. Geschähe dies und häuften sich die Fälle solcher Art, würde sich daraus, wie schon einmal bei den Zünften, die Lockerung und schließlich die

Auflösung der ständischen Organisation vorbereiten. Freilich nicht für sehr lange Zeit.

Die ständische Wirtschaft hat immer die Tendenz, sehr lange zu dauern, weil ihr der Geist der Gemeinschaft innewohnt. Sie wird ewig sein, wenn sie dem privaten Egoismus durch unbefriedigt bleibende berechnete Bedürfnisse weder Raum noch Gelegenheit gibt, zu neuer Entwicklung anzusetzen. Wie weit sie in der Richtung auf die Ewigkeit reichen wird, hängt davon ab, in welchem Maße es gelingt, die Kräftefront in sie einzubauen.

Wirtschaftler und Organisatoren, vergeßt niemals, daß die Front der endgültigen Abstimmung die entscheidende ist!



„Das Leben menschlicher Gemeinschaft, das wir erhoffen, wird die Nation, die es als erste verwirklicht, an die Spitze aller stellen.“ (Nidlich 1920 in „Der Weg aufwärts! Organisation“)

Von Professor Dr. Dr. h. c. H. Nidlich erschienen früher:

Die Betriebswirtschaft

7. Auflage der „Wirtschaftlichen Betriebslehre“

8°. VIII, 767 Seiten. Geh. RM 16.—, Lwd. RM 18.—

Die Arbeit zeichnet sich durch eine klare und übersichtliche Darstellung des Stoffes aus, die durch eine Fülle von Übersichten und Aufstellungen besonders geeignet ist, der Absicht des Verfassers entsprechend, das praktische Leben zu fördern . . . Nidlich's Betriebswirtschaftslehre ist eine wertvolle systematische Ordnung und Zusammenfassung wirtschaftlicher Erkenntnisse und Erfahrungen für Wissenschaft und Praxis. (Ruhr- u. Rhein-Wirtschaftszeitung)

Es handelt sich hier im ganzen nicht um ein Rezeptbuch für die Praxis, sondern um einen groß angelegten Versuch, die Zusammenhänge auf dem Gebiet der Betriebswirtschaft zu untersuchen und im Zusammenhange darzulegen. Die Entwicklung der Verhältnisse hat gezeigt, daß ohne tiefgründige Erkenntnis der Zusammenhänge praktische Arbeit nicht mehr geleistet werden kann. Nidlich's Werk ist hier ein grundlegender Wegweiser. (Beleg und Bilanz)

Handwörterbuch der Betriebswirtschaft

In Verbindung mit zahlreichen Betriebswirtschaftlern an in- und ausländischen Hochschulen und aus der Praxis herausgegeben von

Professor Dr. Dr. h. c. H. Nidlich

Fünf Bände, Lexikon-Oktav, rund 4000 Seiten.

Mit 1218 Artikeln, zahlreichen Abbildungen, Skizzen und Tabellen im Text, einem Autoren-, Sach-, Schlagwort- und Personenregister

Die fünf Bände in Glz. RM 135.—, in Halbleder RM 160.—

Durch das Handwörterbuch der Betriebswirtschaft ist für Wissenschaft und Praxis ein Nachschlagewerk geschaffen worden, das über geradegu alle Fragen, die auf kaufmännischen und verwandten Gebieten auftauchen, sachkundige Antwort gibt. (Archiv für Revisions- und Treuhandwesen)

Nidlich hat mit der Herausgabe seines Handwörterbuches eine Tat vollbracht. Er schuf ein Werk, das sehr gefehlt hat, das in seiner Art einzig ist und dessen Besitz jedem dringend gewünscht werden kann, der nicht nur Betriebsarbeit leistet, sondern auch eine wissenschaftliche Einstellung zu ihr hat oder sucht. (Zeitschrift für Organisation)

E. E. Poeschel Verlag / Stuttgart

Weitere Veröffentlichungen von Prof. Dr. Dr. h. c. H. N i c k l i s c h

Der Weg aufwärts! Organisation

2. Neubearb. Auflage. 8°. 134 Seiten. Gebunden RM 3.50

Bei seinem Erscheinen war dieses Buch von einer seltenen, richtunggebenden Bedeutung, in nicht minderem Grade aber gibt es jetzt wieder eine Fülle von Anregungen in einer Zeit, die mit Organisationsfragen erfüllt ist. . . . Zu dem Titel „Der Weg aufwärts!“ sagt der Verfasser, die Gesetze der Organisation weisen ihn uns. Es ist nicht der Weg der Technik, sondern der des Gewissens. Eine ernste Mahnung!

(Deutsche Handelskarte)

Grundfragen für die Betriebswirtschaft

6 Vorträge

8°. 70 Seiten. Geheftet RM 1.80

Ein in Form und Inhalt gleich vollendeter Überblick über die aufgeworfenen Fragen. Nur einer, der nicht bloß die ganze Entwicklung der jungen betriebswirtschaftlichen Wissenschaft von ihren Anfängen an in eigener Person mitgemacht, sondern auf diese Entwicklung auch bestimmenden Einfluß genommen und oft ihren Weg vorgezeichnet hat, konnte dieser Aufgabe gerecht werden. Die ungewöhnlich inhaltsreiche und anregende kleine Schrift sei bestens empfohlen.

(Das System)

Vom Studium der Betriebswirtschaftslehre

2. Auflage. 8°. 16 Seiten. Geheftet RM —.15

Wohl selten ist auf so kurz bemessenem Raum so überzeugend für den Wert dieser Wissenschaft eingetreten worden. Das Heft hat allgemeine Bedeutung auch für die im praktischen Leben stehenden Volks- und Betriebswirte.

(Mitteilungen der Handelskammer Breslau)

Kartellbetrieb

Bergriffen. Neue Auflage in Vorbereitung

C. E. Poeschel Verlag / Stuttgart

Professor Dr. Dr. h. c. H. Nidlich ist Herausgeber
der Sammlungen:

Die Bücher: Organisation

Eine Schriftenreihe

Außer dem hier vorliegenden Band XVII sind bisher folgende Bände erschienen:

- I: **Der Weg aufwärts! Organisation.** Von Prof. Dr. Dr. h. c. H. Nidlich. Gbb. RM 3.50 / II: **Das Valutarisiko.** Von Priv.-Doz. Dr. R. Schmalz. Gbb. RM 4.25 / III: **Der Mensch als Betriebsfaktor.** Von Prof. Dr. R. Seyffert. Vergriffen / IV: **Geld als Kapital.** Von Prof. Dr. E. Berliner. Geh. RM —.75 / V: **F. B. Gilbreth.** Das Leben eines amerikanischen Organisations- u. M. W. Mitte. Lwb. RM 3.— / VI: **Das Rentabilitäts- und Wirtschaftlichkeitsproblem.** Von Dr. D. Hummel. Geh. RM 4.— / VII: **Bilanz- und Betriebsanalyse in Amerika.** Von Priv.-Doz. Dr. R. Schmalz. Geh. RM 13.—, Lwb. RM 14.40 / VIII: **F. W. Taylor.** Der Vater wirtschaftlicher Betriebsführung. Von J. M. Witte. Geh. RM 2.—, Lwb. RM 3.50 / IX: **Grundfragen für die Betriebswirtschaft.** 6 Vorträge von Prof. Dr. Dr. h. c. H. Nidlich. Geh. RM 1.80 / X: **Betriebsanalyse.** Von Priv.-Doz. Dr. R. Schmalz. Geh. RM 9.—, Lwb. RM 10.40 / XI: **Finanzierung mit Fremdkapital.** Von Dipl.-Kfm. Dr. R. Sandig. Geh. RM 5.40 / XII: **Finanzierungsprobleme im Außenhandel.** Von Priv.-Doz. Dipl.-Kfm. Dr. W. Schuster. Geh. RM 6.10 / XIII: **Investment Trusts.** Von Dipl.-Kfm. Dr. H. Seischab. Geh. RM 8.75 / XIV: **System der Preispolitik im Zeitungsgewerbe.** Von Dipl.-Kfm. Dr. J. Uhlig. Geheftet RM 7.— / XV: **Die schaubildliche Erfassung und Untersuchung der Betriebsorganisation.** Von Dipl.-Hbl. Dr. F. Nordstedt. Kart. RM 14.— / XVI: **Das Methodenproblem in der Einzelwirtschaftslehre.** Von Dipl.-Kfm. Dr. Fritz Schön-pflug. Geh. RM 17.50, Lwb. RM 20.—.

Produktionsprozesse

Es liegen 6 Hefte vor. Verzeichnis kostenlos

Professor Dr. Dr. h. c. H. Nidlich ist Mitherausgeber von

Die Betriebswirtschaft

Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis

Herausgegeben von Prof. Dr. Dr. h. c. H. Nidlich / Prof. Dr. Georg Döbft / Prof. Dr. D. Hummel / Prof. Dr. E. Pape / Prof. Dr. W. Reindorf / Prof. Dr. R. Köhle / Prof. Dr. R. Seyffert / Prof. Dr. F. Werner

Schriftleitung: Priv.-Doz. Dr. R. Schmalz

Jährlich 12 Hefte im Format Din A 4

Bezugspreis vierteljährlich RM 5.—, Einzelhefte RM 2.— / Probehefte kostenlos

Besonders hingewiesen sei auf den programmatischen Aufsatz von Professor Dr. Dr. h. c. H. Nidlich in Heft 7, 1933:

Die Betriebswirtschaftslehre im nationalsozialistischen Staat

Prospekte kostenlos!

E. E. Poeschel Verlag / Stuttgart

SL

A 22.253:2

EESTI RAHVUSRAAMATUKOGU



1 0100 00393820 2